



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Sprache der österreichischen Parteiprogramme“

Verfasserin

Hanna Stumpfl

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 482 333

Studienrichtung lt. Studienblatt:

UF Bewegung und Sport UF Deutsch

Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Dr. Peter Ernst



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	5
2	Sprache in der Politik .....	7
2.1	Definition der Begriffe „Sprache“ und „Politik“ .....	7
2.2	Stand der Forschung.....	11
2.2.1	Überblick.....	11
2.2.2	Exkurs: Ist politische Sprache eine Fachsprache? .....	12
2.2.3	Das Forschungsfeld .....	14
2.2.4	Merkmale politischer Sprachverwendung.....	17
2.3	Sprache von Parteiprogrammen.....	21
2.3.1	Zur politischen Bedeutung von Parteiprogrammen.....	21
2.3.2	Das Parteiprogramm als Textsorte .....	24
2.3.2.1	Bausteine einer Typologie politischer Textsorten .....	24
2.3.2.2	Sprachliche Besonderheiten von Parteiprogrammen.....	30
2.4	These.....	35
3	Linguistische Analyse ausgewählter Aspekte der Grundsatzprogramme.....	37
3.1	Korpus .....	37
3.2	Methodische Überlegungen .....	37
3.3	Analysen .....	41
3.3.1	Makroanalyse: Aufbau und Struktur der Parteiprogramme .....	41
3.3.1.1	Umfang .....	42
3.3.1.2	Layout.....	43
3.3.1.3	Inhaltsverzeichnisse.....	48
3.3.1.4	Gendering .....	53
3.3.1.5	Präambeln .....	55
3.3.2	Satzanalysen .....	56
3.3.2.1	Satzlängen.....	58
3.3.2.2	Syntaktische Untersuchung.....	62
3.3.2.3	Sprachhandlungen im Überblick .....	68

3.3.2.4	Sprachhandlungen im Textverlauf.....	70
3.3.2.5	Sprachhandlung <i>versprechen</i> .....	74
3.3.2.6	Sprachhandlung <i>fordern</i> .....	76
3.3.2.7	Einsatz von Ausrufezeichen und Fragezeichen.....	77
3.3.3	Analyse auf der Wortebene.....	78
3.3.3.1	„Wir“ – Verwendung des Personalpronomens 1. Person Mehrzahl ...	78
3.3.4	Experiment zur intuitiven Textbeurteilung.....	83
3.3.4.1	Fragebogendesign .....	84
3.3.4.2	Auswertung.....	91
4	Resümee.....	95
4.1	„Steckbriefe“ der sprachlichen Besonderheiten der Parteiprogramme.....	97
5	Literaturverzeichnis .....	103
6	Anhang .....	107
6.1	Inhaltsverzeichnisse der Parteien.....	107
7	Abstract.....	113
8	Lebenslauf .....	115

# 1 Einleitung

Geht man im weiten Forschungsfeld Sprache und Politik bzw. Politik und Sprache auf die Suche nach parteiprogrammspezifischen Untersuchungen, so eröffnet sich dem genauen Blick ein erstaunlicherweise doch beforschtes Gebiet. Zwar gibt es zur Zeit nur wenige konkrete Analysen deutschsprachiger Parteiprogramme (S. Marx-Nordin, J. Klein, A. Ickes), dafür gehen viele der Studien zur politischen Sprache und Textsorten in mindestens einem Kapitel bzw. unter verschiedenen Aspekten auf diese spezielle politische Textsorte ein oder nennen diese als Beispiel, um eine Einteilung (z.B. der Handlungsformen in einem Text) zu illustrieren.

Die Faszination dieser Textsorte ist ebenso ambivalent wie ihre Bedeutung in der heutigen Zeit, denn während die Volksparteien ÖVP und SPÖ mit Parteiprogrammen aus den 1990er Jahren arbeiten, aktualisiert die Partei NEOS das Parteiprogramm halbjährlich.<sup>1</sup> Wulf Schönbohm, langjähriges Mitglied der CDU-Programmkommission, bringt diese Ambivalenz auf den Punkt:

Eine Untersuchung über politische Programme, deren Aussagen, Vokabular und Stil, ist gleichermaßen reizvoll und schwierig. Reizvoll, weil das Stichwort Parteiprogramm gemeinhin spontane Assoziationen wie langweilig, geistlos, Neckermannkatalog u.ä. provoziert, und schwierig, weil der Fülle des dazu vorhandenen empirischen Materials der Mangel an systematischen Arbeiten und eindeutigen Kriterien zur Verarbeitung dieses Materials entspricht.<sup>2</sup>

Schon 1974 stellt Schönbohm außerdem fest, dass die Parteiprogramme immer weniger grundsätzlich und die politischen Schwerpunkte darin schwerer erkennbar werden. Sie werden dafür umfangreicher, detaillierter und „fachidiotischer“.<sup>3</sup> In diesem Zitat bezieht er sich auf die bahnbrechende politische Neuerung in den späten 1950er Jahren, als die großen sozialistischen Parteien in ihren neuen Programmen (SPD 1959 und SPÖ 1958) plötzlich den Kapitalismus befürworteten und dadurch die wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen der Union bzw. der ÖVP übernahmen.<sup>4</sup> Obwohl Schönbohm seither wieder eine Reideologisierung der großen politischen Parteien feststellt, bleibt doch der vage Eindruck, dass sich die Parteien inzwischen weit weniger eindeutig voneinander unterscheiden, zumindest wenn man den Inhalt ihrer Parteiprogramme betrachtet.<sup>5</sup> Das liegt wiederum daran, dass wohl fast alle Parteien versuchen eine breite Wählerschaft anzu-

---

<sup>1</sup> Die NEOS benennen ihr Parteiprogramm auch nicht mehr als solches, das Dokument, indem Sie ihre Grundsätze darlegen heißt: „Pläne für ein neues Österreich“.

<sup>2</sup> Schönbohm (1974), S. 17.

<sup>3</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 21.

<sup>4</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 21 und John (2014), S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 21.

sprechen, Girnth und Hermanns haben diese Eigenschaft als „Mehrfachadressiertheit“ bezeichnet (siehe auch Kapitel 2.2.4).<sup>6</sup>

Johannes Felberbauer, der seine Diplomarbeit dem Thema „Wandel in den Parteiensystemen in Österreich und Deutschland“ widmet, stellt jedenfalls fest, dass die traditionellen Lager bzw. die Lagerbindung seit den ausgehenden 1960er Jahren erodiert.<sup>7</sup> Mit ein Grund ist wahrscheinlich das 1975 verabschiedete Parteiengesetz, welches erst die konkurrenzorientierte Parteiendemokratie auf eine rechtliche Basis stellte.<sup>8</sup> Seit es diese strikte und klare Lagertrennung, die typisch für die Vor- und Nachkriegszeit war, nicht mehr gibt, ist zudem auch eine erhöhte Wählermobilität feststellbar.<sup>9</sup> Das bedeutet wiederum für die Parteien, dass sie sich vor allem den Inhalt, aber vermutlich auch den Stil betreffend überlegen müssen, welche Position sie einnehmen bzw. welche Position die höchste Zustimmung bei den WählerInnen erlangen könnte.

Dem obigen Zitat Wulf Schönbohms folgend, setzt sich diese Arbeit zum Ziel, eine systematische Untersuchung aller aktuellen Parteiprogramme der österreichischen Parlamentsparteien durchzuführen. Da es sich um eine linguistische Analyse handelt, werden inhaltliche Interpretationen ausgeklammert. Es geht nicht darum, festzustellen, dass die Parteien inzwischen sehr starke inhaltliche Ähnlichkeiten aufweisen, sondern um die Frage, ob sich jede Partei auf sprachlicher Ebene Eigenheiten behalten oder zugelegt hat, die sie von den anderen Parteien unterscheidet. Inspiriert von den Analysemethoden Signe Marx-Nordins („Studien zum Stil deutschsprachiger Parteiprogramme“) und Andreas Ickes („Parteiprogramme, sprachliche Gestalt und Textgebrauch“) sollen vor allem quantitative, also messbare Merkmale untersucht werden: Wo und wie oft findet sich eine bestimmte Sprachhandlung, wie wird mit einem Mehr an Wörtern auf der Ebene der Syntax umgegangen oder generell: Wie viele Wörter hat ein Satz? Natürlich müssen die dadurch generierten Werte interpretiert werden, denn mehr oder weniger Wörter pro Satz bedeuten nicht automatisch, dass dieser besser oder schlechter formuliert ist. Es sollen daher im Anschluss an die Untersuchung Überlegungen angestellt werden, welche Wirkung die Parteien mit ihren jeweiligen Formulierungsvorlieben erzielen. Eine an die Perzeptionslinguistik angelehnte Methode zur subjektiven Textbeurteilung bildet den Abschluss der Untersuchung.

---

<sup>6</sup> Vgl. Hermanns (1989), S. 117 und Girnth (2002) S. 33.

<sup>7</sup> Vgl. Felberbauer (2002), S. 50.

<sup>8</sup> Vgl. Pelinka/Rosenberger (2007), S. 80.

<sup>9</sup> Vgl. Felberbauer (2002), S. 53.

## 2 Sprache in der Politik

Bevor in der Folge über Sprache und Politik geschrieben werden kann, ist es zuerst notwendig, die beiden zentralen Begriffe abzugrenzen bzw. jene Definitionen zu finden, die für diese Arbeit als sinnvoll erachtet werden können.

### 2.1 Definition der Begriffe „Sprache“ und „Politik“

Sowohl für „Sprache“ als auch für „Politik“ gibt es sehr unterschiedliche Definitionsversuche, denn was darunter verstanden wird, hängt schließlich stark von dem Blickwinkel ab, unter dem der Sachverhalt betrachtet wird. In diesem Fall ist der Blickwinkel ein linguistischer, jedoch begrenzt auf das kleine Gebiet der Sprache in der Politik.

Alle Ansätze in diesem Gebiet haben gemeinsam, dass Politik in sehr starker Abhängigkeit von Sprache definiert wird. So auch jener von Grünert, der Politik und politisches Handeln gleich zu Beginn seines Aufsatzes über den Sprachgebrauch in der Paulskirchenversammlung mit dem sprachlichen Handeln gleichsetzt: Politik sei immer an das Wort gebunden, selbst wenn in bestimmten Zusammenhängen auch mit nonverbalen Zeichen kommuniziert werden könne: „Politisches Handeln ist nicht möglich ohne den Austausch von Zeichen, Signalen, Symbolen.“<sup>10</sup> Etwas ausführlicher dazu:

Hier soll unter Politik – und zwar in der parlamentarischen Demokratie – verstanden werden der Prozeß der Willensbildung und seine Umsetzung in konkretes soziales Handeln, der sich vollzieht zwischen den Organen des staatlichen Herrschaftsapparates, den politischen Parteien, den verschiedenen sozialen Gruppen/Schichten/Klassen mit ihren entsprechenden ökonomischen Interessen, den übrigen Interessensgruppen und der öffentlichen Meinung in bezug auf die Bestimmung der Formen, des Inhalts und der Aufgaben des Staates nach innen und außen. Politisches Handeln bedeutet in erster Linie Kampf um Macht und Herrschaft, um Teilnahme an der Machtausübung und ihre Sicherung zur Durchsetzung bestimmter Vorstellungen und Interessen.<sup>11</sup>

Walther Dieckmann hingegen, der bereits Ende der 1960er Jahre eine ausführliche Darstellung des Forschungsgebietes Sprache und Politik vorgenommen hat, wählt die funktionale Betrachtungsweise für den Begriff der Politik und stellt fest, dass der Sprache in der Politik die Aufgabe der gesellschaftlichen Kontrolle zukommt. Hierbei unterscheidet er die Symbolmethode und die physische Zwangsmethode, wobei er nach Sternberger<sup>12</sup> feststellt, dass politisches Handeln nur solange politisches Handeln ist, wie es als sprachliches Handeln realisiert wird. Krieg ist demnach Politik mit nicht-sprachlichen

<sup>10</sup> Grünert (1974), S. 1.

<sup>11</sup> Grünert (1974), S. 2.

<sup>12</sup> Sternberger (1966), zit.n. Dieckmann S. 29.

Mitteln, während Politik als staatliches bzw. auf den Staat bezogenes Reden definiert wird.<sup>13</sup>

Politik ist also entweder sprachliches Handeln per se, oder wird im sprachlichen Handeln realisiert. Es fällt auf, dass der Begriff der Sprache hier recht eng gefasst ist und eigentlich keine Formen der nonverbalen Kommunikation miteinbezogen werden – und außerdem, dass er in engem Zusammenhang mit Politik steht.

Die Sprache wurde in einem ersten Schritt schon bei der Definition von Politik als konstitutives Element hergeleitet. Sie nimmt in diesem Feld eine instrumentelle Funktion ein, hilft bei der Machtausübung, der Machtsicherung, der Machtkontrolle und natürlich beim Machtgewinn. Durch Sprache in der Politik versuchen die jeweiligen politisch Sprechenden eine Änderung oder Stabilisierung von Meinungen herbeizuführen.<sup>14</sup>

Politik ist also, kurz gesagt, ein „Streit um Worte“, wobei dem Parteiprogramm in diesem Streit um Worte eine besondere Rolle zukommt (vgl. Kapitel 2.3). Diese können in diesem Zusammenhang als Sprachnormierungsversuche verstanden werden, in denen jede Partei ihre Macht anhand und mithilfe des Kampfes um Wörter bestimmt.<sup>15</sup>

Das Kommunikationsmittel Sprache ist ein soziales Phänomen. Es hängt nicht nur von dem/der Sprechenden ab, sondern benötigt i.d.R. auch eine/n EmpfängerIn. Außerdem handelt es sich bei den übermittelten Nachrichten nicht um zweckfreie Informationen, sondern um Mitteilungen, die einer bestimmten Intention zugrunde liegen. Dieckmann definiert Sprache als „Ursache und Wirkung von sozialen Situationen und Handlungen.“<sup>16</sup> Die Sprache ist letztlich auch ein sehr vielseitiges Medium und wird von diversen Wissenschaftsrichtungen, also nicht nur von der Linguistik, beforscht – so, zum Beispiel, im Falle des Fachgebietes Sprache und Politik auch von der Politikwissenschaft, um nur ein Beispiel zu nennen.<sup>17</sup>

Sprache interpretiert Wirklichkeit und vermittelt Normsysteme. Sie definiert, welche Wörter positiv und welche negativ konnotiert, gut oder schlecht kodiert sind.<sup>18</sup>

Die Sprache ist ein Werkzeug der sozialen Kontrolle und regelt in vielfältiger Weise das Zusammenleben im politischen Gemeinwesen als Kommunikationsmittel [...]. Will man den Effekt des Werkzeuges steigern, so muß man lernen, mit ihm umzugehen, um alle Möglichkeiten zu nutzen, die es bietet. Anweisungen dazu gibt die Rhetorik. Es leuchtet ein, daß man die Wirkungen auch dadurch erhöhen kann, daß man das Werkzeug verändert, indem man

<sup>13</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 29.

<sup>14</sup> Grünert (1974), S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. Hermanns (1989), S. 72.

<sup>16</sup> Dieckmann (1969), S. 18.

<sup>17</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 19.

<sup>18</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 31.



auf die Sprache selbst Einfluß nimmt. Dies geschieht durch die verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Kontrolle der Sprache.<sup>19</sup>

In dieser Arbeit soll untersucht werden, welche sprachlichen Mittel gewählt werden, um die Textsorte des Parteiprogrammes zu realisieren. Es geht um die spezifische Realisierung und Funktion von Sprache im Kontext der Parteiprogramme. Rhetorische Mittel im engeren Sinn, wie z.B. Metaphern, werden hierbei jedoch nicht untersucht.

Dieser kurze Ausschnitt aus der selbstverständlicherweise sehr umfangreichen Sekundärliteratur wurde den nachfolgenden Kapiteln vorangestellt, um den Lesern und Leserinnen zu verdeutlichen, in welchem Zusammenhang in der Folge von Sprache und Politik die Rede sein wird.

---

<sup>19</sup> Dieckmann (1969), S. 38.



## 2.2 Stand der Forschung

### 2.2.1 Überblick

Seit den späten 60er bzw. Anfang der 70er Jahre hat die Beschäftigung mit der Sprache in der Politik einen klaren Interessenszuwachs erfahren. Die meisten für diese Arbeit grundlegenden Publikationen (Walther Dieckmann, Wulf Schönbohm, etc.) stammen aus dieser Zeit.<sup>20</sup> Das Interesse blieb seither relativ stabil, was weitere Publikationen aus den 1990er und den 2000er Jahren bezeugen. Das aktuellste Überblickswerk ist jenes von Girnth, der eine sehr umfassende Darstellung des Forschungsbereiches vornimmt, wobei er auf die älteren Werke zurückgreift, aber auch viele neue Einflüsse aktueller linguistischer Forschungen einarbeitet. Viele weitere theoretische und empirische Untersuchungen, vor allem zur Rhetorik der politischen Sprache (z.B. Burkhardt, 2003), aber auch bezogen auf politische Textsorten (z.B. Klein, 1991) sind seither entstanden.

Bisher war vor allem der Sprachgebrauch in Diktaturen Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und viel seltener wurde der politische Sprachgebrauch in Demokratien untersucht.<sup>21</sup> Der historische Blickwinkel überwiegt sowohl bei der Untersuchung von Texten (z.B. das Godesberger Programm der SPD von 1959), als auch bei Reden (Untersuchung des Sprachgebrauches der Paulskirche<sup>22</sup>). Vieles wurde auch zum Sprachgebrauch in der DDR publiziert.<sup>23</sup> Eines der älteren Werke, das jedoch bereits einen Gesamtüberblick über das Forschungsgebiet gibt, ist jenes von Walther Dieckmann, der damals ein überhöhtes Interesse an der Sprache der Politik im 20. Jahrhundert feststellt und bemängelt, dass das 19. Jahrhundert hingegen schlecht beforscht sei.

Horst Grünert folgt Dieckmann in dessen Forderung nach der Untersuchung parlamentarischen Sprechens im 19. Jahrhundert und analysiert daraufhin die Reden, die zwischen Mai 1848 und Juni 1849 in der Nationalversammlung (der Paulskirchenversammlung) gehalten wurden. Auch er weist auf die bisher einseitige Kost der Untersuchungen hin, die entweder, im Falle der Schlagwortforschung, „atomistisch“ seien, oder ideologisch abgeschlossene Systeme (Nationalsozialismus, DDR) als Untersuchungsgegenstand hätten.<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 11.

<sup>21</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 28-30.

<sup>22</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 11-13.

<sup>23</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 11.

<sup>24</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 12.

Bevor in der Folge noch genauer auf das Forschungsfeld eingegangen werden kann, soll in einem Exkurs geklärt werden, ob es sich bei der Sprache in der Politik um eine Fachsprache handelt oder nicht.

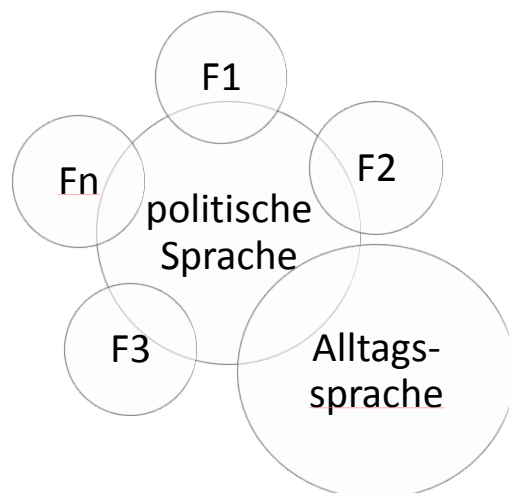
### 2.2.2 Exkurs: Ist politische Sprache eine Fachsprache?

Grünert sieht die politische Fachsprache mehr als ein „Zeichen-Inventar von besonderer Qualität“<sup>25</sup>. Damit ist gemeint, dass politische Sprache nur in bestimmten Bereichen als Fachsprache gelten kann, z.B. für Verfahrensweisen in Institutionen, Verwaltungen und Parlamenten. Er bezieht sich hier auf Feststellungen Dieckmanns. Laut Klein wiederum kennzeichnet sich Fachsprachlichkeit durch zwei Merkmale:

- 1) Sie dient primär der Kommunikation zwischen Fachleuten.
- 2) Es ist ein Code vorhanden, in dem fachspezifische Sachkenntnisse auf eine Weise encodiert werden, die in vollem Umfang nur Fachleuten verständlich ist.<sup>26</sup>

Hier wäre die politische Sprache an sich nicht einzuordnen, denn abhängig davon, welchen Bereich der Politik man gerade betrachtet, ist es doch ihr erklärtes Ziel, für alle Menschen verständlich zu kommunizieren. Bezogen auf interne Prozesse, laut Klein eben auch in Parteiprogrammen, können diese beiden Merkmale wiederum zutreffen.<sup>27</sup>

Die folgende Grafik ist eine Darstellung der Überlegungen von Girth, der der Meinung ist, dass die politische Sprache schwer von der Alltagssprache und den verschiedenen Fachsprachen zu trennen ist und dass in gewisser Weise jedes Thema politisch werden kann.<sup>28</sup>



**Abbildung 1: Verhältnis zwischen Alltagssprache, Fachsprachen und politischer Sprache**

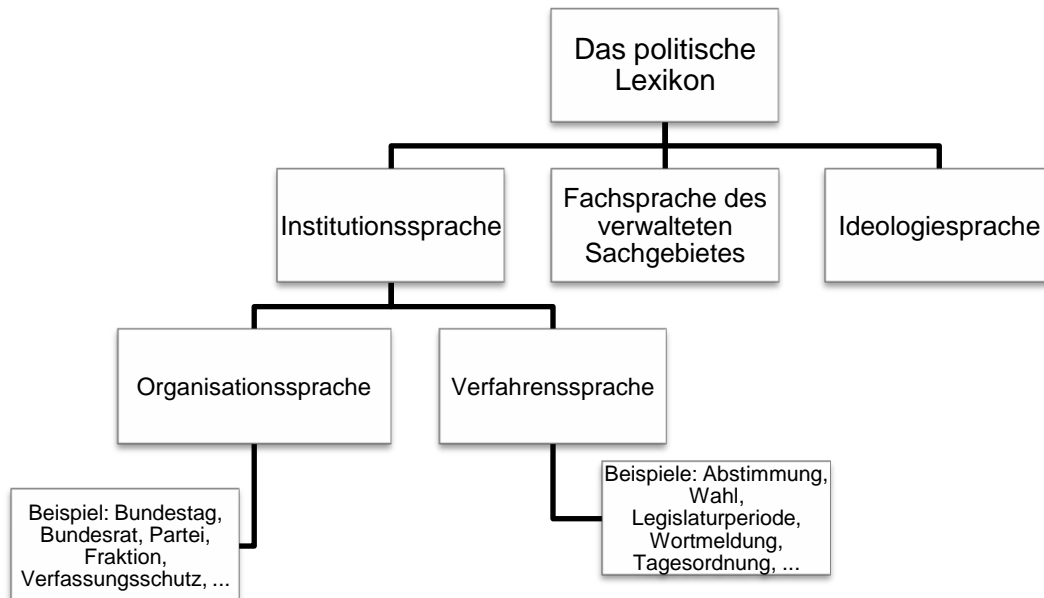
<sup>25</sup> Grünert (1974), S. 14.

<sup>26</sup> Klein (1996), S. 201.

<sup>27</sup> Vgl. Klein (1996), S. 201-204.

<sup>28</sup> Vgl. Girth (2002), S. 48-49.

In dieser Grafik könnte eine der Fachsprachen (abgekürzt mit F1, F2, ...Fn) die politische Fachsprache sein, die sich von der politischen Gruppensprache insofern abhebt, als sie wertfrei ist, wie z.B. „Ministerium“.<sup>29</sup> Etwas übersichtlicher gestaltet beschreibt Dieckmann das politische Lexikon so:



**Abbildung 2: Die Gliederung des politischen Wortschatzes nach Dieckmann (1969, S. 50-52).**

Wobei hier von Dieckmann der pragmatische Ansatz H. D. Lasswells weiter verfolgt worden ist und mit dem semantischen Ansatz zusammengeführt wurde. Die einzelnen Abteilungen des politischen Wortschatzes ergeben sich sowohl aus der Funktion als auch aus der Bedeutung der Wörter. Als einzige Fachsprache weist Dieckmann jene des jeweils verwalteten Sachgebietes aus, welche alle Merkmale einer echten Fachsprache aufweise: Sachlichkeit, Rationalität, Eindeutigkeit, Ökonomie und Variationsarmut.<sup>30</sup> Im Gegensatz dazu sei „der Bereich des Politischen [...] offen.“<sup>31</sup>

Politische Sprache in ihrer Gesamtheit ist demnach keine Fachsprache. Dies ist auch historisch gesehen begründbar:

Die Sprache der Politik war bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts unter den gesellschaftlichen Bedingungen des fürstlichen Absolutismus eine Fachsprache kleiner Gruppen. Eine Wende in dieser Hinsicht brachte erst das Zeitalter der französischen Revolution, in dem die Politik öffentlichen Charakter bekam und ein größeres Publikum ergriff. Die Folge war eine größere Verbreitung des politischen Wortschatzes, der aufhörte, rein fachsprachliche Geltung zu haben.<sup>32</sup>

<sup>29</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 14.

<sup>30</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 51-52.

<sup>31</sup> Dieckmann (1969), S. 47.

<sup>32</sup> Dieckmann (1969), S. 52.

Sprache in der Politik behält in verschiedenen Bereichen fachsprachliche Züge, die jedoch überall da überschritten werden, wo sie sich ausdrücklich an die Öffentlichkeit wendet und somit keine gruppenhafte Isolierung beabsichtigt.<sup>33</sup>

### 2.2.3 Das Forschungsfeld

Armin Burkhardt, der den Begriff der „Politolinguistik“ für das Forschungsfeld Sprache und Politik zu etablieren versucht, definiert dieses Feld folgendermaßen: „Die wissenschaftliche Untersuchung politischer Sprache ist dabei, sich zu einer – wo nicht im engeren Sinn eigenständigen, so doch eingrenzbaeren – Teildisziplin im Grenzgebiet zwischen Linguistik und Politologie zu entwickeln.“<sup>34</sup> Der Begriff entsteht aus dem Zusammenschluss der beiden Worte Polito(logie) und Linguistik. Burkhardt weist außerdem einige Probleme und Widersprüche, die das Feld Sprache und Politik kennzeichnen, aus und fordert mehr Distanz der SprachwissenschaftlerInnen zum Untersuchungsgegenstand.

Das Untersuchungsgebiet stellt er wie folgt dar, wobei die dunkel eingefärbten Bereiche jene sind, in denen sich das Parteiprogramm wiederfindet:

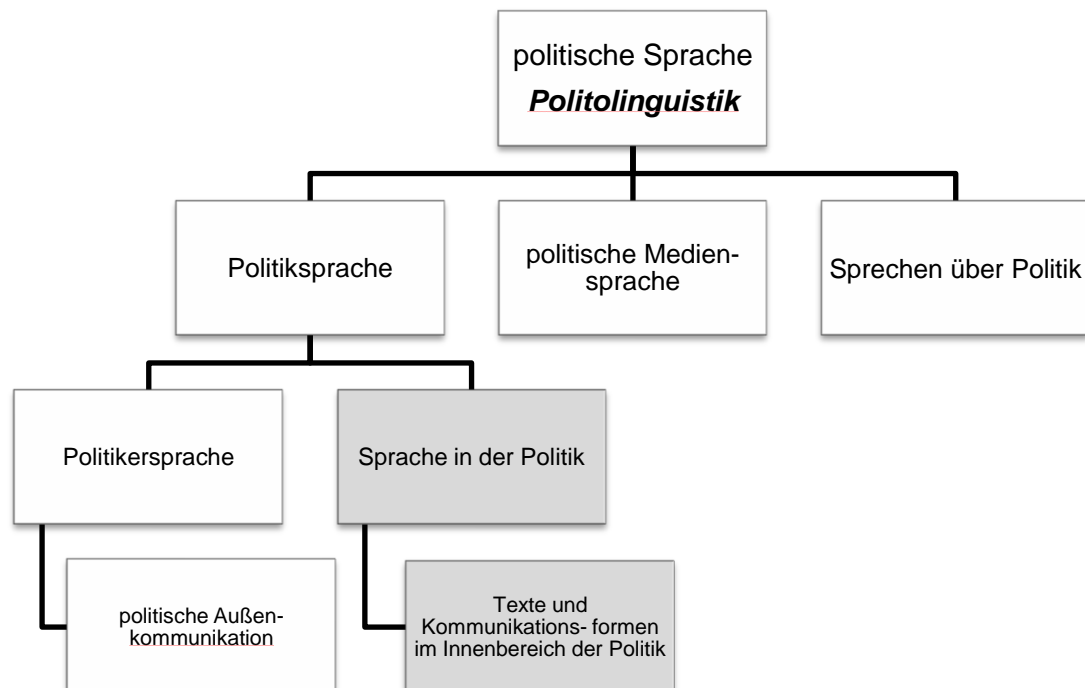


Abbildung 3: Burkhardt (1996, S. 81).

<sup>33</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 54.

<sup>34</sup> Burkhardt (1996), S. 75.

Interessant zu beobachten ist vor allem die Trennung zwischen „Politikersprache“ und „Sprache in der Politik“, die sich allerdings nicht, wie suggeriert wird, nur auf die gesprochene Sprache beschränken lässt, sondern jegliche nach außen gerichtete Kommunikation zusammenfasst. Auch Dieckmann unternimmt eine ähnliche Einteilung der Sprache in der Politik nach ihren Funktionen (vgl. Kapitel 2.3.2.1).

Burkhardt hat einen sehr genauen Blick auf das Forschungsgebiet geworfen und es sich zur Aufgabe gemacht, sowohl die Probleme der bisherigen Forschungen als auch Verfahren zu sammeln, an denen sich die zukünftige Forschung orientieren sollte, um nicht den bisherigen Fehler- bzw. Problemquellen in die Hände zu fallen.

#### Probleme bisheriger Forschungen:<sup>35</sup>

- Mangel an Koordination zwischen den Forschungsvorhaben und zwischen den Fachbereichen Politikwissenschaft und Linguistik
- mangelnde Distanz zum Forschungsgegenstand
- Politologieferne
- „einseitige Diät“ – vorherrschend: Analyse von Politikerreden und Schlagworten
- Terminologiekonfusion, weil jede/r ForscherIn eine eigene Terminologie etabliert
- Methodenschwäche
- Semiotikabstinz
- Geschichtsvergessenheit

Vor allem die Terminologiekonfusion stach auch bei der Recherche zu dieser Arbeit ins Auge: z.B. dürfte sich der Begriff der „Politolinguistik“ nicht durchgesetzt haben, denn in den neueren Werken (Ickes 2008, Girth 2002) wird das Forschungsfeld weiterhin als „Sprache in der Politik“ betitelt. Es scheint wichtig zu sein, auf das aufzubauen, was andere ForscherInnen zuvor geleistet haben, jedoch auch deren Terminologie abzuändern oder ganz zu verwerfen und eine neue zu finden. Ein dabei entstehendes Problem ist nicht nur die erschwerte Vergleichbarkeit der Untersuchungen, sondern vor allem die Qual der Wahl, für welche Terminologie man sich selbst entscheiden soll.

Auf diese Frage gibt Burkhardt zwar keine Antwort, er definiert aber drei Großgruppen an Verfahren, die nach Möglichkeit alle in Zukunft eingesetzt werden sollen.

---

<sup>35</sup> Burkhardt (1996), S. 83-89.

Verfahren für zukünftige Forschungen:<sup>36</sup>

Lexikalisch- semantische Verfahren	Pragmatisch-textlinguistische Verfahren	Semiotische Verfahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schlag- und Wertwortanalyse</li> <li>• Euphemismenanalyse</li> <li>• Analyse „ideologischer Polyseme“</li> <li>• Tropenanalyse</li> <li>• Analyse „semantischer Isotopen“</li> <li>• Analyse von Integrations- und Ausgrenzungsstrategien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anrede-Analyse</li> <li>• <b>Sprechhandlungsanalyse</b><sup>37</sup></li> <li>• Anspielungsanalyse</li> <li>• Gesprächsanalyse</li> <li>• Präsuppositionsanalyse</li> <li>• Argumentationsanalyse</li> <li>• Rhetorische Analyse</li> <li>• Zitat-Analyse</li> <li>• Textsortenanalyse</li> <li>• Intertextualitätsanalyse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ikon-Analyse</li> <li>• Symbol-Analyse</li> <li>• Architektursemiotische Analyse</li> </ul>

Burkhardt empfiehlt für die Analyse von Texten (im Gegensatz zur Untersuchung von Einzelaspekten der Sprache), nach Möglichkeit alle bzw. die meisten der genannten Verfahren anzuwenden. Da das Korpus dieser Arbeit recht umfangreich ist, wird dieser Forderung leider nicht Genüge getan werden können.<sup>38</sup>

Es soll hier noch ein weiterer wichtiger Autor behandelt werden, der ähnlich Walther Dieckmann eine sehr umfassende Darstellung des Forschungsbereiches vorgenommen hat: Heiko Girth.

Girth forciert die pragmalinguistische Sicht auf das Fachgebiet Sprache und Politik, die von der neueren Forschung ebenfalls vertreten wird. Eckpunkt dieses Ansatzes ist die Feststellung, dass Sprache nicht Selbstzweck ist, in bestimmten Situationen stattfindet, sich an ein Gegenüber richtet und zielorientiert ist.<sup>39</sup>

Grundlegend für diese Überlegungen ist unter anderem die Sprechakttheorie Karl Bühlers und deren Weiterentwicklungen. Als maßgeblich bezeichnet Girth dabei „Intention“ und „Situation“, die den Kommunikationsakt bestimmen. In der Politik, so Girth, gäbe es zudem eine begrenzte Anzahl an Situationstypen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass ihre Eigenschaften als Teil des kollektiven Wissens bekannt sind. Ein Beispiel ist die parlamentarische Debattenrede oder im Falle dieser Arbeit das Parteiprogramm.<sup>40</sup>

<sup>36</sup> Burkhardt (1996), S. 90-91.

<sup>37</sup> Dieses Verfahren wird in dieser Arbeit eingesetzt.

<sup>38</sup> Vgl. Burkhardt (1996), S. 91.

<sup>39</sup> Vgl. Girth (2002), S. 31.

<sup>40</sup> Vgl. Girth (2002), S. 32.



## 2.2.4 Merkmale politischer Sprachverwendung

Girnth fasst die Fülle an Besonderheiten für die politische Sprachverwendung, die er in der Literatur vorgefunden hat, in vier Hauptmerkmalen zusammen: Öffentlichkeit, Gruppenbezogenheit, Konsens- und Dissensorientiertheit und Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit.<sup>41</sup>

Um eine Überleitung zum nächsten Kapitel anzubahnen, soll hier gleich die Anwendbarkeit der Merkmale auf die Textsorte Parteiprogramm versucht werden.

### Öffentlichkeit

Politik in diesem Sinne als sprachliches Handeln verstanden, findet zu einem Großteil öffentlich statt, egal ob als Parlamentsdebatte, Pressestunde, diverse öffentliche Sitzungen, ... es ist stets an die Öffentlichkeit gerichtet. Allerdings sind auch Formen nicht-öffentlicher Kommunikation zu nennen, wie z.B. in Ausschüssen und Fraktionsdebatten. Dennoch kann politisches Handeln vor allem im Spannungsfeld der öffentlich-politischen Meinungs- und Willensbildung verortet werden.<sup>42</sup>

Das Parteiprogramm richtet sich nicht direkt an die Öffentlichkeit, bzw. Wählerschaft, hierzu gibt es vielmehr die Aktions- und Wahlprogramme, die jeweils aktuell formuliert werden, während Grundsatzprogramme eine längere Geltungsdauer beanspruchen und daher allgemeiner formuliert sind. Dennoch ist das Parteiprogramm ein öffentliches Dokument, das auf den Internetseiten der Parteien für alle frei zugänglich ist.

### Gruppenbezogenheit

Jede/r PolitikerIn vertritt im politischen Diskurs nicht unbedingt die eigene Meinung, sondern fungiert als Repräsentant seiner/ihrer Partei (Eigengruppe), die wiederum mit bestimmten Einstellungen und Werten verbunden ist. Alles, was sich auf die eigene Gruppe, d.h. die eigene Partei bezieht, wird im politischen Diskurs positiv, alles was die Fremdgruppe (andere Parteien) vertritt negativ dargestellt. Wobei sich der Gruppenbegriff hier auf die Großgruppe bezieht, die im Gegensatz zur Kleingruppe nicht auf persönlichen Kontakten beruht, sondern auf einer „unterstellten Gemeinsamkeit der Einstellungen, Überzeugungen und Meinungen.“<sup>43</sup>

Im Parteiprogramm ist dies sehr stark der Fall, die Eigengruppe wird mit verschiedenen Formulierungen in den Vordergrund gerückt (vgl. Kapitel 3.3.3.1 „Wir“-Verwendung).

---

<sup>41</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 33.

<sup>42</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 33.

<sup>43</sup> Volmert (1979), S. 33.

Überdies schwingt in vielen Formulierungen die Abwendung von anderen Überzeugungen und Ideologien mit, die als Abgrenzung von den Fremdgruppen fungiert, auch wenn diese nicht dezidiert ausgesprochen wird:

„Wir bekennen uns zur Vorrangstellung zwischen Mann und Frau als besondere Form des Schutzes des Kindeswohls. Nur die Partnerschaft von Mann und Frau ermöglicht unserer Gesellschaft Kinderreichtum.“<sup>44</sup> Hier werden durch das klare Bekenntnis zu etwas, nämlich der Partnerschaft zwischen Mann und Frau, jegliche andere Formen der Partnerschaft zwischen Männern oder zwischen Frauen untereinander abgelehnt.

Teilweise ist die Abgrenzung aber auch ganz eindeutig formuliert, so heißt es in dem Absatz weiter: „Ein eigenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Beziehungen lehnen wir ab.“<sup>45</sup>

### Konsens- und Dissensorientiertheit

Laut Girnth ist das Ziel der Sprachverwendung in der Politik das Erreichen von Konsens. Ein bestimmtes Ziel kann aber manchmal auch über einen gezielten Dissens erreicht werden. Girnth gibt dazu ein Beispiel aus dem Diskurs zum „Nato Doppelbeschluss“, bei dem CDU-Generalsekretär Geißler durch eine Aufregung erregende Aussage und deren Polarisierung in der öffentlichen Debatte den bereits vorhandenen Dissens noch verstärkte und dadurch das Ziel der CDU erreicht werden konnte.<sup>46</sup>

Diese Eigenschaft kann kaum auf das Parteiprogramm angewendet werden außer in dem Sinne, dass es innerhalb der Partei Konsens darüber herstellt, welche Werte und Meinungen von der Partei vertreten werden. Dass dies schwieriger ist, als es hier vielleicht den Anschein macht, erläutert Hermanns in dem Kapitel „Das Parteiprogramm als Kompromiß“<sup>47</sup>, in dem er auf die Möglichkeiten eingeht, die verschiedenen Meinungen innerhalb der Partei in einem Parteiprogramm unterzubringen (siehe auch Kapitel 2.3.2.1, Tabelle 4).<sup>48</sup>

---

<sup>44</sup> Parteiprogramm der FPÖ, S. 7.

<sup>45</sup> Vgl. Parteiprogramm der FPÖ, S. 7.

<sup>46</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 35.

<sup>47</sup> Hermanns (1989), S. 115.

<sup>48</sup> Vgl. Hermanns (1989), S. 117.

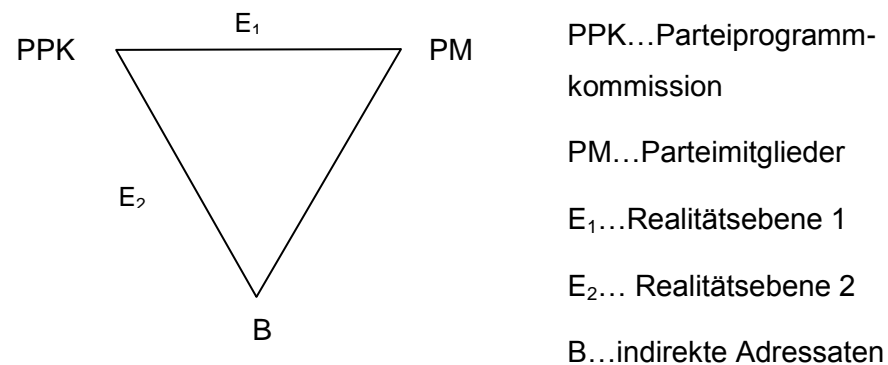
### Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit

„Politiker richten sich mit ihren sprachlichen Handlungen oft an mehrere Adressaten gleichzeitig, wobei die Wirkung jeweils unterschiedlich ausfallen kann.“<sup>49</sup> Die Möglichkeit, sprachliche Handlungen an mehrere Adressaten gleichzeitig zu wenden, ist vor allem durch die Massenmedien möglich (z.B. Parlamentsreden, die im Fernsehen übertragen werden). Die Mehrfachadressierung ist also eine Folge des öffentlichen Charakters von politischer Sprachverwendung.<sup>50</sup>

Unter Inszeniertheit versteht Edelman die Doppelung der Realität des Politischen.<sup>51</sup> In der folgenden Grafik wird diese Doppelung dargestellt und gleichzeitig auf die Eigenheiten des Parteiprogramms angewandt.

Als Adressaten sind vorrangig die Parteimitglieder zu denken. Auf einer weiteren Ebene aber auch die Parteimitglieder anderer Parteien und vor allem die Massenmedien, die in Bezug auf die Darstellung des Parteiprogramms in der Öffentlichkeit eine sehr große Rolle spielen.<sup>52</sup>

Auf der ersten Realitätsebene fungiert das Parteiprogramm also als Kommunikator darüber, was eine Partei will bzw. wie sie sich selbst sieht. Auf der zweiten Realitätsebene kommuniziert sie aber auch, wo sie für andere Parteien angreifbar ist, welche Wählerschaften sie ansprechen möchte usw.:



**Abbildung 4: Die Mehrfachadressiertheit von Parteiprogrammen angelehnt an die Grafik von Girnth (2002, S. 34)**

<sup>49</sup> Girnth (2002), S. 34.

<sup>50</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 34.

<sup>51</sup> Vgl. Edelman (1964), zit.n. Girnth (2002), S. 34.

<sup>52</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 18.

Bei der Formulierung von Parteiprogrammen werden alle diese möglichen Adressaten bereits mitgedacht, weshalb es eben als Kompromisswerk betrachtet werden muss:

Da ist zunächst zu unterscheiden zwischen den inner- und den außerparteilichen Adressaten des Programms, zwischen den Parteimitgliedern und sonstigen möglichen Lesern, die aufgrund anderer Vorinformiertheit und anderer Loyalität den Text ganz anders lesen werden als die jeweils eigenen Leute, in deren Namen das Parteiprogramm spricht.<sup>53</sup>

Hinzu kommt noch, dass die bisher vielleicht angenommene Einigkeit in der Partei gar nicht besteht, sondern sich die Partei wiederum in verschiedene Lager aufteilt, wie dies aktuell auch in der ÖVP anhand des Themas „Gesamtschule“ beobachtet werden kann. Dieses Thema hat mit der aktuellen Brisanz noch nicht Eingang in das Parteiprogramm der ÖVP gefunden (dieses stammt von 1995). Würde allerdings heute ein neues Parteiprogramm geschrieben werden, wäre es interessant zu beobachten, auf welche Formulierung zu diesem Thema sich die Partei einigen kann. Mehr zu konkreten Regeln der Formulierungen in Parteiprogrammen finden sich im Kapitel 2.3.2.1, Tabelle 4.

Diese Darstellung des Forschungsfeldes kann dem Anspruch der Vollständigkeit natürlich nicht genügen, es sollte aber ein grober Überblick über den Problem- und Gegenstandsbereich sowie Eigenheiten der Sprache und Politik Forschung gegeben worden sein. In der Folge soll nun die Einordnung des Parteiprogramms in dieses Feld vorgenommen werden.

---

<sup>53</sup> Hermanns (1989), S. 116.

## 2.3 Sprache von Parteiprogrammen

### 2.3.1 Zur politischen Bedeutung von Parteiprogrammen

Den Inhalt eines Parteiprogrammes definiert Tillmann folgendermaßen:

Parteiprogramme implizieren die fundamentalen, ideologisch geprägten, parteilichen Positionen zur Struktur und Organisation aller Bereiche menschlichen Zusammenlebens, zu denen die jeweilige Partei Aussagen zu machen für notwendig erachtet. Auf diese Weise dokumentieren sich in Parteiprogrammen das historisch gewachsene Selbstverständnis der Parteien sowie deren Vorstellungen über die Gestaltung der Zukunft auf der Basis festgeschriebener Grundsätze. [...] Die programmatischen Erklärungen des Parteiprogramms stecken den Rahmen ab für die zukünftige Parteipolitik; die Gültigkeit eines Parteiprogramms kann allein durch die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms aufgehoben werden.<sup>54</sup>

Das obige Zitat steckt alle grundlegenden Parameter der Genese dieser Textsorte ab, inklusive des Hinweises, wie lange ein Parteiprogramm Geltung beanspruchen kann. Da der Vorgang des Programmschreibens ein recht langwieriger und wichtiger ist, kommt es dazu, dass sie oft bis zu zehn Jahre oder länger unverändert bestehen, denn:

Langjährige Regierungsparteien finden erst dann die Kraft zur politisch-programmatischen und geistigen Erneuerung sowie personellen Regeneration, wenn sie die Wahl bereits verloren haben. Dies lässt sich anhand von zahlreichen Beispielen belegen. [...] [Etwa, Einfügung H.S.] das Salzburger Programm der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) von 1972, das eine Folge der Wahlniederlage vom März 1970 war.<sup>55</sup>

Auch in diesen Tagen (März 2014) facht die Diskussion um ein neues Parteiprogramm wieder auf: Zwar nicht bei der ÖVP, deren Parteiprogramm noch mehr Jahre auf dem Buckel hat, bei der jedoch die Programmdiskussion bereits wieder eingeschlafen ist,<sup>56</sup> sondern bei der SPÖ, die damit dem steten Abwärtstrend ihrer Wahlergebnisse entgegensteuern will. Das Thema ist zumindest so wichtig, dass die Tageszeitung „der Standard“ ihr Seite zwei und drei der Montagsausgabe vom 10.3.2014 widmete. „Auch Josef Cap [einer der Hauptverantwortlichen für das neue SPÖ-Programm, Anm. H.S.] hört die Signale. ‚Werden die Wahlergebnisse schlechter, wird der Ruf nach einem neuen Parteiprogramm lauter‘, sagt der Routinier [...].<sup>57</sup>

Konkret läuft die Erstellung eines Grundsatzprogrammes so ab, dass zuerst ein Entwurf vorgelegt wird, der innerhalb der Partei ausgesendet und in der Folge ausführlich diskutiert wird. Meist oder oft sind alle Mitglieder der Partei eingeladen, Abänderungsanträge einzubringen. Die Beschlussfassung erfolgt dann in der Regel auf einem Parteitag, wo

<sup>54</sup> Tillmann (1989), S. 85.

<sup>55</sup> Schönbohm (1974), S. 21-22.

<sup>56</sup> Vgl. Seidl (2014), S. 3.

<sup>57</sup> John (2014), S. 2.

aber auch noch einmal Wünsche für Änderungen eingebracht und diskutiert werden können.<sup>58</sup>

Bei einer linguistischen Untersuchung von Parteiprogrammen darf daher der pragmatische Aspekt nicht aus den Augen gelassen werden, er spielt vor allem bei der prinzipiellen Einstellung gegenüber Parteiprogrammen eine große Rolle, d.h. welche Funktionen von einem Parteiprogramm in der Gesellschaft erwartet werden.<sup>59</sup> Die SPÖ will sich z.B. wieder neu definieren: Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei die zukünftige Stellung gegenüber dem Kapitalismus aber auch die Klima- und Energiekrise.<sup>60</sup> Ein interessanter Aspekt, der sowohl im Leitartikel als auch im Interview mit Ex-Finanzminister Ferdinand Lacina zur Sprache kommt: Wichtig für die Partei ist nicht das gedruckte Parteiprogramm sondern der Prozess, bis es dazu kommt.<sup>61</sup> Dennoch wird die Rolle des Parteiprogrammes vielleicht unterschätzt, denn gerade in der laufenden Diskussion innerhalb der ÖVP zeigt sich, welche Auswirkungen es hat, wenn innerparteilich nicht klar ist, welche Position die Partei zu einem Thema (z.B. Schule) eigentlich einnimmt.<sup>62</sup>

Wulf Schönbohm differenziert eine Außenwirkung und eine Binnenwirkung der Parteiprogramme. Wie in Kapitel 2.2.4 bereits angeklungen, ist dies ein wesentliches Merkmal politischer Kommunikation im Allgemeinen und gilt auch für das Parteiprogramm im Speziellen. Die Außenwirkung hängt dabei stark von der Beurteilung des Programmes durch die Massenmedien ab. „Gerade weil der Durchschnittswähler keine Programme liest, wird sein Urteil darüber wesentlich durch die Berichterstattung in den Massenmedien beeinflusst. [...] Das publizistische Echo auf einen Programmparteitag entscheidet also weitgehend über die inner- wie außerparteiliche Wirkung des verabschiedeten Programms.“<sup>63</sup>

Die Binnenwirkung wiederum wurde bereits anhand des Standard-Artikels erläutert. Schönbohm führt den Vorgang noch genauer aus:

Die ein bis zwei Jahre dauernde innerparteiliche Diskussion über ein neues Programm bietet Gelegenheit, überkommene Auffassungen in Frage zu stellen, unterschiedliche Standpunkte ausdiskutieren und die programmatischen Aussagen angesichts der veränderten innen- und außenpolitischen Gegebenheiten fortzuschreiben, weil Parteiprogramme ohnehin allzuoft hinter gesamtgesellschaftlichen Fortentwicklungen herhinken.<sup>64</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl. Güttel (1997), S. 9.

<sup>59</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 6.

<sup>60</sup> Vgl. John (2014), S. 2.

<sup>61</sup> Vgl. Seidl (2014), S. 3.

<sup>62</sup> Vgl. Seidl (2014), S. 3.

<sup>63</sup> Schönbohm (1974), S. 18.

<sup>64</sup> Schönbohm (1974), S. 19.

Bezogen auf den Inhalt von Parteiprogrammen ergeben sich einige Unterscheidungsmerkmale zwischen den verschiedenen Programmtypen: Das Grundsatzprogramm besitzt im Gegensatz zu Wahl-/Aktionsprogrammen oder Orientierungsprogrammen zeitlich relativ unbegrenzte Wirkungsdauer. Es ist allgemeiner als die beiden anderen Ausprägungsformen formuliert. Auf der Grundlage eines Grundsatzprogramms werden dann Entscheidungen und Aussagen getroffen, die den aktuellen Problematiken des politischen Lebens Antwort geben.<sup>65</sup>

Als generelle Tendenz stellt Kaack eine Wende, weg von einem Programm, das alles Handeln der Partei begründet, hin zu einer ausdifferenzierten Programmlandschaft, fest. Neben dem Grundsatzprogramm gibt es diverse Aktions- und Wahlprogramme, die in zeitlicher Nähe zu den Wahlen entstehen und daher eine höhere Flexibilität in ihrem Inhalt aufweisen. Dies hat auch zu einer Änderung der Inhalte von Grundsatzprogrammen geführt, die nun so allgemein gehalten sein müssen, dass sie die Partei in ihrem spontanen Handeln nach der aktuellen Politiklage nicht einengen. Aus diesem Grund gibt es heute auch keine eigentlichen Weltanschauungsparteien mehr, sondern nur noch Parteien, die sich potentiell an alle Wähler richten (sogenannte Volksparteien).<sup>66</sup> Auch Flohr findet zu diesem Schluss:

Der wachsende Konsensus in prinzipiellen politischen Fragen sowie der sich daraus und aus anderen Ursachen ergebende Trend zu sogenannten Volksparteien verminderten die ehemals teilweise krassen Gegensätze zwischen den Parteien. Folge und zugleich Symptom dieses Angleichungsprozesses ist die zunehmende Ähnlichkeit der Parteiprogramme. Dem Wähler ist weniger als früher möglich, anhand der Parteiprogramme eine begründete Entscheidung für eine Partei zu treffen.<sup>67</sup>

Kaack liefert noch eine interessante und vor allem anschauliche Visualisierung der Funktionen von Parteiprogrammen, wobei er auch den unterschiedlichen Intensitätsgrad der Funktion visualisiert. Um noch einmal den Unterschied zwischen den verschiedenen Programmen zu verdeutlichen, werden hier, wie bei Kaack, alle Ausformungen nebeneinander gestellt.

<b>Funktionen</b>	<b>Grundsatzprogramm</b>	<b>Aktionsprogramm</b>	<b>Wahlprogramm</b>	<b>Regierungsprogramm</b>
<b>a) nach außen</b>				
Werbungsfunktion	X	XX	XXX	XX
Profilfunktion	XX	XXX	XXX	XXX
Agitationsfunktion	X	XX	XXX	XX
Operationsbasis	X	XX	XX	XXX
<b>b) nach innen</b>				
Integrationsfunktion	XXX	XX	XX	X

<sup>65</sup> Vgl. Ickes (2008), S. 16-20.

<sup>66</sup> Vgl. Kaack (1971), S. 401-402.

<sup>67</sup> Flohr (1968), S. 37.

Identifikationsfunktion	XXX	X	X	X
Stimulationsfunktion	X	XXX	XXX	X
Herrschaftsfunktion	XX	XX	XXX	XX
Legitimationsfunktion	XXX	XX	X	X

Tabelle 1: Funktionen der Parteiprogramme (Kaack, 1971, S. 403).

Alle aufgelisteten Funktionen werden von den Parteiprogrammen wahrgenommen, deswegen gilt ein X als prinzipielles Vorhandensein der Funktion im niedrigsten Intensitätsgrad. XX bedeutet einen etwas stärkeren Intensitätsgrad und XXX den maximalen.<sup>68</sup> Hier fällt auf, dass das Grundsatzprogramm nach Kaacks Meinung eine stärkere Binnen- als Außenwirkung hat. Außerdem sind vor allem die statischen Funktionen (Profil-, Integrations-, Identifikations- und Legitimationsfunktion) stärker ausgeprägt, als jene, die aktiv auf die Adressaten wirken (z.B. Agitationsfunktion).

Josef Klein weist darauf hin, welche Auswirkungen der Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Unverbindlichkeit auf den konkreten Text hat: „Vor allem die Ausprägung Grundsatzprogramm [...] zeichnet sich durch gemeinsprachliche Lexik aus, die vor allem im Bereich der Schlagwörter normativ und emotiv geprägt ist und oft dem Vorwurf begrifflicher Unklarheit ausgesetzt ist.“<sup>69</sup> Es spiegelt sich hier auf der sprachlichen Ebene wieder, was Kaack auf der politologischen Seite festgestellt hat.

## 2.3.2 Das Parteiprogramm als Textsorte

### 2.3.2.1 Bausteine einer Typologie politischer Textsorten

Dieckmann teilt die politische Sprache in zwei Großgruppen: die Funktionssprache und die Meinungssprache. Die Funktionssprache dient dabei vor allem der organisatorischen Abläufe innerhalb des Verwaltungsapparates bzw. Staates. Die Meinungssprache richtet sich hingegen an die Öffentlichkeit.<sup>70</sup> Diese Einteilung orientiert sich an institutsbezogenen und spezifisch sprachlichen Funktionen.<sup>71</sup> Ein Problem dieser Darstellung ergibt sich allein schon bei dem Versuch, das Parteiprogramm innerhalb dieses Dualismus zu verorten. Mit den von Dieckmann angeführten Erklärungen und Beispielen ist dies jedenfalls nicht einfach möglich, vermutlich wäre es in einem noch nicht gekennzeichneten Grenzbereich zu finden.

<sup>68</sup> Vgl. Kaack (1971), S. 403.

<sup>69</sup> Klein (1996), S. 202.

<sup>70</sup> Vgl. Dieckmann (1969), S. 81-86.

<sup>71</sup> Vgl. Girth (2002), S. 36.



Die von Burkhardt entworfene Einteilung der politischen Sprache wurde bereits in Kapitel 2.2.3 besprochen. In ihr ist das Parteiprogramm in der Kategorie „Sprache in der Politik“ zu finden.

Girnth hält sich hingegen an die neuere pragmatisch orientierte Forschung, die sich mehr an die speziellen situativen Rahmenbedingungen und Handlungszusammenhänge der Sprachverwendung orientiert.

Der Begriff der Handlungsfelder in der Politik stammt von Girnth und ist sein Alternativvorschlag für „[...] den facettenreichen und überaus vagen Terminus *Sprachspiel* [...]“<sup>72</sup> [Hervorhebungen folgen dem Original, Anm. H.S.], den Strauß ins Feld führt. Strauß lehnt sich dabei an Grünert an, versteht dessen Definition des Sprachspiels aber weniger abstrakt:

Sprachspiele sind als ‚Teile einer Lebensform‘ (Wittgenstein) der konkrete Ort, in dem bestimmte Interaktionen mit bestimmten Interaktionspartnern, die bestimmte Rollen, ein bestimmtes gemeinsames Wissen, bestimmte Aufgaben und Interessen haben, stattfinden. ‚Sprachspiel‘ ist daher hier für die Textklassifizierung der übergeordnete kommunikationstheoretische Begriff; er liefert die Daten für das Bedingungsfeld, in dem sprachliche politische Aktivitäten stattfinden, und stellt den Bezug her auf den jeweiligen situativen, institutionellen und gesellschaftlichen Rahmen.<sup>73</sup>

Girnth fasst in seiner Einführung in die Sprache und Sprachverwendung in der Politik die von Strauß skizzierten Handlungsfelder mit den dazugehörigen Textsorten und Sprachfunktionen, wie sie Grünert definiert hat, zusammen.

<b>Handlungsfeld</b> Öffentlich-politische Meinungsbildung	<b>Handlungsfeld</b> Innerparteiliche Willensbildung	<b>Handlungsfeld</b> Politische Werbung	<b>Handlungsfeld</b> Gesetzgebungs- verfahren
<b>Textsorten</b> Leitartikel, Kom- mentar u.a.	<b>Textsorten</b> Parteiprogramm, Parteitagsrede u.a.	<b>Textsorten</b> Wahlkampfrede, Wahlslogan, u.a.	<b>Textsorten</b> Gesetz, Gesetzes- entwurf, u.a.
Poskative Sprach- funktion z.B. Aufruf, Flug- blatt, Manifest u.a.	Integrative Sprach- funktion	Informativ- persuasive Sprach- funktion	Regulative Sprach- funktion

**Tabelle 2: Das Verhältnis von Handlungsfeldern und Textsorten nach Girnth, 2002, S.38 erweitert um die jeweiligen Sprachfunktionen, sofern zuordenbar.**

<sup>72</sup> Girnth (2002), S. 37.

<sup>73</sup> Strauß (1986), S. 5.

Die integrative Sprachfunktion dient Gruppen dazu, sich zu definieren und nach außen abzugrenzen.<sup>74</sup> Sie ist im politischen Sprachgebrauch typisch für Parteiprogramme oder Gedenkreden. Im vorangegangenen Kapitel konnte allerdings gezeigt werden, dass die Beschränkung des Parteiprogrammes auf das Handlungsfeld der innerparteilichen Willensbildung nicht ganz zulässig ist, da es indirekt auch an weitere Adressaten (WählerInnen, andere Parteien, Experten in den Massenmedien, ...) gerichtet ist, auch Klein definiert in seiner Textsortenanalyse u.a. das Volk als Öffentlichkeit als Adressat des Parteiprogramms (vgl. Tabelle 3).

Einen anderen, etwas älteren Zugang, skizziert Alexander Tillmann. Er entwirft eine eigene Taxonomisierung politischer Textsorten, wobei er sie prinzipiell in proklamative und propagandistische Verfahren einteilt. Das Parteiprogramm ist hier unter den proklamativen Verfahren zu finden und zwar als implikative Verfahrensweise. Diese zeichnet sich durch die Darstellung von grundlegenden und umfassenden politischen Positionen aus. Neben dem Parteiprogramm sind hier auch das Regierungsprogramm und die Wahlprogramme zu finden. In der Folge geht er im Zuge seiner Textsortenanalyse vor allem auf die Funktionen des Parteiprogramms ein, die er vorrangig in dem „Aufweis der Legitimation“ sieht, der durch „Selbstcharakterisierung“, „Nachweis der Kompetenz“ und „Nachweis der Kontinuität“ realisiert wird.<sup>75</sup>

Eine weitere wichtige Person im Gebiet der Parteiprogrammforschung ist Josef Klein. Er nennt das Parteiprogramm in seiner Textsortenanalyse im Interaktionsrahmen der parteiinternen Willensbildung. Kleins Ziel ist es dabei, die klassifikatorische mit der funktionalen Textsortenanalyse zu verknüpfen. Die funktionale Analyse untersucht das Zusammenspiel von Textsorten innerhalb eines Interaktionsrahmens. Leider führt Klein keine Analyse des Interaktionsrahmens der parteiinternen Willensbildung durch. Allerdings liefert er eine klassifikatorische Analyse der Textsorten Gesetz, Parteiprogramm und Wahlslogan.<sup>76</sup> Er orientierte sich bei der Auswahl der Merkmale am Textsortenbegriff von Klaus Brinker: „Textsorten sind konventionell geltende Muster für komplexe sprachlichen Handlungen und lassen sich als jeweils typische Verbindung von kontextuellen (situativen), kommunikativ-funktionalen und strukturellen (grammatischen und thematischen) Merkmalen beschreiben.“<sup>77</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. Girth (2002), S. 40.

<sup>75</sup> Vgl. Tillmann (1989), S. 78-148.

<sup>76</sup> Vgl. Klein (1991), S. 246-251.

<sup>77</sup> Brinker (1988), S. 124.

<b>Merkmalskategorie</b>	<b>Textsorte: Parteiprogramm</b>
Kommunikationsrahmen	Öffentlich-monologisch Parteiarbeit, politische Bildung
Emittent	Institutionen Partei
Autoren	Kollektiv (anonym) Programmkommission(en), Parteivorstand, Parteitag, Parteigliederungen
Adressat	Volk als Öffentlichkeit; darunter als spezifische Adressatengruppe: Parteimitglieder
Kommunikationsmodus	Appellativ orientierend
Thema	Gegenstände von öffentlicher Bedeutung, sofern sie zum Spektrum der von der Partei für politisch relevant gehaltenen Gegenständen gehören
Themenbehandlung	Wert- und willensbetont (in Grundsatzprogrammen teilweise ‚feierlich‘)
Themenentfaltung	explikativ/argumentativ
Textart	Literal Langtext
Bauform	Top down; Kapitelgliederung meist mit bezifferten Absätzen <sup>78</sup>
Syntax	Nominalstil tendenz
Tempus	Präsens, Futur, selten Perfekt oder Imperfekt
Personenbezug	1. Pers. Pl. oder 3. Pers. Sg./Pl.
Lexikon	Wertende Lexeme in großer Zahl, darunter insbesondere Fahrenwörter; Vielfalt voluntativer Ausdrücke: wollen, beabsichtigen, Wille/Absicht ist es, anstreben, befürworten, eintreten für; oder von Ausdrücken in voluntativer Lesart: werden, sollen, müssen, ist/sind zu, hat/haben zu, darf/dürfen nicht, brauchen, notwendig sein, zukommen, mit Sorge sehen u.a.
Rhetorische Mittel	Klimax / Antithese / Parallelismus / (Zitat)

**Tabelle 3: nach Klein, 1991, S. 249-251.**

Eine andere Publikation Kleins beschäftigt sich mit den Insider-Lesarten von Parteiprogrammen. Er formuliert darin anhand der Textsortenmerkmale Regeln, die fachkommunikative Bedeutung haben und eine gute Grundlage für die inhaltliche Interpretation von Parteiprogrammen bieten. Er erklärt sämtliche Regeln ausführlich anhand politischer Situationen und Gegebenheiten in Deutschland.<sup>79</sup>

Die Regeln zur Fachkommunikation leitet er aus folgendem Grundsatz ab: „Parteiprogramme werden primär durch Kommissionen von Fachleuten formuliert, die wissen, daß es vor allem Fachleute in den eigenen Reihen, beim politischen Gegner, in den Interes-

<sup>78</sup> In der vorliegenden Untersuchung trifft dies nur für das Programm der SPÖ zu.

<sup>79</sup> Vgl. Klein (1996), S. 203-208.

sensverbänden und Massenmedien sind, die die Texte lesen, und zwar im Modus des Auswertens.“<sup>80</sup>

Es muss also davon ausgegangen werden, dass jedes Wort, das in einem Parteiprogramm steht, zuerst auf der Goldwaage abgewogen worden ist. Die folgenden Textsortenmerkmale beziehen sich auf die Textsorte Parteiprogramm, wie sie von Klein angeführt werden.

---

<sup>80</sup> Klein (1996), S. 202.

Textsortenmerkmal	Regeln zur latenten Fachkommunikation	
Katalogstil und deontische Selbstverständlichkeiten	Regel: 1	Unterlässt man es, sich zu einer potentiellen Wählergruppe oder zu deren vorrangigen politischen Forderungen zu äußern, so ist damit zu rechnen, dass der politische Gegner und/oder die betreffende Gruppe den Vorwurf erhebt, die Partei interessiere sich nicht für die Anliegen dieser Gruppe oder sie sei ihr nicht gut gesonnen.
	Regel: 2	Bekannt man sich in einem Grundsatzprogramm nicht ausdrücklich zu den Überzeugungen, die für alle oder die meisten selbstverständlich sind, so besteht die Gefahr, dass der politische Gegner daraus den Verdacht ableitet, dass man sie nicht teile.
Kompromissformulierungen	Regel 3:	Aufnahme oder Nicht-Aufnahme eines umkämpften Reizwortes in ein Parteiprogramm ist ein Zeichen dafür, wer im innerparteilichen Konflikt gewonnen hat.
	Regel 4:	Wenn ein Reizwort nicht an zentraler Stelle und nicht im Modus der Forderung verwendet wird, sondern in unauffälliger Position und im Modus der Geltungseinschränkung, dann wird damit gezeigt, dass dem vom Reizwort bezeichneten Konzept nur ein geringer Stellenwert beigemessen wird.
	Regel 5:	Texte mit uneingeschränkter Programmgeltung gehören in den Programmtext hinein.
	Regel 6:	Der Beschluss, einen früheren Beschluss in ein Parteiprogramm auszunehmen, stellt eine Bekräftigung des Beschlusses dar.
Kalkulierte Ambivalenz	Regel 7:	Wenn zwei Gruppen, deren Positionen miteinander unvereinbar sind und zwischen denen eine Kompromisslinie nicht formuliert werden kann, beide für die Partei besonders wichtig sind, ist das Verhältnis der Partei zu beiden positiv formuliert, ohne auf deren Unvereinbarkeit näher einzugehen.
	Regel 8:	Wenn eine Partei mit ausgeprägter politischer Tradition ihre Programmatik und ihre Zielgruppe einschneidend verändert, ist es, wenn sie die traditionsorientierten Mitglieder behalten will, notwendig, im Programm zumindest Symbole der Traditionswahrung zu setzen.
	Regel 9:	Festlegung zu konkreten politischen Zentralfragen haben stärkeres Gewicht als Bekenntnisse auf der Ebene abstrakter Begriffe mit symbolischem Wert.
Impliziter Gegnerbezug	Regel 10:	Wenn Parteien Programme formulieren, tun sie dies auch mit Blick und mit implizierter Bezugnahme auf Politik und Programm der politischen Hauptkonkurrenten.
Nicht-Erwähnung	Regel 11:	Wenn etwas, das bisher einen zentralen Bestandteil eigener Politik oder Tradition ausgemacht hat, nicht erwähnt wird, soll dies als ostentatives Zeichen stärkster Distanzierung verstanden werden.

Tabelle 4: Fachkommunikative Bedeutung von Textsortenmerkmalen, Klein (1996), S. 203-208. [wörtlich zitiert, aber aktueller Rechtschreibung angeglichen Anm. H.S.].

Klein kann somit quasi als der Parteiprogrammspezialist unter den Linguisten gelten. Außer ihm hat sich kein/e AutorIn so genau mit dem allgemeinen Aufbau von Parteiprogrammen auseinandergesetzt. Alle hier angeführten Regeln sind bei einer Analyse des Programms mitzubedenken, z.B. im Bereich der Schlagworte. Es ist also nicht ohne Bedeutung, wenn eine Partei von „Chancengleichheit“, die Konkurrenzpartei von „Chancengerechtigkeit“ spricht bzw. schreibt. Ist dies der Fall, so handelt es sich hier um einen absichtlichen Kontrastbegriff, der den Unterschied zur Programmatik der anderen Partei klarmachen soll.<sup>81</sup> Denn „Gerade weil der Tanz um die Hochwertwörter auf so einem engen Tanzboden stattfindet, gewinnen Strategien der feinen Unterschiede natürlich an Bedeutung.“<sup>82</sup>

### **2.3.2.2 Sprachliche Besonderheiten von Parteiprogrammen**

In diesem Kapitel soll der Grundstein gelegt werden für die darauffolgende Analyse der Sprache von Parteiprogrammen. An dieser Stelle sollen die einzelnen Untersuchungskategorien, sofern sie sich auf die Form von Sprachhandlungen beziehen, erläutert werden. Die weiteren Untersuchungsmerkmale werden dann in Kapitel 3 an Ort und Stelle erläutert.

In der Literatur finden sich, wahrscheinlich in Abhängigkeit davon, welches Parteiprogramm als Grundlage für die Schlussfolgerungen gedient hat, unterschiedliche kommunikative Handlungsmuster, die als jeweils typisch für das Parteiprogramm gelten.

Andreas Ickes unterscheidet zwischen Grundsatz- und Wahlprogramm und schreibt dem Grundsatzprogramm die Handlungsmuster „solidarisieren“ und „integrieren“ zu, wobei sich diese noch in die Mikroverfahren „Normen und Werte etablieren“ und „Handlungspläne entwickeln“ ausdifferenzieren. Als kommunikative Verfahren identifiziert er für das Godesberger Programm „aktivieren“, „integrieren“ oder „solidarisieren“ und die Möglichkeit der Doppelung durch komplementäre Verfahren (vgl. Mehrfachadressiertheit, Kapitel 2.2.4), wie „werben“ „Erklärungen abgeben“ oder „Normen und Werte etablieren“. Diese Zweischneidigkeit ist möglich, weil er das Grundsatzprogramm als Produkt der beiden Sprachspiele der politischen Werbung und der parteiinternen politischen Meinungsbildung definiert.<sup>83</sup>

Girnth ordnet das Parteiprogramm, wie oben bereits erwähnt, der integrativen Sprachfunktion zu und kommt daher auch zu anderen typischen sprachlichen Verfahren (dieser

<sup>81</sup> Vgl. Klein (1996), S. 208.

<sup>82</sup> Kuhn (1991), S. 103.

<sup>83</sup> Ickes (2008), S. 54 bzw. Begriffe bei Strauß (1986), S.8-9.

Terminus ist in etwa bedeutungsgleich mit „kommunikativem Verfahren“), z.B. „legitimieren“, „profilieren“, „identifizieren“, „werben“.<sup>84</sup>

Um das erneut auftretenden Begriffswirrwarr zu beseitigen, schlägt Girnth vor, zwischen Grundfunktionen und (kommunikativen) Verfahren zu unterscheiden, wobei letztere als Vermittler der Grundfunktionen dienen.<sup>85</sup> Ist dies geklärt, muss noch darauf hingewiesen werden, dass die Verfahren erst durch ihre Situierung im Handlungsfeld als spezifisch politisch oder spezifisch für das Parteiprogramm, gelten können.

Das heißt konkret: Wenn wir nun eine Liste von kommunikativen Verfahren aufstellen, die für den Bereich der politischen Kommunikation konstitutiv sind, so schließt dies nicht aus, daß diese Verfahren nicht auch in anderen Handlungsbereichen, [...] wirksam sein können. Das eigentlich Politische [...] kommt erst durch die Zuordnung zu entsprechenden konkreten Sprachspielen zustande.<sup>86</sup>

Es darf die pragmatische Grundbedingung, d.h. die prinzipielle Situierung der sprachlichen Funktion für dieses Modell nicht aus den Augen verloren werden. Generell gehören auch die Sprachfunktionen noch zu den pragmatischen Bausteinen einer Typologie politischer Textsorten (vgl. Kapitel 2.3.2.1)<sup>87</sup>.

Klein führt an einer anderen Stelle noch den Begriff der Texthandlungsmuster ins Feld, der wiederum mit den kommunikativen Verfahren gleichzusetzen ist:

„Indem die Partei sich auf der Basis breiter interner Diskussion zu ihren Grundwerten bekennt und Leitlinien für ihre Politik festlegt,

- formuliert sie ihr Selbstverständnis,
- gibt sie sich eine Orientierung für künftiges politisches Handeln,
- schafft sie sich eine Legitimationsgrundlage für dieses Handeln,
- integriert sie verschiedene Parteiströmungen,
- schafft sie politisch-ideologische Identifikationsmöglichkeiten für Mitglieder und Anhänger,
- profiliert sie sich im Verhältnis zur politischen Konkurrenz,
- wirbt sie für ihre Politik,
- macht sie ihren politischen Gestaltungsanspruch geltend.“<sup>88</sup>

Gemeinsam mit der Themenbehandlung, die laut Klein wert- und willensbetont verläuft, ist damit die Grundlage für die verschiedenen Sprachhandlungsmuster gelegt.<sup>89</sup> Wandelt

<sup>84</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 41-42.

<sup>85</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 42.

<sup>86</sup> Strauß (1986), S. 9.

<sup>87</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 42-43.

<sup>88</sup> Klein (2000), S. 745.

<sup>89</sup> Vgl. Klein (2000), S. 745.

man diese Aufzählung in Verben um, so kommt man auf folgende Sprachhandlungen: Selbstverständnis formulieren, orientieren, legitimieren, integrieren, identifizieren, profilieren, werben, Gestaltungsanspruch geltend machen.

Die Realisierungsmuster, wie sie Ickes für seine Analyse verwendet, werden noch um jene Muster erweitert, die bei der Untersuchung der Parteiprogramme entdeckt wurden. Seine Kategorien sind etwas anders als jene von Klein: *Behauptungen, Anspruch auf Erfüllbarkeit, Versprechen/Zielbestrebungen, Forderungen, Aufforderungen/Appelle, Anklagen/Vorwürfe* und *expliziter Gegnerbezug*.<sup>90</sup>

Eindeutiger zu untersuchen sind dabei die Kategorien *Versprechen/Zielbestrebungen* (bei Klein: profilieren, Selbstverständnis formulieren, werben) und *Forderungen* (bei Klein: Gestaltungsanspruch geltend machen), weil mit ihnen konkrete Satzmuster zu verbinden sind, während sich die anderen Kategorien vor allem auf inhaltliche Aspekte beziehen.

Girnth weist darauf hin, dass es sich bei den kommunikativen Verfahren schlussendlich um Sprachhandlungsmuster handelt, die sich sukzessiv im Text entfalten. In der Folge soll daher von Sprachhandlungen die Rede sein, wenn es um die prinzipielle Kategorie der Sprachhandlung geht und Sprachhandlungsmuster, wenn es darum geht, die konkrete Realisierungsform zu betrachten.<sup>91</sup>

### Sprachhandlung: Forderungen

Die folgende Einteilung orientiert sich an den Ergebnissen, die Ickes in seiner Analyse erstellt hat. Er weist darauf hin, dass sowohl das Godesberger Programm als auch die anderen von ihm untersuchten Parteiprogramme, überwiegend aus Formulierungen bestehen, die etwas fordern oder verheißen. Das Verb *fordern* kommt dabei aber eher selten vor, hingegen nennt Ickes eine Vielzahl an Satzmustern, die das Fordern ausdrücken.<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup> Ickes (2008), S.70-89.

<sup>91</sup> Vgl. Girnth (2002), S. 42.

<sup>92</sup> Ickes (2008), S. 75-82. [Die roten Satzmuster (ab F<sub>13</sub>) sind jene, die im Zuge dieser Analyse hinzugenommen wurden, Anm. H.S.]



## Satzmuster

F<sub>1</sub>...müssen + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv  
 F<sub>2</sub>...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv  
 (+Negation)  
 F<sub>3</sub>...sollen + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv  
 F<sub>4</sub>... soll + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv  
 F<sub>5</sub>...dürfen + Negation + Infinitiv Aktiv / + Vollverb  
 Passiv  
 F<sub>6</sub>...darf + Negation + Infinitiv Aktiv / + Vollverb  
 Passiv  
 F<sub>7</sub>...haben + zu + Infinitiv  
 F<sub>8</sub>...hat + zu + Infinitiv (+ Negation)  
 F<sub>9</sub>...ist + zu + Infinitiv  
 F<sub>10</sub>...sind + zu + Infinitiv  
 F<sub>11</sub>...kann + Negation Infinitiv  
 F<sub>12</sub>...können + Negation Infinitiv  
 F<sub>13</sub>...sollte

F<sub>14</sub>...erfordern / ist erforderlich / wird erforder-  
 lich sein  
 F<sub>15</sub>...wird + zu + Infinitiv Aktiv / + Vollverb  
 Passiv  
 F<sub>16</sub>...fordern / gefordert ist  
 F<sub>17</sub>...es gilt + zu + Infinitiv  
 F<sub>18</sub>...gehören + Infinitiv  
 F<sub>19</sub>...ergeben sich die Forderung  
 F<sub>20</sub>...es ist notwendig  
 F<sub>21</sub>...wir plädieren für  
 F<sub>22</sub>...wir verlangen  
 F<sub>23</sub>... ist unumgänglich / unverzichtbar /  
 sind unverzichtbare Elemente  
 F<sub>24</sub>...bedarf es / bedürfen  
 F<sub>25</sub>...sind nötig  
 F<sub>26</sub>...es ist unsere Pflicht  
 F<sub>27</sub>...Ø

Es fällt natürlich auf, dass hier auch Formulierungen Eingang finden, die nur mittelbar als Forderung gesehen werden können, nämlich nur im entsprechenden Kontext. Dennoch handelt es sich um vergleichsweise eindeutige Formulierungen, weshalb sie in die Liste aufgenommen werden sollen.

## Sprachhandlung: Versprechen/Zielbestrebungen

Ickes kommt in seiner Analyse zu der Erkenntnis, dass in den Parteiprogrammen Versprechen in Form von „kommissiven Sprechakten“<sup>93</sup> in unterschiedlicher Erscheinungsform zu finden sind. Diese werden jedoch zumeist in abgeschwächter Form in verschiedenen Formulierungen realisiert, kaum mit den Verben *garantieren* oder *versprechen*, die einen höheren Festlegungsgrad aufweisen.<sup>94</sup>

Die Sprachhandlung Versprechen dient vor allem dem Zweck der Werbung für eine Partei, dabei muss sie zwischen dem, was der Wähler/ die Wählerin gerne hören möchte und dem, was machbar ist und auch machbar erscheint den richtigen Mittelweg finden. Auf der einen Seite droht die Unglaubwürdigkeit, auf der anderen Seite das Nicht-Gewählt-Werden.<sup>95</sup>

<sup>93</sup> Vgl. Searle (1982), S. 42-43.

<sup>94</sup> Vgl. Ickes (2008), S. 72.

<sup>95</sup> Vgl. Ickes (2008), S. 72.

## Satzmuster

V<sub>1</sub>... versprechenV<sub>2</sub>... garantierenV<sub>3</sub>... werden + InfinitivV<sub>4</sub>... (wir) wollenV<sub>5</sub>... anstrebenV<sub>6</sub>... erstrebenV<sub>7</sub>... beabsichtigenV<sub>8</sub>... (wir) stehen fürV<sub>9</sub>... wir treten dafür ein/ein fürV<sub>10</sub>... wir sehenV<sub>11</sub>... wir setzen uns dafür einV<sub>12</sub>... unser Ziel ist/Wir zielen darauf ab / Es hat  
zum Ziel / Zielsetzungen sindV<sub>13</sub>... wir verpflichten unsV<sub>14</sub>... wir bemühen uns umV<sub>15</sub>... aussprechen fürV<sub>16</sub>... wir engagieren unsV<sub>17</sub>... wir sind entschlossen + zuV<sub>18</sub>... wir kämpfen fürV<sub>19</sub> ... wir setzen aufV<sub>20</sub>... wir stehen fürV<sub>21</sub>... befürwortenV<sub>22</sub> ... steht fest, dassV<sub>23</sub> ... wir verfolgenV<sub>24</sub> ... wir arbeiten fürV<sub>25</sub>... Ø

## 2.4 These

Die Sprache der österreichischen Parteiprogramme wurde bisher nicht genauer untersucht, mit wenigen Ausnahmen (Marx-Nordin), die sich jedoch auf die ältere Generation (aus den 1970er Jahren) beziehen. Für die aktuelle Generation der Parteiprogramme in Österreich liegen keine linguistischen Untersuchungen vor. Leider ist auch auf politikwissenschaftlicher Seite wenig Aktuelles zu finden.

Eine Untersuchung zweier Zukunftsmanifeste (ÖVP und SPÖ) kommt zu dem Schluss, dass die ÖVP eher mündlich konzipiert schreibt, die SPÖ eher wissenschaftliche, d.h. klar schriftsprachliche Züge aufweist. Die beiden AutorInnen stellen erhebliche Unterschiede in der Verwendung der sprachlichen Mittel zwischen den zwei Parteien fest.<sup>96</sup> Ob dies auch für Parteiprogramme zutrifft, soll unter anderem in der folgenden Analyse untersucht werden.

Die Forschungsthese schließt sich der Feststellung Marx-Nordins an, dass der Stilwille von politischen Texten indirekt erschlossen werden kann, auch wenn nicht bekannt ist, welche Wirkungsabsichten die Kommissionen der Parteien bei der Konzeption verfolgten. Diese können aus der sprachlichen Verfassung der Texte entnommen werden.<sup>97</sup> Die Hypothese lautet dementsprechend, *dass bei einer Untersuchung der Parteiprogramme der österreichischen Parlamentsparteien ein parteispezifischer Sprachgebrauch festzustellen ist*. Denn, so Grünert, „Wichtig ist in unserem Zusammenhang die Feststellung, daß die unterschiedlichen Denkmuster, Wertvorstellungen, Zielsetzungen ihren Ausdruck finden in gruppen-spezifischen Zeichen-Inventaren, Zeichen-Ensembles, Zeichen-Repertoires und in entsprechenden gruppenspezifischen Anwendungsstrategien.“<sup>98</sup>

Es ist festzuhalten, dass es sich beim Parteiprogramm um eine sehr stark mit sprachlichen Normen konfrontierte Textsorte handelt. In der Folge soll untersucht werden, ob es trotz der vorherrschenden Formvorschriften für Parteiprogramme parteiabhängige, objektiv identifizierbare Unterschiede gibt und ob diese subjektiv nachvollziehbar sind. Kurt Biedenkopf, Generalsekretär der CDU, war 1973 jedenfalls der Meinung, dass es genau darauf ankäme: „Der politische Erfolg unserer Partei wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, eine Sprache zu finden und zu praktizieren, die unsere Sprache ist.[...]“<sup>99</sup> Hierbei soll der Schwerpunkt der Untersuchung allerdings nicht an typischem Ideologievokabular hängen bleiben, sondern vor allem nach sprachlichen Besonderheiten auf der Satzebene der jeweiligen Parteien gesucht werden.

<sup>96</sup> Wodak/Feistritz (1989), S. 96-103.

<sup>97</sup> Vgl. Marx-Nordin (1979), S. 33.

<sup>98</sup> Grünert (1974), S. 13.

<sup>99</sup> Schönbohm (1974), S. 30.



## 3 Linguistische Analyse ausgewählter Aspekte der Grundsatzprogramme

„Spezialisten studieren solche Programme, weil sie müssen, und finden dabei vielleicht ihr Vergnügen an Nuancen. Für jeden normalen Menschen dagegen ist ein solcher Text zum Gähnen. Muß das so sein? Und woher kommt das?“<sup>100</sup>

### 3.1 Korpus

- Grundsatzprogramm, beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei (**ÖVP**) am 22. April 1995 in Wien.
- **SPÖ** – Das Grundsatzprogramm (1996).
- Grundsatzprogramm **der Grünen**, beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz.
- Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (**FPÖ**), beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz, „Österreich zuerst“.
- **NEOS** (Das neue Österreich), „Pläne für ein neues Österreich“, 25.1.2014.
- **Team Stronach**, Grundsatzprogramm, Juli 2013.

### 3.2 Methodische Überlegungen

Parteiprogramme sind in sich geschlossene Dokumente, sie verfügen über ein Deckblatt, ein Inhaltsverzeichnis, eine Einleitung, einen Hauptteil, evtl. Anhänge etc. Es ist im Folgenden zu erläutern, wie die Texte für die Untersuchung aufbereitet wurden. Die Parteiprogramme, die alle im .pdf Format vorlagen, wurden für die Untersuchungszwecke in .docx Dokumente umgewandelt, um eine elektronische Untersuchung (Wortfindung, Worthäufigkeit, Satz- und Textlängen bestimmen,...) zu ermöglichen. Dabei wurde auch eine Normierung der Textkörper vorgenommen, um einerseits die Statistik zum Wort-/Seitenverhältnis nicht zu verfälschen und andererseits eine einheitliche Bearbeitungsgrundlage zu haben. Auf das Original-Layout wird gesondert eingegangen werden. In einigen Parteiprogrammen musste zudem die Silbentrennung manuell rückgängig gemacht werden, um die elektronische Wortfindung sicherzustellen und die Wortanzahl zu

---

<sup>100</sup> Hermanns (1989), S.115.

korrigieren (z.B. Parteiprogramm der Grünen mit Silbentrennung 29.063, ohne 27.829 Wörter).

Aus der Vielzahl an Kriterien, welche man an einem Parteiprogramm untersuchen kann, sollen hier jene zum Einsatz kommen, die sich im Spannungsfeld zwischen Linguistik und Politologie näher an der Linguistik befinden und den quantitativen Aspekt stärker in den Vordergrund rücken.

Die lexikalischen und syntaktischen Unterschiede sagen allerdings noch nichts über die Wirkung aus, die ein Text auf den Leser/die Leserin hat. Grünert pocht daher darauf, dass bei einer Untersuchung der Sprache in der Politik der pragmatische Blickwinkel nicht vergessen werden darf.<sup>101</sup> Es müssen also im Anschluss an die Untersuchung Überlegungen angestellt werden, welche Wirkung die festgestellte Sprache auf den Leser/ die Leserin hat. Hierzu soll ein Experiment zur subjektiven Textbeurteilung durchgeführt werden, bei dem die ProbandInnen Textausschnitte aus den Parteiprogrammen den jeweiligen Parteien zuordnen sollen. Die Auswahl der Textausschnitte sollte die gefundenen Eigenheiten der Programmtexte widerspiegeln und inhaltlich nicht eindeutig zuordenbar sein.

Es wurden bewusst nur die Grundsatzprogramme der sechs Parlamentsparteien ausgewählt. Einerseits, um den Rahmen abzustecken, andererseits, weil es sich um eine gute Mischung aus Oppositions- und Regierungsparteien handelt. Das Problem von Oppositionsparteien ist, dass ihre Programme nicht in der politischen Realität umgesetzt werden können (Land- und Gemeindeebene ausgenommen) und sie im Großen und Ganzen nur die Politik der Regierung kritisch begleiten können.<sup>102</sup> Ob sich dieses Denken tatsächlich in den Parteiprogrammen niederschlägt, wird zu untersuchen sein. Es muss jedenfalls kritisch angemerkt werden, dass wahrscheinlich jede Partei bei der Formulierung der Parteiprogramme davon ausgeht, dass sie eventuell auch Teil der Regierung sein könnte und vor allem möchte.

Außerdem handelt es sich um Parteien bzw. -programme unterschiedlichster „Reifestufen“: Die historisch gewachsenen Programme von SPÖ (besteht seit 1888) und ÖVP auf der einen Seite, die neuen Programme von NEOS und Team Stronach (bestehen beide seit 2012) auf der anderen.

Es wird zudem unterschieden in makro- und mikroanalytische Verfahren bzw. Satz- und Wortebene. Die Auswahl der Verfahren ist inspiriert von den Arbeiten Signe Marx-Nordins als auch Andreas Ickes, wobei die jeweils verwendeten Methoden in für diese

<sup>101</sup> Vgl. Grünert (1974), S. 10-11.

<sup>102</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 37.

Analyse sinnvoll erscheinender Weise abgewandelt wurden. Statistische Methoden werden dabei dort zum Einsatz kommen, wo sie für brauchbar und sinnvoll erachtet werden, z.B. bei der Untersuchung der Wortanzahl pro Ganzsatz oder der Verteilung der Sprachhandlungen im Textverlauf. Bei der Textstatistik handelt es sich im Übrigen um eine anerkannte linguistische Methode: „Textstatistik untersucht alle quantifizierbaren Eigenschaften von Texten, um sie zu charakterisieren, untereinander zu vergleichen und zu klassifizieren.“<sup>103</sup> Sie soll hier dabei helfen, die Unterschiede zwischen den Parteien in objektiver und messbarer Weise darzustellen. Dabei ist wichtig, dass man sich im Vorhinein überlegt was man mit den Daten, die quantitativ erhoben werden, untersuchen möchte. Nur dann ist sichergestellt, dass man am Ende nicht mit endlosen, nicht aussagekräftigen Zahlenkolonnen dasteht.<sup>104</sup>

---

<sup>103</sup> Schmitz (2000), S. 196.

<sup>104</sup> Vgl. Schmitz (2000), S. 199.





### 3.3 Analysen

In den Tabellen und Darstellungen werden die Parteiprogramme immer in der chronologischen Reihenfolge ihres Beschluss- bzw. Veröffentlichungsdatums gereiht. Dies verbessert auch das Erkennen von zeitlichen Abhängigkeiten, z.B. bezogen auf das Layout: Je neuer das Parteiprogramm ist, umso mehr technische Möglichkeiten gibt es für die Gestaltung. Das führt zu einem offeneren Umgang mit der formalen Gestaltung der Parteiprogramme (vgl. Kapitel 3.3.1.2.)

#### 3.3.1 Makroanalyse: Aufbau und Struktur der Parteiprogramme

Traditionell trugen die Programme immer die Namen der Orte, an denen sie verabschiedet wurden.<sup>105</sup> Die hier untersuchten Parteiprogramme tragen dieses Merkmal nicht mehr. Teilweise geben die Parteien den Programmen nun klingendere Namen, wie z.B. „Pläne für ein neues Österreich“<sup>106</sup> oder „Österreich zuerst“.<sup>107</sup>

Parteiprogramme sind, wie schon erwähnt, geschlossene Textdokumente. In keinsten Weise verfügen Sie über die Augenfälligkeit von Wahlplakaten oder Werbung, was sicher mit ein Grund ist, warum sie so wenig gelesen werden:

Ein gedruckter Text wird oft durch typographische Hervorhebungen des Wesentlichen wirkungsvoll sein. Der Leser, der wenig Zeit hat, der gewohnt ist, derartige Texte zu überfliegen, wird dann zumindest die Hervorhebungen aufnehmen; bei einem monoton (typographisch monoton) verlaufenden Text, der keine Unterbrechungen und Hervorhebungen hat, wird er einen Blick auf den Gesamttext werfen und ihn oft ungelesen zur Seite legen.<sup>108</sup>

Ungefähr so ergeht es wohl jenen engagierten WählerInnen, die sich als Vorbereitung zur Wahl einen gründlichen Überblick verschaffen wollen und daher die Grundsatzprogramme der Parteien zur Hand nehmen. Sie sind zwar in Kapitel und Absätze gegliedert, ansonsten entbehren sie aber allen üblichen Regeln der Textaufbereitung für leichte Informationsaufnahme. Im Vergleich dazu sind Wahlprogramme kürzer, prägnanter und natürlich, wie weiter oben bereits erwähnt, aktueller.

In diesem Kapitel sollen die formalen Eigenschaften der Parteiprogramme untersucht werden. Auch wenn dies vielleicht nicht unmittelbar die Sprache der Parteiprogramme im engeren Sinn betrifft, so sind Informationen wie der Gesamtumfang des Parteiprogramms und die Gestaltung der Inhaltsverzeichnisse dennoch aussagekräftige Untersuchungskategorien, die Auswirkungen auf die Textrezeption haben.

<sup>105</sup> Schönbohm (1974), S. 30.

<sup>106</sup> Parteiprogramm NEOS, S. 1.

<sup>107</sup> Parteiprogramm FPÖ, S. 1.

<sup>108</sup> Klaus (1971), S. 40.

### 3.3.1.1 Umfang

Der Umfang eines Parteiprogramms sollte laut Schönbohm ein erträgliches Maß nicht überschreiten, allerdings stellt er schon damals eine diesem Grundsatz entgegengesetzte Tendenz fest, also hin zu immer umfangreicheren Parteiprogrammen.<sup>109</sup> Folgende Übersicht zeigt die aktuellen Werte der untersuchten Parteiprogramme:

	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
Seitenzahl im Original-layout	28	31	78 <sup>110</sup>	17	64	77
Seitenzahl im Normlayout	26	30	64 <sup>111</sup>	10	43	47
Gesamtwortanzahl	12.004	14.132	27.829 <sup>112</sup>	3.486	19.318	18.203
Wörter pro Seite „Wortdichte“ im Originallayout (gerundet)	429	456	357	205	302	236
Wortdichte im Normlayout	462	471	435	349	449	387
<b>Koeffizient</b>	<b>0,93</b>	<b>0,97</b>	<b>0,82</b>	<b>0,59</b>	<b>0,67</b>	<b>0,61</b>

Der Programmtext umfasst dabei recht unterschiedlich viel Inhalt, z.B. verfügt das Programm der Grünen über ein Stichwortregister, in dem die Themen und Schlagworte nachgeschlagen werden können, was bei dem Umfang des Programmes auch durchaus naheliegt. Das Programm der NEOS wiederum hat im Anhang eine Chronologie der Parteiprogrammgenese.

Am Verhältnis zwischen der Seitenzahl im Original- und im Normlayout (Koeffizient) kann bereits abgelesen werden, wie viel Platz bzw. Gestaltungsfreiraum die Parteien dem Layout geben. Je näher am Wert 1, desto weniger Unterschied besteht zwischen der Wortanzahl im Original- und im Normlayout, d.h. umso mehr Raum nimmt der bloße Text im Programm ein. Hier ist vor allem ein chronologischer Zusammenhang zu entdecken, je neuer das Programm, umso mehr zusätzliches Füllmaterial (Leerzeilen und -seiten, Überschriften, Grafiken) kommt zum Einsatz, wobei die Wortanzahl zwischen 200 und 300 Wörtern pro Seite schwankt, während bei der älteren Generation (ÖVP, SPÖ, Die Grünen) die Wortanzahl pro Seite zwischen 350 und 450 liegt.

Die unterschiedliche Wortdichte zwischen den Parteien im Normlayout rührt daher, dass die Absätze und Aufzählungen aus dem Original beibehalten wurden, also kein zusam-

<sup>109</sup> Vgl. Schönbohm (1974), S. 30.

<sup>110</sup> Ohne Stichwortregister.

<sup>111</sup> Ohne Stichwortregister.

<sup>112</sup> Ohne Stichwortregister.

menhängender Fließtext erstellt wurde. Dies führt trotz Normierung zu der variierenden Wortanzahl pro Seite.

Zu den Wortanzahlen sei Folgendes vermerkt: Da es unmöglich erscheint, die Programme mit Hand auszuzählen, wurde auf die Wortzählfunktion in Microsoft Word zurückgegriffen. Es wurden alle Wörter, also auch jene der Titelseite und des Inhaltsverzeichnisses miteinbezogen. Leider kommt es aber zu einer Vermehrung der Wortanzahl, wenn im Satz ein teilbares Verb als Prädikat fungiert. Es hat hier aus diesem Grund keinen Sinn, nach einer anderen Wortdefinition zu suchen als jener, dass ein Wort ein Verband an Zeichen ist, der vorne und hinten durch ein Leerzeichen vom nächsten Zeichenverband getrennt ist. Nur so ist ein Wort auch einfach elektronisch erkennbar und auswertbar. Etwaige Bindestriche innerhalb des Wortes teilen dieses nicht in zwei, Abkürzungen wie „z.B.“ werden ebenfalls nur als ein Wort gezählt, dasselbe gilt für „usw.“, „etc.“, „d.h.“, „u.a.“, ...

### 3.3.1.2 Layout

Vor allem das Layout ist eindeutiger Zeuge der Schwankungsbreite im Alter der Parteiprogramme. Um dies kurz bildlich zu illustrieren, sollen hier die jeweils ersten beiden Seiten der Parteiprogramme abgebildet werden. Die Inhaltsverzeichnisse können im Übrigen im Anhang eingesehen werden.

## GRUNDSATZPROGRAMM

Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag  
der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien

GRUNDSATZPROGRAMM	BESCHLOSSEN AM 30. ORDENTLICHEN PARTEITAG, 22. APRIL 1995
<b>1. UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS</b>	<b>3</b>
1. WER WIR SIND	3
1. WIR SIND DIE CHRISTDEMOKRATISCHE PARTEI	3
2. WIR SIND DIE PARTEI DES LIBERALEN RECHTSSTAATS UND DER OFFENEN GESELLSCHAFT	3
3. WIR SIND DIE PARTEI DER ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT	3
4. WIR SIND DIE ÖSTERREICHISCHE PARTEI IN EUROPA	4
5. WIR SIND DIE VOLKSPARTEI	4
<b>2. WAS WIR WOLLEN</b>	<b>4</b>
<b>3. UNSERE GRUNDSÄTZE</b>	<b>5</b>
1. UNSER MENSCHENBILD	5
2. FREIHEIT	6
3. VERANTWORTUNG	6
4. NACHHALTIGKEIT	6
5. GERECHTIGKEIT	7
6. LEBENSQUALITÄT	7
7. SICHERHEIT	7
8. PARTNERSCHAFT	8
9. SUBSIDARITÄT	8
10. MITBESTIMMUNG	8
11. TOLERANZ	9
<b>2. UNSERE POSITIONEN</b>	<b>9</b>
<b>4. STARKE DEMOKRATIE</b>	<b>9</b>
1. DIE AUFGABEN DES STAATES	9
2. PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE	10
3. FÖDERALISMUS	10
4. MEDIEN	11
5. STAAT UND KIRCHEN	11
6. VERRECHENSBEWÄHRUNG UND SICHERHEIT	11
<b>5. ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT</b>	<b>12</b>
1. DIE GRUNDWERTE DER ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT	12
2. WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH	13
3. ARBEIT SCHAFFEN	13
4. STEUER-, BUDGET- UND WAHRUNGSPOLITIK	14
5. LANDWIRTSCHAFT	14
6. ENERGIEPOLITIK	15
7. MOBILITÄT UND VERKEHR	15
<b>6. NEUE GESELLSCHAFTSVERTRÄGE</b>	<b>15</b>
1. GRUNDSÄTZLICHES	15
2. FRAUEN UND MÄNNER	16
3. FAMILIEN	16
4. KINDER, JUGEND UND ALTER	17
5. BEHINDERTE	18
6. AUSLÄNDER	18
7. SOZIALE GERECHTIGKEIT	19
<b>7. LEBEN UND UMWELT</b>	<b>19</b>
1. SCHUTZ DES LEBENS	19
2. GESUNDHEIT	20
3. UMWELT- UND NATURSCHUTZ	20
4. WOHNEN	21
5. FREIZEIT UND SPORT	21
<b>8. BILDUNG UND KULTUR</b>	<b>22</b>
1. BILDUNGSPERSPEKTIVEN	22
2. SCHULE	23
3. UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN	23
4. WEITERBILDUNG	24
5. WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE	24
6. NEUE MEDIEN UND TELEKOMMUNIKATION	24
7. KUNST UND KULTUR	25
<b>9. HEIMAT IN EUROPA UND DER WELT</b>	<b>26</b>
1. ÖSTERREICH IN EUROPA	26
2. INTERNATIONALE SICHERHEIT	27
3. ÖSTERREICH IN DER WELT	27

Abbildung 5: Originallayout Parteiprogramm ÖVP (1995)



## Das Grundsatzprogramm

www.spoe.at

Wir SozialdemokratInnen

## Inhalt

I. Neue Herausforderungen - neue Lösungen .....	3
II. Die Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten .....	5
II. 1. Die Grundwerte der Sozialdemokratie .....	5
II. 2. Unseren Werten verpflichtetes Handeln .....	6
III. Politische Perspektiven .....	8
III. 1. Arbeit für alle in einer zukunftsorientierten Wirtschaft .....	8
III. 2. Innovation im gesellschaftlichen Interesse - Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung im 21. Jahrhundert .....	10
III. 3. In Sicherheit leben - Dimensionen der Wohlfahrtsgesellschaft .....	11
III. 4. Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt .....	13
III. 5. Gleichstellung der Frauen als demokratisches Ziel - Partnerschaft der Geschlechter in einer Gesellschaft der Chancen .....	15
III. 6. Solidarisches Miteinander der Generationen .....	17
III. 7. Soziale Demokratie leben - für Mitbestimmung und integrative Politik .....	18
III. 8. Dienstleistung statt Bürokratie - für ein modernes Staatsverständnis ..	20
III. 9. Fähigkeiten des Menschen und der Gesellschaft entfalten - die Zukunft unseres Bildungssystems .....	21
III.10. Identität und kritische Öffentlichkeit - Kunst und Medien .....	24
III.11. Politik jenseits enger Grenzen - das Projekt Europa .....	26
III.12. Globale Gerechtigkeit schaffen - die Zukunft der Weltgesellschaft .....	28
IV. Demokratische Erneuerung als Prinzip - das Selbstverständnis der SPÖ .....	29

Abbildung 6: Originallayout Parteiprogramm SPÖ (1998)



## Grundsatzprogramm der Grünen

Beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen  
am 7. und 8. Juli 2001 in Linz

### VORWORT

Geschlossene Weltbilder haben berechtigterweise an Bedeutung und Ansehen verloren, und aktive politische Betätigung rangiert auf der Werteskala der Bevölkerung im unteren Drittel. Es gibt eine neue Unübersichtlichkeit und globale, wirtschaftliche Sachzwänge scheinen das Leben zu beherrschen. Dies führt zu einer neuen Suche nach Orientierung, nach eigener Lebensgestaltung.

Das vorliegende Grüne Programm versteht sich als Aufforderung, aktiv zu werden, Mittel und Wege für Mitbestimmung und Mitgestaltung aufzuzeigen. Wir stellen unsere Positionen zur Diskussion und wollen gemeinsam mit den BürgerInnen dieses Landes Räume der Gestaltung und der Selbstverwirklichung wieder gewinnen.

Ein Grundsatzprogramm ist der Ort, an dem im Sinne der Nachhaltigkeit, politische Ziele über die Tagespolitik hinaus formuliert werden. Daher halten wir darin unsere Wertvorstellungen und längerfristigen Ziele fest.

Ein Grundsatzprogramm ist Leitfaden und Richtschnur. Für Dogmatismus ist angesichts einer sich ständig ändernden Umwelt und der Veränderung der Partei kein Platz. Ein modernes Parteiprogramm soll Messlatte sein. Angelegt an die Tagespolitik soll es eine Ziel- und Positionsbestimmung ermöglichen. Es darf aber nicht ein enges Korsett sein, das keine Bewegung mehr zulässt.

Programm und Programmdebatte müssen Offenheit auch dort zulassen, wo Widersprüche, Ziel- und Wertekonflikte bestehen, wo Festlegungen (noch) nicht möglich sind. Dabei gilt es Risiken und Chancen aufzuzeigen, Unsicherheiten zu benennen, Raum für weitere Klärungen zu schaffen.



Jede Partei hat ihre Geschichte, die sowohl den Entwicklungsstand der Organisation als auch die sich stets verändernde Realität widerspiegelt. Das letzte Grüne Parteiprogramm von 1989 war geprägt von den Erfahrungen außerparlamentarischer Widerstandsbewegungen gegen Zwettendorf, gegen die Anschaffung von Abfangjägern bis hin zur Besetzung der Hainburger Au, die zur Geburtsstunde der Grünen Partei werden sollte. Inzwischen können wir auf eine 15-jährige Arbeit im Parlament zurückblicken und sind in acht der neun Landtage eingezogen. Europaweit sind Grüne Parteien nicht nur in Parlamenten, sondern auch in Regierungen vertreten.

Diese unbestreitbaren Erfolge haben uns verändert: Themen, mit denen wir zu Beginn als Außenseiter auftraten, sind heute ins Zentrum der Gesellschaft gerückt. Wir waren gezwungen, unsere Visionen und Ziele zu umsetzbaren Reformschritten herabzubrechen. Von einer Alternative zum Parteiensystem wurden wir zur Alternative im Parteiensystem. Dieser Prozess prägt unser Politikverständnis.

Seit 1989 hat sich viel verändert. Die Berliner Mauer ist gefallen, das Sowjet-Imperium ist zusammengebrochen, Österreich ist der Europäischen Union beigetreten, und wir befinden uns mitten in einem Erweiterungsprozess, der die politische Landschaft des Kontinents völlig umgestaltet. Die Blockkonfrontation gehört der Vergangenheit an. Die Diskussion um Militäreinsätze wie in Bosnien oder Kosovo, die Schaffung einer Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind die neuen Herausforderungen. Auch in Fragen der Globalisierung, der Nachhaltigkeit

Abbildung 7: Originallayout Parteiprogramm der Grünen (2001)


www.fpoe.at

## Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei  
Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz

### Österreich zuerst



## Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in  
Graz

### Österreich zuerst

Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab für unser Handeln als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft.

Unsere Verwurzelung in der reichen Geschichte und in unseren Traditionen ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung, die daraus für die aktive Gestaltung der Zukunft für kommende Generationen erwächst.

Wir bekennen uns zu unserem Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, zu unseren heimischen Volksgruppen sowie zu einem Europa der freien Völker und Vaterländer.

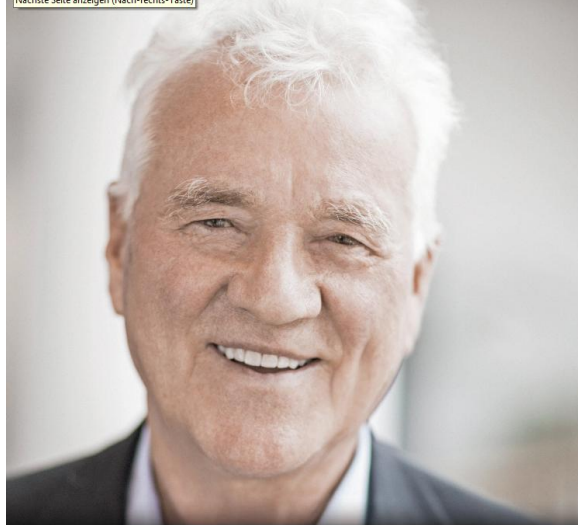

Wir bekennen uns zu Freiheit und Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft, zur Demokratie, zum freiheitlichen Rechtsstaat, zu den Prinzipien der Marktwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit.

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Österreichs sowie zur Bewahrung und Verteidigung unseres in unserer Tradition und unserer geschichtlichen Entwicklung gewachsenen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

FPÖ DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI

Abbildung 8: Originallayout Parteiprogramm FPÖ (2011)

Nächste Seite anzeigen (Nach-rechts - Liste)

## GRUNDSATZPROGRAMM

JULI 2013

 TEAM STRONACH GRUNDSATZPROGRAMM

## UNSERE GRUNDEINSTELLUNG

Für uns ist es eine Ehre, unserem Land zu dienen!

Wir sind eine weltoffene, heimatverbundene, sozialökonomische, politische Bewegung. Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness.

Wir wollen die Demokratie stärken, wir planen eine schuldenfreie Zukunft, wir bauen auf Wirtschaftswachstum. Ein vereinfachtes, leistungsgerechtes Steuersystem und eine angemessene, effiziente Verwaltung sind unsere Bausteine für einen modernen Staat.

Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten und Rahmenbedingungen für neue, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, um damit den Wohlstand auch für künftige Generationen zu sichern.

Wir wollen Österreich in einem wirtschaftlich gesunden und demokratischen Europa souveräner Staaten gut und sicher positionieren.

Wir verpflichten uns zu einem Ehrenkodex, aufgebaut auf den Werten Wahrheit, Transparenz und Fairness. Wir akzeptieren nur politisch Verantwortliche in unseren Reihen, die unsere Werte und Prinzipien teilen.

Abbildung 9: Originallayout Parteiprogramm Team Stronach (2013)



## GRUNDLAGEN

### UNSERE VISION

#### Ein neues Österreich

Die Politik hat an Respekt gewonnen. Man spürt, dass es wieder um Lösungen geht. Die Demokratie ist gestärkt. Mehr Menschen denken mit, reden mit, machen mit. Es werden Dinge in Frage gestellt, die einem besseren Österreich schon lange im Weg stehen. Die Zuversicht wächst. Das Land verändert sich. Das ist das neue Österreich.

### UNSER ANSPRUCH: WIR VERÄNDERN ÖSTERREICH

- Wir Bürger\_Innen holen uns das Land zurück.
- Wir beenden den Stillstand.
- Wir bringen einen neuen Stil und neue Formen in die Politik.

### UNSERE GESCHICHTE

Wir packen jetzt an. Wir wollen nicht mehr nur zusehen. Wir sind eine von Bürger\_Innen Initiierte und getragene Bewegung, die das Ziel hat, unser Land aus dem Würgegriff der alteingesessenen Parteien zu befreien.

Wir glauben daran, dass wir unsere Zukunft selbst gestalten können – unsere gemeinsame Lebenswelt, unseren Staat, unser Österreich. Wir arbeiten zusammen an einer neuen Form von Politik. Einer ehrlichen Politik, die uns Bürger\_Innen verpflichtet ist und dem Neuen Platz gibt, nicht nur dem Etablierten. Einer Politik, die auch Freude und Zuversicht verbreitet. Wir wollen Lust auf Politik, das gemeinsame Gestalten, das Zusammenleben machen.

Wir sehen die Dinge pragmatisch, ohne ideologischen Zerrspiegel. Wir können unsere Gedanken unabhängig und frei zu Ideen und Lösungen machen. Keine Fußfesseln aus der Vergangenheit, keine Landeshauptleute und keine Interessenverbände hindern uns daran.

Wir beenden den Stillstand. Wir holen uns als Bürger\_Innen das Land zurück. Wir gestalten das neue Österreich.

Abbildung 10: Originallayout Parteiprogramm NEOS (2014)

Das Titelblatt der ÖVP ist leer bis auf das Wort „Grundsatzprogramm“ und darunter die Daten der Beschlussfassung. Auf der zweiten Seite findet sich das ausführliche Inhaltsverzeichnis. Danach beginnt der Programmtext, der durch Kapitelüberschriften und die einzelnen Absätze durch Aufzählungszeichen gegliedert wird. Es gibt keine Leerseiten oder größere Abstände zwischen den Überschriften und dem Programmtext.

Das Titelblatt der SPÖ füllt zur Hälfte ihr Logo in den Farben rot und weiß. Darunter steht „Das Grundsatzprogramm“. Auf der Seite zwei findet sich das Inhaltsverzeichnis. Der Programmtext ist in Spalten formatiert und die einzelnen Absätze sind nummeriert. Auch hier finden sich keine zusätzlichen Absätze oder Leerseiten. Die Seiten sind dicht beschrieben.

Das Logo der Grünen findet sich in der rechten oberen Ecke des Titelblattes. Darunter steht linksbündig „Grundsatzprogramm der Grünen“ und darunter die Daten der Beschlussfassung. Auf der Seite zwei beginnt das Vorwort, geschrieben von Alexander Van der Bellen. Nach dem Vorwort sind 1 ½ Seiten leer, dann folgt das Inhaltsverzeichnis, das sich ebenfalls über 1 ½ Seiten erstreckt. Direkt daran anschließend beginnt der Programmtext mit der Präambel. Neue Kapitel beginnen immer auf einer neuen Seite, wes-

halb es immer wieder halbleere Seiten gibt. Aufzählungen und kleinere Zwischenüberschriften strukturieren den Gesamttext. Am Ende findet sich ein Stichwortregister.

Das Titelblatt der FPÖ ist hingegen eindeutig bunter und voller als jene der gerade beschriebenen Parteien. Rechts oben findet sich das Logo, das gesamte Blatt ist oben und unten gerahmt durch blaue, rote und weiße Farbstreifen, in die eingefügt steht „Unser Herz schlägt rot weiß rot.“ Wobei die Farben rot und weiß so angeordnet sind, dass sie die österreichische Flagge darstellen. Im Mittelteil steht in roter Farbe „Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)“, darunter in schwarz die Daten der Beschlussfassung und wieder darunter, ebenfalls in rot, „Österreich zuerst“. Auf der ersten Seite wird dieser Text noch einmal wiederholt, allerdings im normalen Textformat. Darunter stehen die fünf ersten Absätze des Programms. Es folgen die Leitsätze, die in der Folge in den Kapitelüberschriften wiederholt werden. Das Inhaltsverzeichnis, ohne Seitenzahlen, gleicht einer einfachen Aufzählung. Die einzelnen Kapitel beginnen immer am Anfang einer neuen Seite, was auch hier zu einigen halben Leerseiten führt. Das Logo der FPÖ ist auf jeder Seite rechts unten abgedruckt.

Ein Bild des Parteigründers Frank Stronach bildet die Basis des Titelblattes des Parteiprogramms des Team Stronach. Darunter befindet sich ein jeweils gleichgroßer weißer und roter Balken. Im weißen Balken findet sich auf der rechten Seite das Logo, im roten darunter steht „Grundsatzprogramm“ und „Juli 2013“. Auf der zweiten Seite wird die Grundeinstellung des Team Stronach dargelegt. Rechts oben ist im gesamten Parteiprogramm das Logo mit dem Zusatz „Grundsatzprogramm“ abgedruckt. Darunter steht je nach Kapitel die gerade aktuelle Überschrift. Es folgt eine Leerseite, dann der Ehrenkodex über zwei Seiten, dann das Inhaltsverzeichnis. Die Großkapitel (davon gibt es zwei) haben eine ganze Seite als Überschrift, vor allem am Anfang des Parteiprogramms ist die Schrift recht groß, manchmal füllen nur sechs Wörter eine ganze Seite. Nachdem der Selbstdarstellungsteil der Partei abgehandelt ist und der eigentliche Programmteil beginnt, wechselt die Textformatierung von der einspaltigen in eine zweispaltige Anordnung der Textkörper. Auch hier werden die Kapitel immer auf einer neuen Seite begonnen und dadurch Leerseiten in Kauf genommen.

Die NEOS beginnen ihr Parteiprogramm gleich mit dem Inhaltsverzeichnis, welches sich auf dem Titelblatt befindet. Darüber steht „Pläne für ein neues Österreich“. Rechts oben befindet sich das Logo der Partei. In der Fußzeile steht der aktuelle Stand des Parteiprogramms (25.1.2014), der Titel des Programms und die Seitenangabe. Auf der dritten Seite findet sich eine Grafik mit den Kernwerten der NEOS, die in Stichworten in Sprechblasen dargestellt werden. Danach beginnt der Programmtext. Zweimal wird ein

Zitat nach der Kapitelüberschrift eingestreut, Kapitel beginnen immer auf einer neuen Seite, Absätze sind oft durch mehrere Leerzeilen voneinander getrennt.

Die Progression des Layouts konnte hoffentlich ausreichend beschrieben werden. Je leichter es mit der Technik wurde, formatierungstechnische Variationen einzubauen, umso eher geschah dies.

Interessant ist auch, dass ÖVP, FPÖ und die Grünen das genaue Datum und den Ort der Beschlussfassung auf ihrem Titelblatt angeben, die SPÖ hingegen weder Datum noch Ort, das Team Stronach und NEOS nur ein Datum, wobei sich bei den NEOS die Details zur Beschlussfassung in der Chronologie im Anhang befinden.

### **3.3.1.3 Inhaltsverzeichnisse**

Bezüglich der Inhaltsverzeichnisse ist vor allem interessant herauszufinden, in welcher Abfolge die politisch relevanten Themen behandelt werden. Dies gibt direkt Auskunft darüber, welchen Stellenwert das Thema innerhalb der Partei hat.<sup>113</sup> Da die Inhaltsverzeichnisse teilweise ähnlich umfangreich sind wie die Programme an sich, sind sie in ihrer vollen Länge nur im Anhang einzusehen. Hier sollen die Unterschiede zwischen den Parteien kurz hervorgehoben werden. Da es zwischen den Parteien verschiedene Benennungspraktiken gibt, sollen vier Themenbereiche benannt werden und diese dann auf ihre Anordnung innerhalb der Parteiprogramme untersucht werden: Umwelt, Bildung, Wirtschaft, Gesundheit. Um die Unterschiede wiederum messbar zu machen wurden alle Inhaltsverzeichnisse indexiert und in fünf Teile geteilt. Dadurch kann leichter festgestellt werden, an welcher Stelle innerhalb des Parteiprogrammes das Thema behandelt wird.

---

<sup>113</sup> Vgl. Ebner (1999), S. 50 und Schönbohm (1974), S. 29.



	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
1	I. Unser Selbstverständnis 1. Wer wir sind	I. Neue Herausforderungen - Neue Lösungen II. Die Grundsätze der Sozialdemokratie III. Politische Perspektiven	Vorwort 1. Präambel 2. Grundwerte 3. Die Krise der Industriegesellschaft 4. Gesellschaftsentwurf Nachhaltigkeit II. Politische Perspektiven 1. Umwelt & Wirtschaft 1.1. Wirtschaft nachhaltig gestalten	Österreich zuerst Leitsätze	Unsere Grundeinstellung Ehrenkodex 01 Wer wir sind! Unsere zentralen Werte Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab! Leitlinien für unser Grundsatzprogramm	Grundlagen Demokratie Bildung
2	2. Was wir wollen 3. Unsere Grundsätze	1. Arbeit für alle in einer zukunftsorientierten Wirtschaft 2. Innovationen im gesellschaftlichen Interesse 3. In Sicherheit leben	1.2. Umwelt und Natur schützen 2. Arbeit und Existenzsicherung 2.1. Fairteilen von Arbeit 2.2. Fairteilen von Einkommen 2.3. Fairteilen von Zeit 3. Offene und solidarische Gesellschaft 3.1. Bildung	1. Freiheit und Verantwortung 2. Heimat, Identität und Umwelt	1. Schuldenfreie Zukunft 2. Verwaltungsreform 3. Demokratiereform 4. Steuerreform 5. Arbeitnehmer 6. Justiz und Kontrolle 7. Europa und Euro	Europa Wirtschaft, Standort und Steuern Soziales
3	II. Unsere Positionen 4. Starke Demokratie	4. Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt 5. Gleichstellung der Frauen 6. Solidarisches Miteinander	3.2. Kunst und Kultur 3.3. Gesundheit 3.4. Drogen 3.5. Soziales Netz 3.6. Frauenpolitik - Genderpolitik 3.7. Lebensentwürfe und Beziehungen 3.8. Kinder und Jugendliche 3.9. Neue Wege ins Alter - Anstiftung zum UnRuhestand	3. Recht und Gerechtigkeit 4. Familie und Generationen 5. Wohlstand und soziales Gleichgewicht	8. Banken 9. Bildung 10. Jugend 11. Kultur 12. Werte 13. Sport 14. Gesundheit	Pensionen Arbeit Wohnen
4	5. ökosoziale Marktwirtschaft 6. Neue Gesellschaftsverträge	7. Soziale Demokratie leben 8. Dienstleistung statt Bürokratie 9. Bildung als Chance der Entfaltung	3.10. Menschen mit Behinderung 3.11. sprachliche, kulturelle und ethnische Minderheiten 3.12. Einwanderungspolitik 4. Demokratie und Mitbestimmung 4.1. Grundrechte 4.2. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft 4.3. Reform der demokratischen Institutionen 4.4. Rolle und Aufgaben des Staates	6. Gesundheit 7. Sicherheit 8. Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur	15. Pensionen 16. Soziales und Wohnen 17. Familie und Gesellschaft 18. Frauen 19. Zuwanderung und Asyl 20. Umwelt 21. Tierschutz	Familie Umwelt & Lebensqualität Energie
5	7. Leben und Umwelt 8. Bildung und Kultur 9. Heimat in Europa und der Welt	10. Identität und kritische Öffentlichkeit: Kunst und Medien 11. Politik jenseits enger Grenzen: Europa 12. Globale Gerechtigkeit	22. Sicherheit 23. Dienst für die Gesellschaft und Landesverteidigung 24. Landwirtschaft 25. Ländlicher Raum 26. Verkehr und Infrastruktur 27. Menschen mit Behinderung 28. Medien	9. Weltoffenheit und Eigenständigkeit 10. Europa der Vielfalt	22. Sicherheit 23. Dienst für die Gesellschaft und Landesverteidigung 24. Landwirtschaft 25. Ländlicher Raum 26. Verkehr und Infrastruktur 27. Menschen mit	Integration Justiz Finanz-Richtlinien

		schaffen IV. Demokratische Erneuerung als Prinzip - Das Selbstverständnis der SPÖ	29. Management von Allgemeingütern		Behinderung 28. Medien 29. Management von Allgemeingütern	
--	--	--	------------------------------------	--	---	--

Bei der ÖVP befinden sich drei der vier untersuchten Kapitel im letzten Fünftel. Nur das Thema Wirtschaft ist weiter vorne gereiht, im 4. Fünftel. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die ÖVP sehr viel Raum für die Selbstdefinition reserviert (I. Unser Selbstverständnis), der dem inhaltlichen Teil vorgeschaltet ist (II. Unsere Positionen).

Die SPÖ ist mit der Selbstdefinition schon nach drei Kapiteln fertig, weshalb es bei ihr schon im 2. Fünftel wirtschaftlich zur Sache geht. Danach kommen Gesundheit und Umwelt in einem Kapitel zusammengefasst und im 4. Fünftel die Bildung.

Die Grünen starten wenig überraschend bereits im ersten Teil ihres Parteiprogramms mit dem Umweltthema, allerdings unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt. Innerhalb des Kapitels wird dann zuerst Wirtschaft und dann Naturschutz thematisiert, was dazu führt, dass das eigentliche Umweltkapitel erst im zweiten Fünftel anzutreffen ist. Die Bildung findet sich im zweiten Fünftel auch an recht prominenter Stelle. Die Gesundheit wird dann im 3. Fünftel diskutiert.

Die FPÖ bringt das Umweltthema ebenfalls recht weit vorne im Parteiprogramm an, nämlich schon im 2. Fünftel. Die Wirtschaft wird im 3. Fünftel behandelt und Gesundheit und Bildung im 4.

Das Team Stronach beginnt wenig überraschend mit der Wirtschaft, so wie auch ÖVP und SPÖ. Im 3. Fünftel folgt zuerst die Bildung, dann die Gesundheit. Im 4. Fünftel schließlich die Umwelt.

Die NEOS stechen hervor, indem sie als einzige Partei mit dem Bildungskapitel beginnen. Es folgen Wirtschaft und Gesundheit im 2. Fünftel. Im 4. Fünftel schließlich wird noch das Umweltthema abgehandelt.

Hier noch einmal im Überblick die Abfolge der Themen im Vergleich, die Ordnungszahl gibt das jeweilige Fünftel an, in welchem das Thema behandelt wird:

<b>ÖVP</b>	<b>SPÖ</b>	<b>Die Grünen</b>	<b>FPÖ</b>	<b>Team Stronach</b>	<b>NEOS</b>
4. Wirtschaft 5. Gesundheit 5. Umwelt 5. Bildung	2. Wirtschaft 3. Gesundheit 3. Umwelt 4. Bildung	1. / 2. Umwelt 1. Wirtschaft 2. Bildung 3. Gesundheit	2. Umwelt 3. Wirtschaft 4. Gesundheit 4. Bildung	1. Wirtschaft 3. Bildung 3. Gesundheit 4. Umwelt	1. Bildung 2. Wirtschaft 2. Gesundheit 4. Umwelt

Am meisten Übereinstimmung in der Reihung findet sich zwischen ÖVP und SPÖ, was ein wenig verwundert, da das Hauptaugenmerk der beiden Parteien eigentlich sein müsste, sich voneinander abzugrenzen. Dass sowohl die Grünen, als auch die FPÖ das Umweltthema ganz vorne gereiht haben, erstaunt ebenfalls. Als Zeichen dafür, dass die NEOS anders sein wollen als alle anderen Parteien, haben sie das Bildungsthema ganz nach vorne gereiht. Auch beim Team Stronach ist das Bildungsthema weiter vorne als bei den älteren Parteiprogrammen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen.

Das Wirtschaftskapitel ist nie im letzten Fünftel anzutreffen und Gesundheit nie im ersten Fünftel. Bildung und Umweltthema sind in allen fünf Fünfteln zu finden. Die sechs Parteien nutzen also alle Möglichkeiten der Gewichtung aus.

### Diachroner Vergleich

Da von einigen der Parlamentsparteien auch ältere Inhaltsverzeichnisse bzw. Programme vorliegen, soll hier kurz ein diachroner Blick auf jene der ÖVP und FPÖ geworfen werden. Es sollte an ihnen auch ohne politologisches Fachwissen erkennbar sein, ob und wenn ja, wie sich die Schwerpunkte im Laufe der Zeit verschoben haben.

ÖVP 1972	ÖVP 1995
1 Einleitung	1 Wer wir sind
2 Die Partei der fortschrittlichen Mitte	2 Was wir wollen
<b>3 Die Grundsätze der ÖVP</b>	<b>3 Unsere Grundsätze</b>
<b>3.1 Unser Menschenbild</b>	<b>3.1 Unser Menschenbild</b>
<b>3.2 Freiheit</b>	<b>3.2 Freiheit</b>
3.3 Gleichheit	3.3 Verantwortung
<b>3.4 Leistung</b>	3.4 Nachhaltigkeit
<b>3.5 Partnerschaft</b>	3.5 Gerechtigkeit
3.6 Aufgabenteilung	<b>3.6 Leistung</b>
<b>3.7 Partizipation</b>	3.7 Sicherheit
4 Neue Verantwortung in der Gesellschaft	<b>3.8 Partnerschaft</b>
4.1 Höhere Lebensqualität	3.9 Subsidiarität
<b>4.2 Bildung</b> als Lebensaufgabe	<b>3.10 Mitwirkung</b>
4.3 Humane Arbeitswelt und sinnerfüllte Freizeit	3.11 Toleranz
4.4 Wirtschaft – Basis des Fortschritts	4 starke Demokratie und Sicherheit
4.5 Eigentum für alle	[...]
4.6 sozialer Fortschritt	5 Ökosoziale Marktwirtschaft
<b>4.7 Gesundheit</b>	[...]
4.8 Umweltschutz	6 Neue Gesellschaftsverträge
4.9 Freiheit der Kunst	[...]
4.10 dynamische Demokratie	7 Leben und Umwelt
4.11 Österreich und die Welt	7.1 Schutz des Lebens
5 Neue Verantwortung für den Menschen	<b>7.2 Gesundheit</b>
5.1 Jugend	[...]
5.2 Frau und Mann	<b>8 Bildung</b> und Kultur
5.3 Familie	[...]
5.4 Alter	[...]
6 Österreichs Zukunft gestalten	9 Heimat in Europa und der Welt
	[...]

Auf diese Weise gegenüber gestellt fallen einige Rochaden auf, die in thematischer Hinsicht zwischen dem Salzburger Programm 1972 und dem aktuellen Programm von 1995 innerhalb der Partei vorgenommen wurden. Teilweise wurden Begriffe auch einfach anders benannt. Gleich geblieben ist bei den Grundsätzen Punkt 1 und 2, *Menschenbild* und *Freiheit*. Punkt 4 aus dem Programm von 1972 ist zwei Positionen nach unten gerutscht, aus *Gleichheit* wurde *Gerechtigkeit* und der neue Begriff der *Nachhaltigkeit* wurde gemeinsam mit *Verantwortung* eingefügt. Aus *Partizipation* wurde *Mitwirkung*, hingegen findet sich das Thema *Partnerschaft* nach wie vor im gleichen Wortlaut, nur drei Positionen tiefer. Generell kann festgestellt werden, dass die Liste der Grundsätze differenzierter und ausführlicher wurde.

Bei den konkreten Themen ist diese Tendenz ebenfalls festzustellen. Es wurden im oben angeführten Inhaltsverzeichnis des Programms von 1995 nicht alle Unterpunkte angeführt, die volle Liste ist im Anhang einsehbar. Generell fallen vor allem die subjektiv eher sozialdemokratisch wirkenden Begriffe wie *sozialer Fortschritt* und *Eigentum für alle* auf. Im Programm von 1995 findet sich hierfür der Begriff der *ökosozialen Marktwirtschaft*.

Außerdem sticht der „Absturz“ des Bildungsthemas ins Auge: vom vorderen Mittelfeld zum vorletzten Themenpunkt. An seine Stelle ist das Wirtschaftsthema gerückt. Auch das Gesundheitsthema findet sich nun an vorvorletzter Stelle, während die Demokratie wieder an Wichtigkeit gewonnen hat.

Diese Analyse kann nach Belieben weitergeführt werden. Fest steht, dass innerhalb der ÖVP bezüglich der Themenabfolge in ihrem Parteiprogramm scheinbar nichts feststeht.

FPÖ 2005	FPÖ 2011
<b>Freiheit</b> als höchstes Gut	<b>Freiheit</b> und Verantwortung,
Die Menschenwürde ist unantastbar	<b>Heimat</b> , Identität und <b>Umwelt</b> ,
Österreich zuerst	Recht und Gerechtigkeit,
Recht auf <b>Heimat</b>	Familie und Generationen,
Christentum – Fundament Europas	Wohlstand und soziales Gleichgewicht,
Schicksalsgemeinschaft Europa	Gesundheit,
Selbstbewußte Außenpolitik – gemeinsame Sicherheitspolitik	Sicherheit,
Demokratiereform – Freie Republik	Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur,
Recht und Ordnung	Weltoffenheit und Eigenständigkeit,
Freie Marktwirtschaft	Europa der Vielfalt.
Solidarisch und gerecht	

Familie – Gemeinschaft der Generationen  <b>Umwelt</b>  Freie Bauern – Landeskultur  Weite Kunst – Freie Kunst  Recht auf Bildung  Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei	
---	--

Hier ist auf den ersten Blick erkennbar, dass die FPÖ, anders als die ÖVP, eine Kompromittierung ihrer dargestellten Inhalte vorgenommen hat. An unverrückbar erster Stelle findet sich dennoch der Begriff *Freiheit*. Auch *Heimat* rangiert nach wie vor weit oben auf der Liste, während das Familien- und das Umweltthema in der Wertigkeit deutlich gestiegen sind. Bildung, Kunst und Wissenschaft blieben an tendenziell unwichtiger Stelle, jedoch gesellte sich das Thema *Europa* bzw. Außenpolitik noch an letzter Stelle hinter die Wissenschaft.

Es scheint, dass die Parteien neue Parteiprogramme durchaus dazu nutzen, die Gewichtung von Themen innerhalb der Partei neu zu diskutieren und zu ordnen. Das betrifft vor allem die politischen Themen. Zumeist bleiben die Grundwerte der Partei und ihr Selbstverständnis unverändert an vorderster Stelle.

### 3.3.1.4 Gendering

	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
<b>Umsetzung</b>	Im ersten Kapitel vereinzelt männliche und weibliche Form, dann nur männliche Form	Männliche und weibliche Form nacheinander	Binnen i	Nur männliche Form	Nur männliche Form (Zusatz auf letzter Seite)	Gender-Gap "–"
<b>Beispiel</b>	Bürgerinnen und Bürger bzw. Bürger	Bürger und Bürgerinnen	BürgerInnen	Bürger	Bürger	Bürger_innen

Drei Parteien verzichten auf die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen in ihren Parteiprogrammen: FPÖ, ÖVP und Team Stronach, wobei letztere auf der letzten Seite mit dem Zusatz: „Da wir das Einfache dem Komplizierten immer vorziehen, verwenden wir Begriffe wie Bürger, Österreicher, Arbeitnehmer etc. in der geläufigen Form, meinen

damit aber selbstverständlich immer Menschen beiderlei Geschlechts.“<sup>114</sup>, zumindest darauf hinweisen, dass sie dies mit Absicht tun.

Die ÖVP hingegen schreibt in ihren Anfangskapiteln noch dezidiert von Frauen und Männern, bzw. Bürgerinnen und Bürgern, schwenkt aber später dazu um, nur noch die männlichen Formen zu verwenden.

Die FPÖ verfügt weder über einen Nachsatz, wie das Team Stronach, noch über gelegentliches „gendern“. Frauen werden nur im Kapitel über Frauen als solche erwähnt.

Die SPÖ verwendet die zeichenintensivste Variante, nämlich das Ausschreiben beider Formen, während die Grünen mit dem Binnen-i dafür sorgen, dass Männer und Frauen als solche gekennzeichnet werden.

Dem aktuellen Gendering-Diskurs am nächsten sind freilich die NEOS, die den sogenannten „Gender-Gap“ verwenden, der nicht nur Männer und Frauen, sondern auch alle Menschen, die sich zwischen diesen beiden Geschlechtsausprägungen verorten, anspricht.

---

<sup>114</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 64.

### 3.3.1.5 Präambeln

Straßner stellt zu Präambeln fest, dass diese die Legitimation der Herrschaft über eine gewisse Symbolik unterstützen. Ihr Sinn liegt nicht darin, vorrangig zu informieren, sondern ein anderes Bedürfnis abzudecken, nämlich das, nicht auf materieller oder intellektueller Basis regiert zu werden, sondern aus einem moralischen Prinzip heraus.<sup>115</sup> Demnach soll hier untersucht werden, welche Programme eine Präambel aufweisen und welche nicht, bzw. welche anderen Arten von Programmeinstiegen vorgefunden werden können.

	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
Präambel (J/N)	N	N	J	N	N	N
Beispiel/ Alternative	1. Unser Selbstverständnis 1.1. Wer wir sind 1.2. Was wir wollen 1.3. <u>Unsere Grundsätze</u> 1.3.1. <u>Unser Menschenbild</u> 1.3.2. <u>Freiheit</u> 1.3.3. <u>Verantwortung</u> [...]	I. Neue Herausforderungen – neue Lösungen II. Die Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten II.1. <u>Die Grundwerte der Sozialdemokratie</u> II.2. Unseren Werten verpflichtetes Handeln	Nach einer Einleitung und dem Inhaltsverzeichnis: 1. <u>Präambel</u> 2. <u>Grundwerte</u>	<u>Einleitung</u> Leitsätze freier Politik 1) Freiheit und Verantwortung	Unsere Grundeinstellung <u>Ehrenkodex</u> 01 Wer wir sind! Vorwort <u>Unsere zentralen Werte</u> Wahrheit Transparenz Fairness Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab! Leitlinien für unser Grundsatzprogramm	Grundlagen - unsere Vision - unser Anspruch: Wir verändern Österreich - unsere Geschichte - <u>unsere Kernwerte</u>

<sup>115</sup> Straßner (1987), S.21

Auch wenn nur die Grünen tatsächlich die Form bzw. Titulierung der Präambel übernommen haben, so fällt doch auf, dass in den Einleitungen oder Anfangskapiteln das Thema Werte überwiegt (siehe unterstrichene Passagen). Am kürzesten ist dies bei den NEOS realisiert, sie verfügen über eine Grafik, die die „Kernwerte“ in Stichworten darstellen. Es fehlt jeglicher Pathos. Werte sind dennoch als moralisches Prinzip zu verstehen und bekräftigen daher die These Straßners. Jede Partei führt zu Beginn ihres Programmes ins Feld, warum sie wie handelt, also an welchen Werten und Überzeugungen sie ihr Handeln orientiert. Eine auffällige Gemeinsamkeit aller untersuchten Parteiprogramme.

### 3.3.2 Satzanalysen

Die vorliegende Arbeit verwendet als Grundgerüst die in der Dudengrammatik angeführte Satzdefinition, allerdings mit einigen Anpassungen:

- Ein Satz ist eine Einheit, die aus einem Prädikat mit finitem Verb und allen zugehörigen Satzgliedern besteht.
- Ein Satz ist eine abgeschlossene Einheit, die nach den Regeln der Syntax gebildet worden ist.
- Ein Satz ist die größte Einheit, die man mit den Regeln der Syntax erzeugen kann.<sup>116</sup>

Und mit den Worten Marx-Nordins: Der Satz als „Einheit zwischen zwei Hauptinterpunktionszeichen“<sup>117</sup>. Überschriften wurden in dieser Analyse daher ausgelassen. Eine Streitfrage stellen die im Parteiprogramm der SPÖ öfters auftretenden Semikolons dar. Laut Dudengrammatik verbindet bzw. trennt ein Semikolon zwei Sätze, die durch den Punkt zu stark, durch das Komma jedoch zu schwach voneinander getrennt wären.<sup>118</sup> Da es sowohl Sätze als auch Satzteile miteinander verbinden kann, muss in jedem Fall einzeln entschieden werden, ob die Sätze unabhängig voneinander stehen können oder nicht, und ob es sich daher um einen eigenständigen Satz handelt oder nicht. In der Regel wurde das Semikolon als Hauptinterpunktionszeichen aufgefasst. Ebenso gilt, wenn nach einem Doppelpunkt ein vollständiger Satz folgt und auch davor eine satzwertige Konstruktion steht, werden beide Sätze als voneinander unabhängige Einheiten aufgefasst. Aufzählungen werden, sofern sie nicht als Satz realisiert werden, nicht als Satz gezählt und somit nur in den Gesamtwortstatistiken einberechnet. Ebenso werden Grafiken in diesem Fall weder in der Wortstatistik noch in der Satzstatistik berücksichtigt.

<sup>116</sup> Duden, Die Grammatik (2009), S.763-764.

<sup>117</sup> Marx-Nordin (1979), S.50.

<sup>118</sup> Vgl Duden, Die Grammatik (2009), S. 1063-1064.



Schwierig in diese Definition einzuordnen ist das Parteiprogramm der NEOS, das nicht nur in forderungsähnlichen Aufzählungen öfters auf die Punktsetzung verzichtet, sondern diese noch dazu in Infinitivphrasen mit Hauptsatzwert oder ganz ohne Verben und Subjekte realisiert. Das Problem, das sich dadurch für die Analyse ergibt, ist, dass die Sprachhandlungen eigentlich anhand verschiedener Satzmuster zugeordnet werden. Aber wohin sollen Formulierungen wie *Möglichkeiten für Zuverdienste auch in der Pension, Anrechenbarkeit der Pflegeleistungen* oder *Ausgaben von Parteien und Abgeordneten transparent machen*<sup>119</sup> zugeordnet werden? Es handelt sich hierbei um stark verkürzte Aussagen bzw. Ellipsen. Mit Hilfe der Erweiterungsprobe kann aber die vermutete Sprachhandlung wiederhergestellt werden:<sup>120</sup>

[Wir wollen] *Möglichkeiten für Zuverdienste auch in der Pension* [ermöglichen].

[Wir setzen uns für die] *Anrechenbarkeit der Pflegeleistungen* [ein].

[Wir wollen] *Ausgaben von Parteien und Abgeordneten transparent machen*.

Dementsprechend erweitert, gilt auch wieder die oben genannte Satzdefinition. Die Wortanzahl wird aber ohne Erweiterungsprobe angegeben, da es sich bei dieser Verkürzung ja um ein stilistisches Merkmal des Parteiprogramms der NEOS handelt. Die konkrete Sprachhandlung (wir wollen, wir setzen uns ein, wir stehen für,...) kann leider nur gemutmaßt werden, weshalb ein eigenes Satzmuster für diese nicht genau zuordenbaren Sätze eingeführt wird (V<sub>25</sub> bzw. F<sub>27</sub>, vgl. Kapitel 2.3.2.2). Bei Nominalisierungen von Verben handelt es sich meistens um Forderungen, während Infinitive eher mit Versprechen korrelieren.

Durch das Einbeziehen von Ellipsen in die Satzanalyse wird die Unterscheidung zwischen Überschriften und Text noch einmal erschwert. Zur Abgrenzung sollen vor allem grafische Unterschiede herangezogen werden, d.h. alles, was sich vom Layout des Fließtextes abhebt und keinen Satzwert aufweist, soll als Überschrift gelten und fließt damit nicht in die Analyse mit ein. Eine Ausnahme bilden Konstruktionen bzw. Aufzählungen, die mit einem Satz beginnen, der in der Aufzählung weitergeführt wird, z.B. „Die Grünen unterstützen [...], indem

- die Globalisierung so gesteuert wird, [...];
- vermehrt Arbeitsplätze [...] geschaffen werden;
- [...].“<sup>121</sup>

Diese Art von Aufzählung wird als ein Satz gewertet.

<sup>119</sup> Parteiprogramm NEOS, S. 42 bzw. 7

<sup>120</sup> Vgl. Duden, Die Grammatik (2009), S.894-895.

<sup>121</sup> Parteiprogramm GRÜNE, S. 76.

### 3.3.2.1 Satzlängen

Diachrone Untersuchungen haben ergeben, dass es in der deutschen Gegenwartssprache zu einer Satzlängenverkürzung kommt.<sup>122</sup> In den von ihr untersuchten Parteiprogrammen konnte Marx-Nordin aber eine Satzlängenverlängerung feststellen. Allerdings muss festgehalten werden, dass das Untersuchungsmaterial stark differierte: Die Untersuchungen, mit denen Marx-Nordin ihre Ergebnisse verglich, hatten als Korpus deutsche Prosa, wohingegen sie selbst Parteiprogramme untersuchte.<sup>123</sup>

Mehr Auswirkung als man vielleicht annehmen könnte, hat das „Gendering“ auf die Gesamtwortanzahl: Wenn man statt *Bürger* immer *Bürgerinnen und Bürger* schreibt, so sind dies immer zwei Wörter mehr in jedem Satz mit einem Subjekt oder Objekt, das diese Unterscheidung fordert. Dies trifft zum Beispiel auf das Parteiprogramm der SPÖ zu, das diese Art des „Genderings“ (vgl. Kapitel 3.3.1.4) benutzt.

Zur Gegenüberstellung der Satzlängen in den Parteiprogrammen soll nicht, wie bei Marx-Nordin, eine Verlaufsdarstellung gemacht, sondern Histogramme erstellt werden. Histogramme beschreiben auf kleinem Raum, was ein Verlaufsdiagramm über mehrere Meter beschreiben würde. Bei allen Parteien konnte bei den Verlaufsdiagrammen zudem ein mehr oder weniger ausgeprägtes Auf- und Ab bei den Satzlängen beobachtet werden. Den Wechsel zwischen langen und kurzen Sätzen erkennt Marx-Nordin zwar als stilistisches Mittel an, da er jedoch bei allen Parteien zu beobachten ist, scheint er nicht als adäquates Unterscheidungsmerkmal geeignet zu sein und soll aus diesem Grund hier vernachlässigt werden.<sup>124</sup> Als weitere Untersuchungsmethode soll noch der statistische Mittelwert aller Satzlängen ermittelt werden.

Die Satzlängen wurden mit einem eigens hierfür geschriebenen Programm gezählt, wodurch Zählfehler ausgeschlossen werden können. Da das Programm jedoch nur Hauptinterpunktionszeichen, also „.“, als Satzende erkennen konnte, mussten alle Semikolons und Doppelpunkte, die als Hauptinterpunktionszeichen gewertet wurden, umgeschrieben werden. Für das Parteiprogramm der NEOS mussten zudem noch sehr viele Hauptinterpunktionszeichen überhaupt erst gesetzt werden. Dies geschah nach der oben beschriebenen Satzdefinition.

<sup>122</sup> Vgl. Debus (1999), S. 39-42.

<sup>123</sup> Vgl. Marx-Nordin (1979), S. 122-123.

<sup>124</sup> Vgl. Marx-Nordin (1979), S. 64.

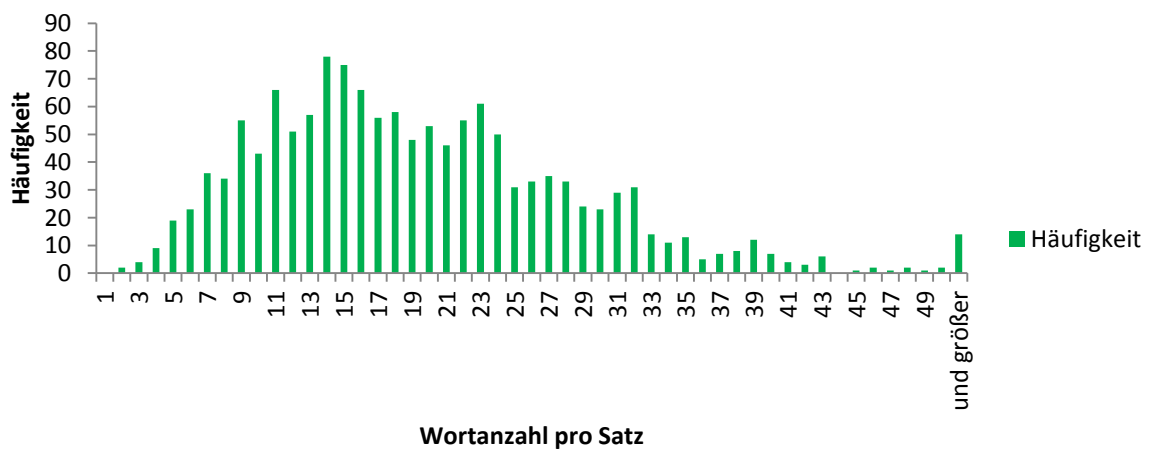
### Histogramm Satzlängen ÖVP



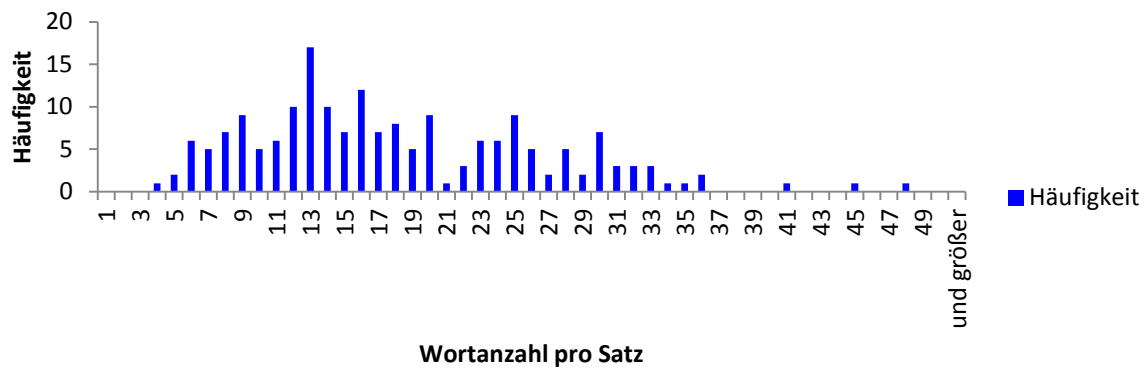
### Histogramm Satzlängen SPÖ



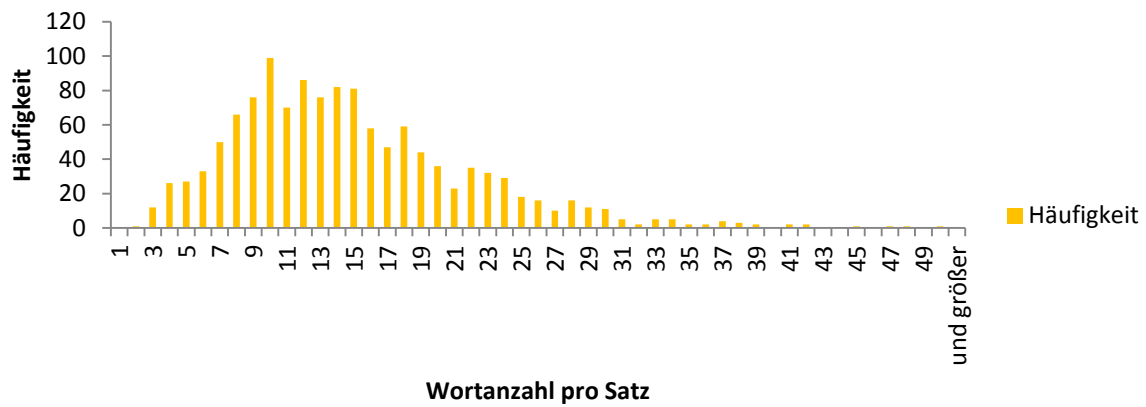
### Histogramm Satzlängen Die Grünen



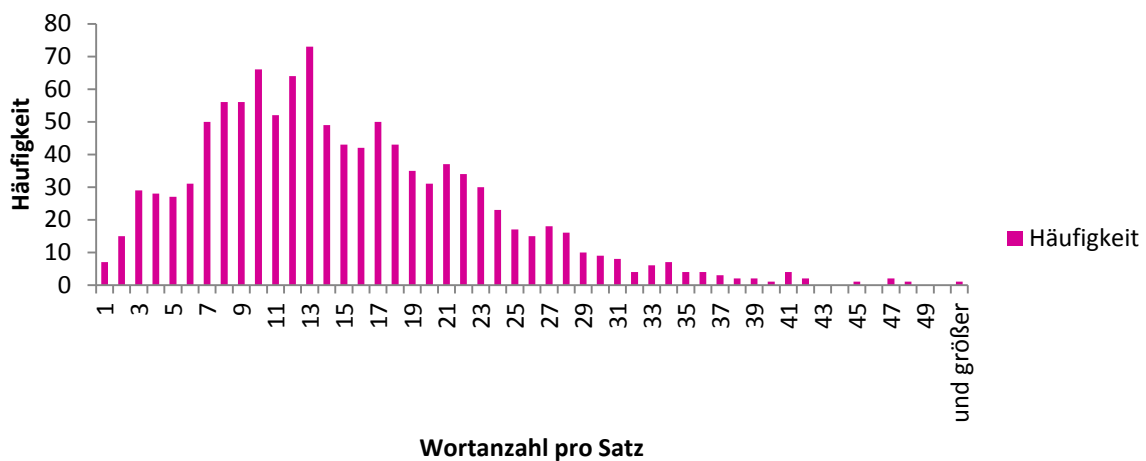
### Histogramm Satzlängen FPÖ



### Histogramm Satzlängen Team Stronach



### Histogramm Satzlängen NEOS



	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
Ø Wortanzahl pro Satz	17,0	20,9	19,5	18,1	14,9	15,1

Auch wenn fast alle Histogramme Ähnlichkeit zu einer Normalverteilungskurve aufweisen, können doch für jede Partei kleine Eigenheiten festgestellt werden, z.B. hat das Parteiprogramm der ÖVP die meisten Sätze in der Klasse 11-13 Wörter/Satz. Hingegen ist das Histogramm der SPÖ breiter gestreut und bildet ein quasi-Plateau aus über die Satzlängen  $x=11-19$ . Die Grünen wiederum haben einen eindeutigen Überhang bei  $x=14-15$  Wörtern pro Satz, interessanterweise sind auch jeweils die ungeraden Satzlängen  $x=7, 9, 11$  öfter vertreten als die geraden  $x=6, 8, 10, 12$ .

Sowohl bei den Grünen als auch bei der SPÖ ist die Klasse  $x \geq 50$  ein sichtbarer Balken, während er bei den anderen Parteien entweder kaum sichtbar oder nicht vorhanden ist. Das spiegelt sich auch in den Mittelwerten, die sowohl bei der SPÖ als auch bei den Grünen die höchsten Werte aufweisen wieder.

Das Histogramm der FPÖ zeigt eine klare Spitze bei der Satzlänge  $x=13$  und einen sehr starken Einbruch bei der Satzlänge  $x=20$ . Hier muss bemerkt werden, dass das Programm der FPÖ im Gegensatz zu den anderen Parteien natürlich eine viel geringere Streuung hat, eventuell weil es nur aus einem Bruchteil der Sätze besteht, wie z.B. das Programm der Grünen (188 zu 1397 Sätze). Das zeigt sich auch an den Werten auf der y-Achse (Häufigkeiten), welche als Maximum nur 18 Sätze hat.

Team Stronach und NEOS haben gemeinsam, dass die ersten Klassen mit den Satzlängen  $x \leq 6$  häufiger auftreten, als bei allen anderen Parteien. Das rührt daher, dass diese beiden Parteien verstärkt Ellipsen und sehr kurze Sätze als Stilmittel einsetzen, wie z.B. *Das ist ein großer Vorteil.*<sup>125</sup> oder *Wir denken anders.*<sup>126</sup> Auch in den übrigen Klassen ähneln sich die Parteiprogramme von NEOS und Team Stronach, bis auf die Tendenz, dass die NEOS mehr Sätze in den Klassen  $x=7-10$  und 13 aufweisen.

Die niedrigen Mittelwerte von Team Stronach und NEOS rühren ebenfalls von ihrer Vorliebe für kurze und verkürzte Sätze.

<sup>125</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 25.

<sup>126</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 26.

### 3.3.2.2 Syntaktische Untersuchung

Für die folgende Analyse wurden nur die ersten 150 Sätze jedes Parteiprogramms untersucht. Dies ist im Falle des Parteiprogramms der FPÖ bereits fast der gesamte Programmtext, bei ÖVP und SPÖ etwa ein Viertel. Für die längeren Parteiprogramme stellt dieser Untersuchungsrahmen zwar nur einen Bruchteil ihres Gesamttextes dar, um die Ergebnisse vergleichbar zu halten bzw. eine einheitliche Basis zu haben ist dieses Vorgehen allerdings trotzdem notwendig.

Entgegen den Analysen Marx-Nordins, die eine recht genaue Untersuchung der Syntax der Parteiprogramme vornahm<sup>127</sup>, werden hier nur die Kategorien Hauptsatz (HS), Nebensatz (NS) und weitere satzwertige Ergänzungen (Infinitiv- und Partizipialkonstruktionen, hauptsatzwertige Infinitivgruppen und Ellipsen) Eingang finden, wobei unter anderem untersucht werden soll, ob eine Zunahme an Worten pro Ganzsatz para- oder hypotaktisch realisiert wird, d.h. ob die Satzstruktur komplexer wird, oder ob es sich nur um eine satztechnisch einfache Aneinanderreihung handelt.

HS...einfacher Satz

HS-HS...parataktische Satzreihe

HS-NS...hypotaktische Satzreihe

HS-SIP...Hauptsatz mit satzwertigen Infinitiv- oder Partizipialgruppen

HS-SIP-NS...Hauptsatz mit Nebensatz und Infinitiv- oder Partizipialgruppen

E... Ellipse als Satzäquivalent

IHS...Infinitivphrase als Hauptsatzäquivalent (alleinstehend)

Bei der Klassifizierung in eine der Gruppen spielt es keine Rolle, in welcher Abfolge die verschiedenen Satzkatogorien im Ganzsatz in Erscheinung treten. Von Bedeutung ist nur deren prinzipielles Vorhandensein. Es ist für diese Untersuchung nicht von Interesse, ob ein NS oder SIP eingeschoben, vorgeschoben oder angehängt ist und wie viele davon in einem Satz vorkommen. Eine Ellipse wird nur als solche vermerkt, wenn sie allein, d.h. nicht im Verbund mit einem Hauptsatz steht, wie z.B. in *Nur unter solchen Voraussetzungen ist ein Leben in Freiheit und Sicherheit möglich, und [ist] damit die Grundlage für Selbstbestimmung geschaffen.*<sup>128</sup> Eine auf diese Weise eingesetzte Ellipse dient vor allem der Unterbindung von unnötiger Redundanz in der deutschen Sprache und wird hier nicht als Ellipse eingestuft.<sup>129</sup> Des weiteren werden, wenn ein Satz sowohl para- als

<sup>127</sup> Vgl. Marx-Nordin (1979), S. 55-63.

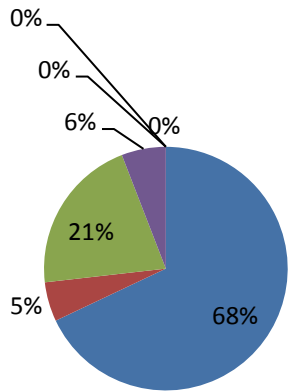
<sup>128</sup> Parteiprogramm SPÖ, S. 5.

<sup>129</sup> Vgl. Duden, Die Grammatik (2009), S. 894-895.

auch hypotaktische Strukturen aufweist, nur die hypotaktischen Strukturen vermerkt, d.h. wenn das analysierte Muster z.B. HS-NS-HS ergibt, wird dies in die Kategorie HS-NS eingeordnet, denn das Vorkommen einer hypotaktischen Struktur ist wichtiger, bzw. sagt mehr über die Komplexität des Satzes aus. Die vorgenommene Kategorisierung stellt eine starke Vereinfachung der deutschen Syntax dar, sie soll aber nur einen groben Einblick geben, welche Grundstrukturen eine Partei öfter oder weniger oft verwendet. Sie erhebt keinesfalls den Anspruch, die Syntax von Parteiprogrammen in besonders exakter Weise darzustellen.

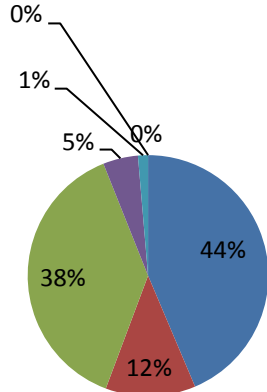
### Verhältnis der Satzstrukturen ÖVP

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse



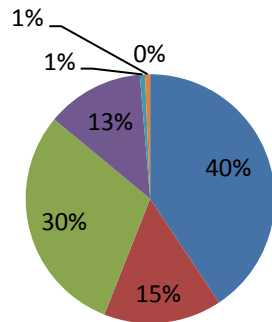
### Verhältnis der Satzstrukturen SPÖ

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse



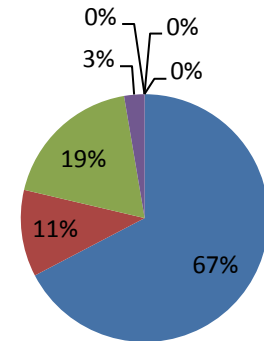
### Verhältnis der Satzstrukturen DIE GRÜNEN

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse



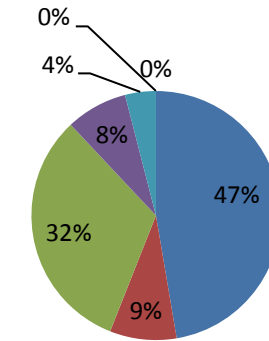
### Verhältnis der Satzstrukturen FPÖ

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse



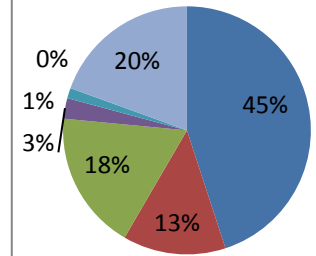
### Verhältnis der Satzstrukturen TEAM STRONACH

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse



### Verhältnis der Satzstrukturen NEOS

- HS
- HS-NS
- HS-SIP-NS
- IHS
- HS-HS
- HS-SIP
- Ellipse





Der Anteil an einfachen Hauptsätzen schwankt bei vier Parteien (SPÖ, Grüne, Team Stronach und NEOS) um die 44% +/- 3%, erreicht also jeweils nicht ganz die Hälfte. Zwei Parteien zeigen eine eindeutige Vorliebe für diese Struktur, nämlich ÖVP und FPÖ, die beide beinahe 70% der Sätze in dieser Weise realisieren. Parataktische Strukturen sind weniger beliebt als hypotaktische: Sie treten nur gelegentlich auf, bei der ÖVP nur bei 5% der Sätze, während die anderen Parteien zwischen 9-15% rangieren.

Deutlicher sind die Unterschiede, wenn man die Satzstruktur HS-NS genauer betrachtet. Am eindeutigsten zeigt die SPÖ ihre Vorliebe für verschachtelte Nebensätze (38%), aber auch das Team Stronach bildet gerne etwas komplexere Strukturen (32%). Die Grünen folgen ihnen auf den Fersen (30%). Die anderen drei Parteien, also NEOS, FPÖ und ÖVP realisieren zwischen 18-21% ihrer Sätze mit Nebensatzstrukturen, was immer noch ein Fünftel der 150 untersuchten Sätze ist.

Mit den bisher analysierten drei Strukturen (HS, HS-HS, HS-NS) ist bereits der Großteil der Sätze abgedeckt (Ausnahme NEOS). Die Struktur HS-SIP ist nur noch im einstelligen Prozentbereich vorhanden, außer bei den Grünen, die 13% ihrer Sätze mit einer satzwertigen Infinitivgruppe, meistens mit „zu“, realisieren. Dennoch ist diese Struktur noch bei allen Parteien in signifikanter Weise auffindbar.

Die komplexeste Struktur HS-NS-SIP kann nicht mehr bei allen Parteien in signifikanter Menge ( $n > 1$ ) nachgewiesen werden. Am öftesten wird sie von dem Team Stronach eingesetzt, die immerhin 4% ihrer Sätze auf diese Weise konstruieren. 1% der Sätze sind es bei SPÖ, den Grünen und den NEOS. FPÖ und ÖVP erreichen hier nicht einmal die 1% Marke, d.h. sie haben keinen einzigen Satz mit dieser Struktur.

Eine einzige Ellipse findet sich in den 150 ersten Sätzen der Parteiprogramme und zwar bei den Grünen. Gerade im Falle des Team Stronach würden hier noch mehr Prozentpunkte stehen, wenn man statt der ersten 150 Sätze das ganze Parteiprogramm analysieren würde.

Die letzte analysierte Struktur, Infinitivkonstruktionen mit Hauptsatzwert, tritt nur bei den NEOS auf. Sie realisieren aber gleich ein Fünftel ihrer Sätze mit dieser Struktur. Ein eindeutiges Erkennungsmerkmal für das Parteiprogramm der NEOS.

Wie aus der Grafik und der gerade erfolgten Interpretation herauszulesen sein sollte, gibt es zwischen den Parteiprogrammen durchaus messbare und objektivierbare Unterschiede auf der Ebene der Satzstrukturen. Obwohl für die Analyse stark vereinfachte Kategorien gewählt wurden, können die sprachlichen Tendenzen gut abgebildet werden. Wenn eine Partei nur etwa ein Viertel ihrer Sätze nicht in einfachen Hauptsätzen realisiert (ÖVP) fällt dies mit Sicherheit auf, besonders wenn man im Vergleich ein Parteipro-

gramm zu Hand nimmt, das über ein Drittel seiner Sätze mit HS-NS Strukturen realisiert (SPÖ). Der Fakt, dass sich die beiden Großparteien hier sprachlich so genau unterscheiden ist sicherlich nicht zufällig so, sondern als bewusste Abgrenzung gegenüber den anderen Partei zu verstehen.

Die extreme Vorliebe der NEOS für hauptsatzwertige Infinitivkonstruktionen ist ein Unikum unter den Parteiprogrammen. Sie ist zudem die Partei mit dem aktuellsten Parteiprogramm und möchte sicher auch sprachlich ausdrücken, dass sie anders ist als alles, was es parteipolitisch bisher in Österreich gab. Auch dieser Umstand korreliert also mit der politischen Position der Partei.

Sprachlich ähneln sich SPÖ und die Grünen bei genauerem Hinsehen recht stark. Der signifikanteste Unterschied besteht darin, dass die Grünen 13% der Sätze mit SIP realisiert haben und die SPÖ einige Prozentpunkt mehr in HS-NS Strukturen, aber ansonsten ist die prinzipielle Gewichtung der Strukturen recht ähnlich. Woher diese Übereinstimmung in sprachlicher Hinsicht kommt, könnte noch genauer untersucht werden. Hierzu wäre es aber notwendig zu wissen, wer die jeweiligen ParteiprogrammschreiberInnen waren und ob diese eventuell Verbindungen zueinander hatten, z.B. im Fall der Grünen ehemalige SPÖ-Mitglieder waren.

Bezogen auf den Zusammenhang zwischen Wortanzahl und Satzkomplexität wurde in Excel eine Wenn-Funktion eingefügt, die ausgeben sollte, wann eine Partei mehr als ihre durchschnittliche Wortanzahl pro Ganzsatz aufwies und dann prüfen sollte, ob dieser Satz ein HS oder HS-HS war, oder eben eine komplexere Satzstruktur aufwies (HS-NS, HS-SIP oder HS-NS-SIP). IHS und Ellipsen wurden in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt.

	<b>ÖVP</b>	<b>SPÖ</b>	<b>Die Grünen</b>	<b>FPÖ</b>	<b>Team Stronach</b>	<b>NEOS</b>
Prozentsatz der hypotaktischen Satzstrukturen bei überdurchschnittlich langen Sätzen	41%	57%	58%	40%	78%	40%

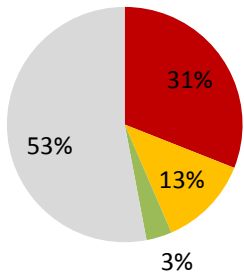
Überdurchschnittlich lange Sätze werden dieser Tabelle zufolge vor allem von dem Team Stronach hypotaktisch gelöst, während ÖVP, FPÖ und NEOS offensichtlich lieber parataktische Strukturen zur Hilfe nehmen, bzw. im Falle der NEOS wie oben ersichtlich IHS. Die Grünen und SPÖ setzen eindeutig mehr als die Hälfte ihrer überdurchschnittlich langen Sätze mit hypotaktischen Strukturen um. Im Falle des Team Stronach korreliert

dieser Prozentsatz auch mit der Gesamtstatistik. Die SPÖ, die einen ähnlich hohen Anteil an hypotaktischen Sätzen hat wie das Team Stronach, erreicht hier aber eindeutig weniger Prozentpunkte. Anscheinend sind die überdurchschnittlich langen Sätze in diesem Fall eine Ausnahme. Dasselbe gilt wohl für die Grünen.

### 3.3.2.3 Sprachhandlungen im Überblick

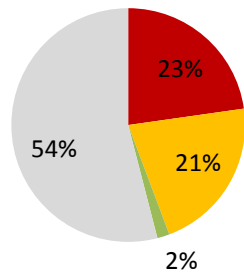
**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext ÖVP**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



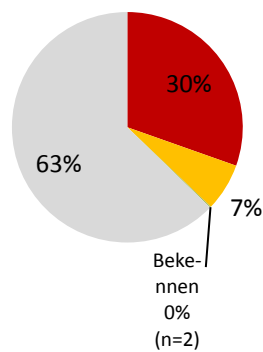
**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext SPÖ**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



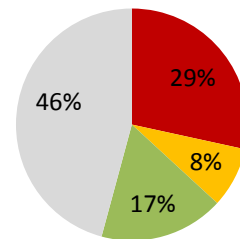
**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext DIE GRÜNEN**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



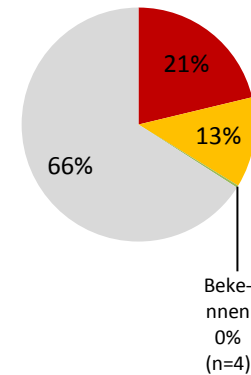
**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext FPÖ**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



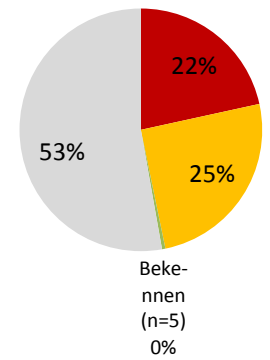
**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext TEAM STRONACH**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



**Verhältnis der Sprachhandlungen im Gesamttext NEOS**

- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"



Die Sprachhandlungen und ihre Satzmuster wurden bereits in Kapitel 2.3.2.2 erläutert. Hinzu kommt hier noch die Sprachhandlung des Bekennens, die nur ein Sprachhandlungsmuster besitzt, nämlich das Verb *bekennen*. Untersuchungsgrundlage sind in dieser Analyse die Parteiprogrammtexte in ihrer jeweils vollen Länge.

Es ist auf einen Blick erkennbar, dass sich die Parteiprogramme bezüglich der Gewichtung ihrer Sprachhandlungen unterscheiden. Drei Parteien zeigen jedoch eine relative Übereinstimmung in der Prozentzahl ihrer „Aussagesätze“ (wobei hier lediglich gemeint ist, dass es sich um keine der untersuchten Sprachhandlungen handelt), nämlich ÖVP, SPÖ und NEOS. Am wenigsten „Aussagesätze“ hat die FPÖ vorzuweisen, während das Team Stronach und die Grünen über 60% ihrer Sätze unmarkiert, um nicht in wertender Weise zu sagen „sachlich“, realisieren. Dass diese „Aussagesätze“ oft auch Sprachhandlungen beinhalten können, muss natürlich festgehalten werden. Allerdings meist auf subtilere Art und Weise oder nur auf der Inhaltsebene, z.B. ist ein Text, in dem dargestellt wird, was alles nicht gut ist im Staate Österreich, natürlich eine Aufforderung dies zu ändern bzw. jene Partei zu wählen, die diese Missstände aufzeigt. Solange diese Aussagen aber nicht mit einem der oben angeführten Satzmuster realisiert wurden, bleiben sie unberücksichtigt.

Der Anteil der Forderungen schwankt zwischen 21% und 31%. Am forderungsreichsten sind die Parteiprogramme von ÖVP, den Grünen und FPÖ, hier beträgt der Anteil jeweils etwa ein Drittel der Sätze, oder anders ausgedrückt: Fast jeder dritte Satz ist eine Forderung. Bei den anderen drei Parteien ist es nur jeder fünfte (21-23%).

Der Anteil von Versprechungen schwankt stark von 7% bis 25%. Am meisten Versprechungen machen die NEOS, wobei noch darauf eingegangen werden muss, auf welche Weise dies passiert. Da die NEOS einen großen Teil ihrer Forderungen und Versprechungen ohne finites Verb realisieren, ist ein entsprechend größerer Anteil des Textes als Versprechung zu verstehen, der nur mittelbar als solcher verstanden werden kann, nämlich über den Umweg, indem „wir wollen“ an den infiniten Satz vorne angefügt wird. Dieser Vorgang wird auch Erweiterungsprobe genannt, genauer dazu vgl. Kapitel 3.3.2. Sehr abwegig ist dieser hohe Anteil an Versprechungen aber nicht, denn auch die SPÖ realisiert 21% ihrer Sätze als Versprechung. 13% haben ÖVP und Team Stronach und 7% bzw. 8% die Grünen bzw. die FPÖ. Hier wäre eine Dreiteilung möglich in Parteiprogramme die „wenig“, „mittel“ und „viel“ versprechen, bzw. in Parteien ausgedrückt: Grünen/FPÖ, ÖVP/Team Stronach und SPÖ/NEOS.

Die dritte Sprachhandlung, *bekennen*, hat bei fast allen Parteien den kleinsten Anteil, außer bei der FPÖ, die fast ein Fünftel ihrer Sätze mit dieser Sprachhandlung verbindet.

Bekenntnisse kommen zwar in allen Parteiprogrammen vor, da sich der Prozentsatz jedoch auf das gesamte Parteiprogramm bezieht, reicht ein Vorkommen von  $n=4$  bei den längeren Parteiprogrammen noch nicht, um einen Prozentpunkt zu erreichen, das gilt für die Grünen, das Team Stronach und die NEOS. SPÖ und ÖVP erreichen bei dieser Sprachhandlung 2% bzw. 3%, ihre Parteiprogramme sind zwar kürzer, aber auch in absoluten Zahlen „bekennen“ sie öfter als die vorher genannten drei Parteien ( $n=11$  bzw.  $n=23$ ).

Zusammenfassend wiederum die Unterschiede zwischen den Parteien: Auch wenn in den einzelnen Sprachhandlungen vielleicht Übereinstimmungen festzustellen sind, so ist doch meist die Kombination der vier verschiedenen Sprachhandlungen je Partei unterschiedlich. Ähnlich gewichtet sind nur SPÖ und die NEOS, alle anderen Parteien weisen jeweils eindeutige Unterscheidungen auf.

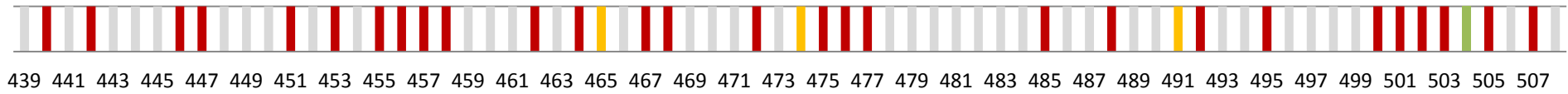
Ein Unterschied bzw. Zusammenhang zwischen Sprachhandlungen und Regierungs- oder nicht-Regierungsparteien kann nicht festgestellt werden.

#### **3.3.2.4 Sprachhandlungen im Textverlauf**

Es wurden für alle Parteiprogramme Verlaufsdigramme angefertigt, die das Aufkommen von Forderungen, Versprechen und Bekenntnissen im Textverlauf darstellen. Aufgrund der großen Umfänge einiger Parteiprogramme erscheint es leider unmöglich, diese hier in voller Länge darzustellen. Aus diesem Grund soll hier nur ein Kapitel, nämlich Umwelt, exemplarisch analysiert werden. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass die Parteien kein einheitliches Schema verfolgen, sondern vielmehr die Aufteilung von Versprechen und Forderungen an den jeweiligen Inhalt koppeln, das heißt die hier extrahierten Erkenntnisse können nicht einfach auf alle anderen Kapitel umgelegt werden, dies zeigt sich auch im Vergleich der Kapitel mit den Ergebnissen aus den Gesamtexten.

Ein bunter Balken bedeutet, dass die jeweilige Sprachhandlung in diesem Satz vorkommt, egal wie oft. Wenn zwei verschiedene Sprachhandlungen in ein und demselben Satz vorkommen, stehen zwei Balken übereinander. Dies ist in dem untersuchten Kapitel jedoch nirgends der Fall. Die Zuordnung der Farben ist die gleiche wie bei den Kreisdiagrammen in Kapitel 3.3.2.3, rot=Forderung, gelb=Versprechen, grün=Bekenntnis, grau=„Aussagesatz“. Die Zahlen auf der x-Achse bedeuten die jeweilige Satznummer.

### ÖVP: 7. Leben und Umwelt



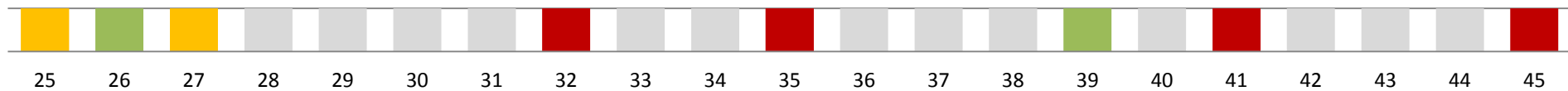
### SPÖ: 4. Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt



### Die Grünen: 1.2. Umwelt und Natur schützen



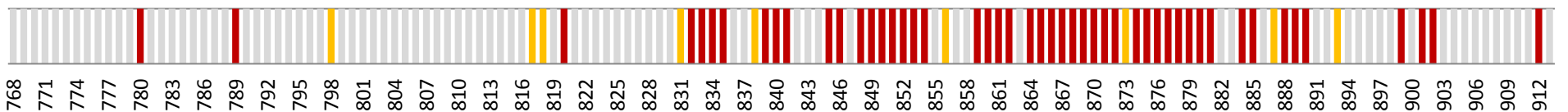
### FPÖ: 2. Heimat, Identität und Umwelt



### Team Stronach: 20. Umwelt



### NEOS: Umwelt und Lebensqualität



Die ÖVP verteilt ihre Forderungen recht gleichmäßig im Textverlauf. Versprechungen gibt sie zu diesem Thema nur drei, Bekenntnis nur eines. Ruft man sich das Kreisdiagramm in Erinnerung, so zeigt sich, dass dieses Kapitel in etwa dem fiktiven Normkapitel entspricht, allerdings sind die Versprechungen leicht unter- und die Forderungen überrepräsentiert. Zu bemerken ist auch, dass schon im zweiten Satz des Kapitels eine Forderung gestellt wird.

Die SPÖ verspricht eindeutig mehr, wobei die Versprechen vor allem zu Beginn und am Ende des Kapitels zu finden sind, in der Mitte dominieren die Forderungen. Bekenntnis wird keines abgegeben. Forderungen sind über-, „Aussagesätze“ unterrepräsentiert. Auch die SPÖ wartet nicht lange mit der ersten Forderung, sie ist ebenfalls im zweiten Satz zu finden.

Die Grünen steigern ihre Forderungstätigkeit stetig, während zwischendurch immer wieder Versprechungen eingestreut werden. Gegen Ende kommt es zu einer Häufung von Forderungen, die sich dadurch äußert, dass jeder Satz eine Forderung enthält. Dazu muss man natürlich im Hinterkopf behalten, dass das Umweltthema das Aushängeschild der Grünen ist, und sie dementsprechend vehement in diesem Kapitel auftreten müssen. Die erste Sprachhandlung findet sich erst im 5. Satz und ist zudem eine Versprechung. Das Verhältnis von Forderungen, Versprechen und „Aussagesatz“ entspricht ziemlich genau dem des Gesamttextes. Bekenntnisse werden in diesem Kapitel keine gemacht.

Die FPÖ bekennt hingegen zweimal innerhalb der 21 Sätze, in denen sie das Umweltkapitel abhandelt. Im Vergleich zum Verhältnis im ganzen Parteiprogramm sind Forderungen und Bekenntnisse unterrepräsentiert, „Aussagesätze“ hingegen überrepräsentiert. Gleich der erste Satz ist ein Versprechen, gefolgt von einem Bekenntnis und noch einem Versprechen. Die Forderungen finden sich dann erst wieder in der Mitte und gegen Schluss des Kapitels.

Das Team Stronach hat das zweitkürzeste Umweltkapitel, wobei sie dem Tierschutz ein eigenes Kapitel widmen, das hier nicht miteinbezogen wurde. Wie die Grünen lassen sie sich einige Sätze Zeit, bevor sie mit zwei Forderungen starten. Weitere Forderungen finden sich dann erst wieder am Ende des Kapitels. Dazwischen steht noch eine Versprechung. Das Verhältnis stimmt fast mit dem des Gesamttextes überein, es gibt nur eine Verschiebung von einigen wenigen Prozentpunkten, wobei vor allem der Anteil an Versprechungen zu gering ist.

Ein sehr eigenes Bild bietet das Umweltkapitel der NEOS. Die ersten 40-50 Sätze passiert recht wenig, doch ab der Hälfte gibt es dann kaum noch Sätze, die keine Forderung oder Versprechen formulieren. Erst kurz vor dem Ende sind wieder mehrere „Aussage-



sätze“ zu finden. Das Verhältnis der Sprachhandlungen weicht sehr stark von jenem des Gesamttextes ab. Die Versprechen sind stark unter, „Aussagesätze“ und Forderungen weniger stark über den Gesamtwerten.

Es bleibt also festzuhalten, dass alle Parteien nicht nur unterschiedliche Gewichtungen zwischen den einzelnen Sprachhandlungen setzen, sondern diese im Textverlauf auch recht unterschiedlich verteilen. Ob es eine Einleitung gibt, oder gleich gefordert wird, ob immer wieder ein bisschen oder über kurze Strecken recht viel gefordert wird, ist jeweils eine Eigenheit der Partei bzw. der Konzeption des Parteiprogramms.

### 3.3.2.5 Sprachhandlung versprechen

Um noch genauere Aussagen treffen zu können, sollen hier die Häufigkeiten der einzelnen Satzmuster statistisch ausgewertet werden.

Untersuchungsgegenstand	ÖVP		SPÖ		Die Grünen		FPÖ		Team Stronach		NEOS	
V <sub>1</sub> versprechen	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>2</sub> garantieren	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	1	1%	0	0%
V <sub>3</sub> werden + Infinitiv	2	2%	3	2%	5	5%	0	0%	2	1%	53	20%
V <sub>4</sub> (wir) wollen	37	45%	40	29%	14	14%	2	13%	96	64%	16	6%
V <sub>5</sub> anstreben	6	7%	5	4%	6	6%	1	7%	6	4%	2	1%
V <sub>6</sub> erstreben	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>7</sub> beabsichtigen	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>8</sub> (wir) stehen für	0	0%	2	1%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>9</sub> Wir treten dafür ein/ein für	17	21%	47	34%	30	31%	3	20%	8	5%	1	0%
V <sub>10</sub> Wir sehen	1	1%	5	4%	5	5%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>11</sub> Wir setzen uns dafür ein	3	4%	19	14%	5	5%	0	0%	7	5%	0	0%
V <sub>12</sub> Unser Ziel ist/Wir zielen darauf ab/Es hat zum Ziel/Zielsetzungen sind	7	9%	10	7%	23	23%	3	20%	5	3%	2	1%
V <sub>13</sub> wir verpflichten uns	1	1%	0	0%	0	0%	1	7%	6	4%	0	0%
V <sub>14</sub> wir bemühen uns um	1	1%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>15</sub> aussprechen	2	2%	0	0%	3	3%	1	7%	2	1%	0	0%
V <sub>16</sub> wir engagieren uns	0	0%	0	0%	1	1%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>17</sub> wir sind entschlossen + zu	0	0%	0	0%	0	0%	1	7%	0	0%	0	0%
V <sub>18</sub> wir kämpfen für	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	1	1%	0	0%
V <sub>19</sub> wir setzen auf	2	2%	0	0%	3	3%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>20</sub> wir stehen für	0	0%	0	0%	1	1%	2	13%	14	9%	0	0%
V <sub>21</sub> befürworten	1	1%	5	4%	2	2%	0	0%	2	1%	0	0%
V <sub>22</sub> steht fest, dass	0	0%	1	1%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
V <sub>23</sub> wir verfolgen	0	0%	0	0%	0	0%	1	7%	0	0%	0	0%
V <sub>24</sub> wir arbeiten für	2	2%	0	0%	0	0%	0	0%	1	1%	0	0%
∅	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	196	73%
Summe	82		137		98		15		151		270	

Die obigen Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf alle Versprechen innerhalb der jeweiligen Parteiprogramme. Die farbige Unterlegung bezieht sich nur auf die Relation innerhalb eines Parteiprogramms, um deutlicher zeigen zu können, welches das beliebteste Satzmuster jeder Partei ist. Dennoch ist zu sehen, wenn ein Satzmuster parteiübergreifend oft zum Einsatz kommt, wie z.B.  $V_4$  (*wir*) *wollen*. Die Summe der Sprachhandlungsmuster kann von der Summe der Sprachhandlungen abweichen, da bei Parataxen unter Umständen auch zwei Satzmuster pro Satz vorkommen können und diese hier einzeln vermerkt werden.

Die ÖVP verspricht vorzugsweise mit den Satzmustern  $V_4$  und  $V_9$ . Die SPÖ ebenso. Die Grünen mit  $V_9$  und  $V_{12}$ , wie auch die FPÖ. Das Team Stronach hat eine eindeutige Vorliebe für  $V_4$ , bei ihm kommt kein anderes Satzmuster in den zweistelligen Prozentbereich, und die NEOS für  $V_{25}$  und  $V_3$ , was wiederum mit der Vorliebe für Infinitivkonstruktionen zusammenhängt.

Auch hier sind also wieder Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen. Während SPÖ und ÖVP bzw. die Grünen und FPÖ starke Übereinstimmungen in der Wahl der Satzmuster haben, heben sie sich voneinander (Die Grünen/FPÖ und ÖVP/SPÖ) doch auch ab. Das Team Stronach und die NEOS stechen hier sprachlich wiederum hervor, weil sie sich sehr stark auf ein Satzmuster beschränken.

Da die Verteilung der Satzmuster im Textverlauf nicht dargestellt wird, soll kurz auf die Besonderheiten der Parteien bzgl. der Verteilung eingegangen werden. Die ÖVP und das Team Stronach haben im vorderen Teil des Parteiprogramms ein Kapitel, in dem fast jeder Satz mit *wir wollen* begonnen wird. Dadurch erklärt sich auch die hohe Prozentzahl. Dies ist wichtig zu bemerken, da die Prozentwerte dies leider nicht darstellen können und sonst die Erwartung bestehen könnte, dass im gesamten Text fast jede zweite Versprechung mit (*wir*) *wollen* realisiert wird.

Parteiübergreifend beliebt ist  $V_4$ , außer bei den NEOS, die aber immerhin noch 6% ihrer Versprechen so realisieren. (*Wir*) *wollen* kann also als typisches Satzmuster für die Textsorte Parteiprogramm eingestuft werden. Ein ähnlich dominantes Satzmuster ist  $V_9$  *wir treten ein für*, das nur im Parteiprogramm des Team Stronach und der NEOS nicht so stark zum Einsatz kommt, aber in jedem Fall auch vorhanden ist. Eventuell haben die beiden neuen Parteien sich bewusst von den üblichen Floskeln distanziert und versucht, ihre eigene Parteiprogrammsprache zu etablieren.

### 3.3.2.6 Sprachhandlung fordern

Untersuchungsgegenstand	ÖVP		SPÖ		Die Grünen		FPÖ		Team Stronach		NEOS	
F <sub>1</sub> ...müssen + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	34	17%	28	19%	52	12%	3	6%	51	19%	7	3%
F <sub>2</sub> ...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv (+Negation)	54	27%	53	36%	63	14%	5	9%	72	26%	11	5%
F <sub>3</sub> ...sollen + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	26	13%	6	4%	23	5%	4	7%	38	14%	37	16%
F <sub>4</sub> ... soll + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	26	13%	7	5%	46	11%	2	4%	37	14%	42	18%
F <sub>5</sub> ...dürfen + Negation + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	2	1%	5	3%	7	2%	1	2%	6	2%	0	0%
F <sub>6</sub> ...darf + Negation + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	9	4%	6	4%	15	3%	3	6%	12	4%	3	1%
F <sub>7</sub> ...haben + zu + Infinitiv	3	1%	2	1%	9	2%	1	2%	1	0%	0	0%
F <sub>8</sub> ...hat + zu + Infinitiv (+Negation)	10	5%	9	6%	23	5%	15	28%	1	0%	2	1%
F <sub>9</sub> ...ist + zu + Infinitiv	12	6%	7	5%	49	11%	6	11%	8	3%	10	4%
F <sub>10</sub> ...sind + zu + Infinitiv	7	3%	9	6%	50	11%	10	19%	8	3%	17	7%
F <sub>11</sub> ...kann + Negation Infinitiv	7	3%	1	1%	9	2%	0	0%	1	0%	0	0%
F <sub>12</sub> ...können + Negation Infinitiv	1	0%	1	1%	3	1%	1	2%	0	0%	0	0%
F <sub>13</sub> ...sollte	3	1%	2	1%	19	4%	0	0%	25	9%	6	3%
F <sub>14</sub> ...erfordern / ist erforderlich / wird erforderlich sein	6	3%	4	3%	18	4%	1	2%	2	1%	1	0%
F <sub>15</sub> ...wird + zu + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv	1	0%	2	1%	1	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>16</sub> ...fordern / gefordert ist	2	1%	5	3%	32	7%	0	0%	5	2%	5	2%
F <sub>17</sub> ...es gilt + zu + Infinitiv	0	0%	2	1%	7	2%	1	2%	2	1%	2	1%
F <sub>18</sub> ...gehören + Infinitiv	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	1	0%
F <sub>19</sub> ...ergeben sich die Forderung	0	0%	0	0%	1	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>20</sub> ...es ist notwendig	1	0%	0	0%	1	0%	0	0%	3	1%	0	0%
F <sub>21</sub> ...wir plädieren für	0	0%	0	0%	1	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>22</sub> ...wir verlangen	1	0%	0	0%	5	1%	0	0%	1	0%	0	0%
F <sub>23</sub> ... ist unumgänglich / unverzichtbar / sind unverzichtbare Elemente	0	0%	2	1%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>24</sub> ...bedarf es / bedürfen	0	0%	2	1%	1	0%	1	2%	1	0%	2	1%
F <sub>25</sub> ...sind nötig	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>26</sub> ...es ist unsere Pflicht	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
F <sub>27</sub> ...∅	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	89	38%
<b>Summe</b>	<b>205</b>		<b>153</b>		<b>435</b>		<b>54</b>		<b>274</b>		<b>235</b>	

Weniger eindeutig bzw. eindeutig breiter gestreut sind die Sprachhandlungsmuster bei den Forderungen. Kein Satzmuster kommt auf einen höheren Wert als 38%, es gibt also keine eindeutige Monopolstellung eines Satzmusters. Dadurch heben sich die mehr oder weniger beliebten Satzmuster auch nicht mehr so stark voneinander ab.

Parteiübergreifend beliebt ist das Satzmuster  $F_2$ , nur die FPÖ und NEOS weichen hier ab. Die FPÖ bevorzugt stattdessen das Satzmuster  $F_8$ , die NEOS  $F_{27}$ . Alle Parteien weisen mehrere verschiedene Satzmuster auf, die sie öfter benützen. Bei der SPÖ sind dies zwar nur zwei ( $F_{1,2}$ ), bei den anderen Parteien aber mindestens drei bis fünf. Bei der ÖVP und dem Team Stronach sind dies  $F_{1-4}$ . Bei den Grünen  $F_{1,2,4}$  und  $F_{16}$ , bei der FPÖ  $F_{8-10}$  und bei den NEOS  $F_{3,4}$  und  $F_{27}$ .  $F_{27}$  ist wieder das Unikum der NEOS und korreliert mit deren Vorliebe für Infinitykonstruktionen.

### 3.3.2.7 Einsatz von Ausrufezeichen und Fragezeichen

	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	FPÖ	Team Stronach	NEOS
!	0	0	0	0	48	5 (2)
?	0	0	2	0	4	8

Der Einsatz von Satzzeichen abgesehen von Komma, Semikolon, Punkt und Doppelpunkt in einem Parteiprogramm ist eher als untypisch anzusehen. Das zeigt sich daran, dass der Großteil der Parteiprogramme (ÖVP, SPÖ, Die Grünen und FPÖ) auf Ausrufezeichen gänzlich verzichtet und Fragezeichen nur recht sparsam (und nur von den Grünen) eingesetzt werden. Die NEOS und vor allem das Team Stronach hingegen, setzen diese sehr wohl ein.

Die NEOS kommen auf insgesamt sieben Ausrufezeichen im Fließtext (ohne Überschriften), zwei kommen im Fließtext in einer Klammer vor. Die acht Fragezeichen sind vor allem im Kapitel „Umwelt und Lebensqualität“ zu finden.

Die zwei Fragezeichen im Parteiprogramm der Grünen sind im Kapitel Arbeit (1) und Kultur (1) zu finden.

Die 48 Ausrufezeichen im Parteiprogramm des Team Stronach sind ein Unikum unter den untersuchten Parteiprogrammen und bilden einen deutlichen Unterschied zu den anderen Programmen. Sie verteilen sich recht gleichmäßig im gesamten Programmtext.

### 3.3.3 Analyse auf der Wortebene

#### 3.3.3.1 „Wir“ – Verwendung des Personalpronomens 1. Person Mehrzahl

Der Duden kennt für das Personalpronomen der 1. Person Mehrzahl mehrere Bedeutungen, eine davon schreibt er vor allem der Verwendung in Manifesten zu, wie z.B.: „Deshalb fordern wir eine grundlegende Umkehr im deutschen Schulsystem.“<sup>130</sup> So gebraucht steht das „Wir“ für mehrere Sprecher bzw. mehrere Unterzeichner zugleich. Diese Bedeutung findet selten ihre Anwendung, könnte jedoch als Usus in Parteiprogrammen angenommen werden, da ein Grundsatzprogramm, wie oben bereits erläutert, von der Partei bzw. allen Parteimitgliedern auf einem Parteitag beschlossen werden muss und dementsprechend für mehrere SprecherInnen, nämlich alle Parteimitglieder, steht. Laut Duden gibt es abgesehen vom eher selten gebrauchten Pluralis noch die häufigste Form der Verwendung, bei der ein einzelner Sprecher und weitere natürliche Personen bezeichnet werden. Unterschieden wird hierbei in 1. Person inklusiv und exklusiv, wobei bei ersterem die Angesprochenen mitgemeint sind und bei zweiterem nicht.<sup>131</sup>

Armin Burkhardt identifiziert drei prinzipielle Bedeutungsmöglichkeiten von „wir“: 1. der Sprecher und seine Gruppe (inklusives Wir), 2. der Sprecher allein (ego-identisches wir) und 3. der Hörer, nicht aber der Sprecher. Diese drei Gruppen werden noch in Unter- und Subgruppen ausdifferenziert, wobei hier nur jene angeführt werden sollen, deren Vorkommen in einem Parteiprogramm als wahrscheinlich gelten. Burkhardt basiert seine Beobachtungen auf die Sprache des Parlaments im Allgemeinen und führt deswegen auch viele Formen an, die für den mündlichen Sprachgebrauch typisch sind.<sup>132</sup> Das Auftreten der Wir-Formen 2 und 3 ist sehr unwahrscheinlich, weil das Parteiprogramm als Absender die Partei, d.h. keine Einzelperson, sondern vielmehr eine Gruppe, hat und aus diesem Sprachduktus heraus kommuniziert.

In Anlehnung an die Untersuchungsmethode von Volmert sollen verschiedene „WIR-Typen“ definiert und auf ihre Häufigkeit hin untersucht werden. Volmert basiert seine Forschungen dabei auf frühere Feststellungen, die darauf eingehen, wie wichtig das Wir-Gruppenbewusstsein für politisches Handeln ist.<sup>133</sup>

Als „Sprecher“ ist in der folgenden Aufzählung die Partei zu imaginieren.

<sup>130</sup> Duden, Die Grammatik (2009), S. 264.

<sup>131</sup> Vgl. Duden, Die Grammatik (2009), S. 264.

<sup>132</sup> Vgl. Burkhardt (2003), S. 411-412.

<sup>133</sup> Vgl. Volmert (1989), S.122 und S. 262-263.

WIR<sub>1</sub>...inklusive Wir: der Sprecher und seine Gruppe

WIR<sub>1,1</sub>...nationales Wir: der Sprecher und seine Landsleute

WIR<sub>1,2</sub>...kollektives Wir: der Sprecher und die engere Gruppe, in deren Kreis er sich stellt

WIR<sub>1,3</sub>...anthropologisches Wir: der Sprecher und die Gesamtheit seiner Mitmenschen

Bei den absoluten Zahlen handelt es sich um die Häufigkeit des Vorkommens. Es wird dabei nicht unterschieden, ob in einem Satz bereits ein *wir* vorgekommen ist oder nicht, jede Nennung wird gezählt, z.B. *Aus Liebe zu unserer Heimat haben wir jeder Art von Totalitarismus und Diktatur eine Absage erteilt und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufbau sowie die Wiedererlangung der vollen staatlichen Eigenständigkeit unserer Heimat erreicht.*<sup>134</sup> Bedeutet dann ein einmaliges Vorkommen von *wir* (1) und zweimal *unsere/r/s/m* (2).

Wichtig zu beachten ist wiederum, dass die Parteiprogramme über sehr stark differierende Längen verfügen und die absoluten Zahlen daher recht wenig aussagen, weshalb sowohl die relativen Zahlen, also im Verhältnis zur Gesamtwortzahl als auch das Verhältnis zwischen den Wir-Formen angegeben wird, um einen generellen Überblick über die Vorlieben der Wir-Verwendung einer Partei zu bekommen.

Es ist in jedem Fall festzustellen, dass der kollektive Charakter in allen Parteiprogrammen durch die häufige Verwendung von *wir* oder *unsere/s/r/m* verstärkt bzw. erst ermöglicht wird. Interessant zu beobachten, bzw. die theoretischen Überlegungen unterstützend, ist dabei die Tatsache, dass sich „kollektives Wir“ und „nationales Wir“ recht häufig abwechseln, d.h. das Parteiprogramm spricht damit sowohl die eigenen Reihen, also Parteimitglieder an, als auch die österreichische Bevölkerung im Allgemeinen.

Die Prozentzahlen ergeben sich aus dem Anteil der Wir-Formulierungen an der Gesamtwortzahl. Die farbige Unterlegung bezieht sich auf alle Parteiprogramme, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten hervorzuheben und besser erkennen zu können, welche Partei öfter „wir“ verwendet und welche weniger. Die Gewichtung der verschiedenen Wir-Formen innerhalb der einzelnen Parteiprogramme ist in der Tabelle detaillierter angegeben, als in den darauffolgenden Kreisdiagrammen, die nur die Kategorie, nicht die Realisierungsform darstellen.

---

<sup>134</sup> Parteiprogramm ÖVP, S. 4.

		ÖVP		SPÖ		Die Grünen		FPÖ		Team Stronach		NEOS	
WIR 1	<b>Gesamt</b>	<b>256</b>	<b>2,1%</b>	<b>294</b>	<b>2,1%</b>	<b>141</b>	<b>0,5%</b>	<b>138</b>	<b>4,0%</b>	<b>373</b>	<b>1,9%</b>	<b>132</b>	<b>0,7%</b>
	Wir	164	1,4%	2	0,0%	77	0,3%	52	1,5%	241	1,3%	69	0,4%
	unsere/s/r/m +Substantiv	88	0,7%	51	0,4%	52	0,2%	82	2,4%	114	0,6%	60	0,3%
	(für) uns <sup>135</sup>	14	0,1%	1	0,0%	15	0,1%	4	0,1%	18	0,1%	3	0,0%
LWIR 1.1	<b>Gesamt</b> <sup>136</sup>	<b>54</b>	<b>0,4%</b>	<b>34</b>	<b>0,2%</b>	<b>15</b>	<b>0,1%</b>	<b>58</b>	<b>1,7%</b>	<b>140</b>	<b>0,7%</b>	<b>45</b>	<b>0,2%</b>
	Wir	2	0,0%	8	0,1%	3	0,0%	0	0,0%	55	0,3%	15	0,1%
	unsere/s/r/m +Substantiv	51	0,4%	25	0,2%	11	0,0%	58	1,7%	83	0,4%	30	0,2%
	(für) uns	1	0,0%	0	0,0%	1	0,0%	0	0,0%	2	0,0%	0	0,0%
LWIR 1.2	<b>Gesamt</b>	<b>202</b>	<b>1,7%</b>	<b>255</b>	<b>1,8%</b>	<b>120</b>	<b>0,4%</b>	<b>80</b>	<b>2,3%</b>	<b>229</b>	<b>1,2%</b>	<b>81</b>	<b>0,4%</b>
	Wir	162	1,3%	198	1,4%	72	0,3%	52	1,5%	183	0,9%	52	0,3%
	unsere/s/r/m +Substantiv	37	0,3%	37	0,3%	34	0,1%	24	0,7%	31	0,2%	27	0,1%
	(für) uns	13	0,1%	20	0,1%	14	0,1%	4	0,1%	15	0,1%	2	0,0%
LWIR 1.3	<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>0,0%</b>	<b>5</b>	<b>0,0%</b>	<b>9</b>	<b>0,0%</b>	<b>1</b>	<b>0,0%</b>	<b>4</b>	<b>0,0%</b>	<b>6</b>	<b>0,0%</b>
	Wir	0	0,0%	4	0,0%	2	0,0%	0	0,0%	3	0,0%	2	0,0%
	unsere/s/r/m +Substantiv	0	0,0%	1	0,0%	7	0,0%	1	0,0%	0	0,0%	3	0,0%
	(für) uns	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1	0,0%	1	0,0%

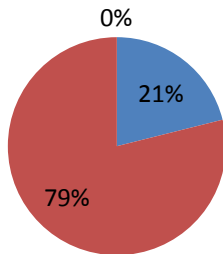
<sup>135</sup> Das Reflexivpronomen „uns“ wurde hier natürlich nicht gewertet.

<sup>136</sup> Abweichungen zwischen dem Gesamtprozentsatz und der Summe der einzelnen Realisierungen ergeben sich aus den Rundungsfehlern.



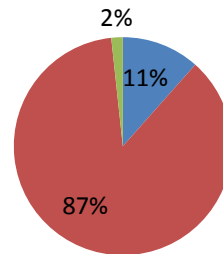
## Verhältnis Wir-Formen ÖVP

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



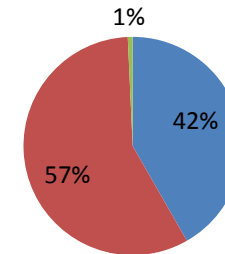
## Verhältnis Wir-Formen SPÖ

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



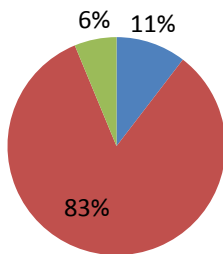
## Verhältnis Wir-Formen FPÖ

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



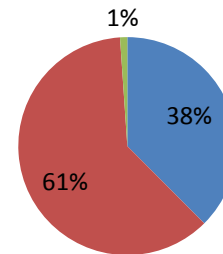
## Verhältnis Wir-Formen Die Grünen

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



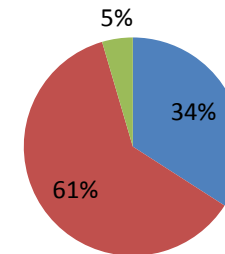
## Verhältnis Wir-Formen Team Stronach

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



## Verhältnis Wir-Formen NEOS

- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)



Auf den ersten Blick sticht die FPÖ mit einem Wir-Anteil von 4% im Gesamttext ins Auge. Das ist beinahe doppelt so viel wie z.B. ÖVP oder SPÖ aufweisen. Die relativen Zahlen neben den absoluten sind in dieser Tabelle erneut sehr wichtig, wie sich am Beispiel von Grünen und FPÖ zeigen lässt. Beide haben in absoluten Zahlen etwa gleich viele „wirs“, das Parteiprogramm der Grünen ist aber fast 10mal so umfangreich wie jenes der FPÖ, was dazu führt, dass die gleiche absolute Zahl bei der FPÖ in Relation auf 4% kommt, bei den Grünen aber nur 0,5% erreicht.

ÖVP und SPÖ haben einen identen Wir-Anteil mit 2,1%, dicht gefolgt vom Team Stronach, das auf 1,9% kommt. Kaum von Bedeutung ist das „Wir“ für Grüne und NEOS.

In der Unterteilung in die drei Wir-Kategorien sind wiederum einige Unterschiede zwischen den Parteien feststellbar. Die häufigste Wir-Kategorie ist das kollektive Wir,  $Wir_{1,2}$ .

Beim nationalen Wir,  $Wir_{1,1}$ , ist die FPÖ die einzige Partei, die hier über die 1% Marke kommt. Realisiert wird es interessanter Weise zu 100% mit unser/e/s/r/m + Substantiv, z.B. *unsere Sicherheit, unseres Staatsvolkes, unserer Soldaten*, etc.

Das anthropologische Wir,  $Wir_{1,3}$ , ist fast vernachlässigbar. Interessanterweise kommt es im Großteil der Parteiprogramme im Umweltteil vor, wenn es darum geht, die Zukunft der Menschheit zu skizzieren, wenn nichts gegen Klimawandel und dergleichen unternommen wird. Da sich der Klimawandel nicht auf ein Land oder Österreich beschränken lässt, bezieht sich das *Wir* dort auf die gesamte Menschheit bzw. die Industrienationen oder ähnlich größere Gruppen außerhalb nationaler Grenzen. Es erreicht bei den Prozentzahlen nicht mehr als 0,0%, dennoch kann es als Untersuchungskategorie nicht weggelassen werden. Sichtbar wird das  $Wir_{1,3}$  erst in den Kreisdiagrammen, wobei deutlich wird, dass es vor allem bei den Grünen und den NEOS einen signifikanten Anteil übernimmt. Bei FPÖ, SPÖ und Team Stronach sind es nur 1% bzw. 2%. Die ÖVP weist gar kein  $Wir_{1,3}$  auf.

Der Anteil des nationalen Wir,  $Wir_{1,2}$ , ist bei SPÖ und Grünen nur 11%, bei der ÖVP 21%. Deutlichen Österreich-Bezug haben die NEOS (34%), Team Stronach (38%) und die FPÖ (42%).

Stärker auf die eigene Partei bezugnehmend sind die Parteiprogramme von ÖVP, SPÖ und den Grünen (79-87%). FPÖ, NEOS und Team Stronach haben etwa einen Zweidrittelanteil des kollektiven Wir ( $Wir_{1,1}$ ) am Gesamt-Wir-Vorkommen. Insgesamt hat das  $Wir_{1,1}$  bei allen Parteien die eindeutige Mehrheit.

### 3.3.4 Experiment zur intuitiven Textbeurteilung

Im Zuge des Proseminars „Sprache in der Politik – Politik in der Sprache“ geleitet von Dr. Peter Ernst und Mag. Dr. Sorin Gadeanu wurde von mir ein kleines Experiment zur intuitiven Textbeurteilung durchgeführt. Dafür wurden fünf Ausschnitte aus dem Gesundheitskapitel (immer der erste Satz) auf Zettel ausgedruckt und an der Tafel angebracht. Die TeilnehmerInnen des Seminars bekamen fünf Aufkleber in den Farben der (zu diesem Zeitpunkt bestehenden) fünf Parlamentsparteien und sollten die Ausschnitten den Parteien zuordnen. Es kam dabei zu einer sehr hohen Verwechslungsrate, was auf das Vorhandensein von vermeintlichen Fahnenwörtern (z.B. das Wort *Gentechnik* im Parteiprogramm der FPÖ, das viele dazu verleitete, es den Grünen zuzuordnen) zurückzuführen war. Außerdem konnte der menschliche „Herdentrieb“, die Gruppendynamik, nicht ausgeschaltet werden, soll heißen: Die Entscheidung wurde beeinflusst von den bereits zugeordneten Aufklebern. Aus diesem Grund soll das Experiment hier in abgewandelter Form wiederholt werden. Es sollen diesmal Textausschnitte gewählt werden, welche die Sprache der jeweiligen Partei wirklich repräsentieren. Zudem wird darauf zu achten sein, dass es keine Fahnenwörter und generell keine inhaltlichen Eindeutigkeiten gibt.

Es werden daher Textausschnitte ausgesucht, die syntaktisch und auf der Wort-Ebene typisch für eine Partei sind, wie in der Analyse oben hergeleitet werden konnte, aber keine sofortige Zuordnung erlauben, wie z.B. das Vorkommen des Schlagwortes *Ausländer* oder die Wortneuschöpfung *Fairteilen*, beides Beispiele für Worte, die jeweils nur in einem bzw. zwei der Parteiprogramme zu finden sind (in jenem der FPÖ und der ÖVP, bzw. dem der Grünen).

Das Experiment dient in dieser Arbeit nur dazu, zu überprüfen, ob objektiv messbare Unterschiede auch subjektiv nachempfunden werden können. Es könnte selbstverständlich eine ganze Diplomarbeit auf diesem Experiment aufgebaut werden, als Grundlage müssten dann jedoch perzeptionslinguistische Überlegungen angestellt und auch die Fragestellung stärker in diese Richtung gelenkt werden.

Die ProbandInnen, denen der Fragebogen zugesandt wurde, kamen zu einem Großteil aus dem universitären Bereich, also StudentInnen, LehrerInnen etc. Es handelte sich dabei sowohl um Germanistik-, als auch um StudentInnen bzw. AbsolventInnen anderer Fakultäten und Universitäten. Außerdem wurde der Fragebogen im Bekanntenkreis der Autorin ausgesandt, in dem der Großteil einen Maturaabschluss hat. Höhere Bildung war jedoch keine grundlegende Bedingung für das Ausfüllen des Fragebogens, einzige Vor-

aussetzung war durchschnittliches politisches Wissen über die Parteienlandschaft in Österreich.

### 3.3.4.1 Fragebogendesign

Die Zitate für den Fragebogen wurden wie folgt ausgewählt: Sie sollten sowohl auf Satz- als auch auf Wortebene den „typischen“ Sprachgebrauch der jeweiligen Partei wieder spiegeln. Auf der anderen Seite mussten sie in ihrer Länge so gewählt werden, dass eine nicht übermäßig interessierte Person den Ausschnitt dennoch zur Gänze lesen würde. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, dass nach Möglichkeit keine Fahrenwörter in den jeweiligen Ausschnitten vorkamen, da diese eine vorschnelle und vor allem inhaltlich motivierte Zuordnung provozieren würden. Um einen einheitlichen Umfang zu garantieren, wurden die Ausschnitte in der Wort- und nicht in der Satzanzahl begrenzt, da wie bereits gezeigt werden konnte, die Satzlängen recht stark variieren. Pro Partei wurden es zwei Textausschnitte in der Länge von 90 Wörtern +/- 15% ausgewählt, es standen immer alle sechs Parteien als mögliche Antwort zur Auswahl. Sofern die Parteien sich in den Ausschnitten selbst nannten, wurde dieser Bezug anonymisiert. Außerdem wurde die Rechtschreibung der älteren Parteiprogramme aktualisiert, das betrifft vor allem die ß-ss-Schreibung.

ÖVP: Weist vor allem HS-Strukturen auf, bei den Sprachhandlungen überwiegt die Forderung, vor allem mit dem Satzmuster  $F_2$  „muss“, Versprechen werden vor allem im Satzmuster  $V_4$  „wir wollen“ realisiert.

#### Textausschnitt 1:

*Unserem Menschenbild entsprechend trägt jeder Mensch für sein Handeln persönliche Verantwortung. [...] In Zukunft werden die Probleme der modernen Gesellschaft dann lösbar sein, wenn jeder seine Verantwortung im privaten Bereich und im Beruf, aber auch als Bürger und Politiker im Staat wahrnimmt. Politik muss die Übernahme und Ausübung von Verantwortung fördern und jeder Tendenz zum Abschieben von Verantwortung auf anonyme Institutionen entgegenwirken. [...]*

*Der Staat muss seine Organisationsform ständig kritisch überprüfen, regelmäßig verbessern und modernisieren und seine Aufgaben laufend hinterfragen. Wo öffentliche Aufgaben durch Private und durch freie Dienstleistungsträger ebenso gut oder besser erfüllt werden können, sollen diese vom Staat abgetreten werden.<sup>137</sup> (102 Wörter)*

<sup>137</sup> Parteiprogramm ÖVP, S. 6-10. [PP1] [PP+Zahl ist die Nummer der Frage im Fragebogen, Anm. H.S.]

Textausschnitt 2:

*Wir wollen die demokratische Entwicklung auch innerhalb der Europäischen Union vorantreiben.*

*Die Selbstverwaltung ist eine demokratische Einrichtung des Rechtsstaates, die sich ständig ihrer Legitimation versichern muss. Wir bekennen uns zur gesetzlich verankerten beruflichen Selbstverwaltung in den Kammern und Verbänden. Die Sozialpartnerschaft ist für uns ein wesentliches Element der partnerschaftlichen Konfliktaustragung in der Gesellschaft. [...]*

*Wir treten dafür ein, dass Rechtsbrüche rasch und konsequent geahndet werden. Jahrelange Justizverfahren untergraben das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Rechtsverletzung und Strafe müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Strafrecht muss bewährten Rechtstraditionen ebenso wie sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und Wertvorstellungen Rechnung tragen.<sup>138</sup> (101 Wörter)*

SPÖ: Weist mehr HS-NS Strukturen auf, etwa gleich viel fordern wie versprechen, wobei Forderungen im Satzmuster F<sub>2</sub> „muss“ und Versprechen im Satzmuster V<sub>4</sub> „wir wollen“ oder V<sub>9</sub> „treten ein für“ realisiert werden sollen. Die Verwendung von Semikolons ist ebenfalls typisch für das Parteiprogramm der SPÖ.

Textausschnitt 1:

(4) *Wissenschaft und Forschung müssen auch den geistigen und sozialen Fortschritt zum Ziel haben. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Veränderungen muss ein Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik sein. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass die Menschenwürde gewahrt wird, sowie Risiken für Gesundheit und Umwelt vorzubeugen; strenge Vorsorge- und Haftungsregeln sind deshalb unverzichtbar.*

(5) *[...] Wir wollen die verstärkte Zusammenarbeit in diesem Bereich auf internationaler Ebene sowie die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft besonders unterstützen. Wir wollen Forschung und Technologieentwicklung in allen zukunftsorientierten Bereichen intensivieren und ihren betriebsübergreifenden und grenzüberschreitenden Austausch auf der Ebene der Betriebe unterstützen. Anreize dafür zu schaffen, ist zentrale Aufgabe der Technologiepolitik.<sup>139</sup> (102 Wörter)*

Textausschnitt 2:

<sup>138</sup> Parteiprogramm ÖVP, S. 10-12. [PP11]

<sup>139</sup> Parteiprogramm SPÖ, S. 11. [PP12]

(13) *Menschen, die im hohen Alter krank sind und leiden, haben ein Recht auf menschenwürdige Betreuung. An ihren körperlichen und seelischen Bedürfnissen orientierte und erschwingliche Formen der Pflege wollen wir für sie gewährleisten, wobei sich die Pflege daheim, ambulante Formen der Betreuung und stationäre Einrichtungen ergänzen.*

[...]

(2) *Demokratie ist die einzig menschliche und humane Form der Organisation des Zusammenlebens der Menschen, aber sie ist empfindlich und verletzbar. Sie muss daher gewollt, verteidigt und weiterentwickelt werden.<sup>140</sup> (77 Wörter)*

Die Grünen: Generell überwiegt der Anteil an Aussagesätzen, wobei die Satzstruktur HS-SIP öfter vorkommt, als bei anderen Parteien. Es wird sehr wenig versprochen, die Forderungen hingegen nehmen ein Drittel ein und werden in fünf verschiedenen Satzmustern realisiert, es gibt also keine eindeutige Vorliebe für ein Satzmuster.

Textausschnitt 1:

*Eine Gesellschaft, die nicht ständig neue Wege sucht, um ihre Probleme zu lösen, fällt zurück. Ziel von Forschung und Entwicklung ist es, nicht nur unsere Welt besser zu verstehen, sondern auch einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Menschen und zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft zu leisten. Forschung und Entwicklung bedürfen daher des ständigen Dialogs mit der Gesellschaft und ihren Interessen. Freiheit des Denkens und Lehrens zählt zu den verbrieften Grundrechten. Anwendung und Umsetzung von Forschungsergebnissen in der täglichen Praxis erfordert jedoch Reflexion und Folgenabschätzungen, zu denen sich verantwortungsbewusste Forschung wie Politik verpflichten müssen. Die Transparenz und Objektivität solcher Prozesse zu gewährleisten ist Aufgabe der Politik und ihrer Gesetzgebung.<sup>141</sup> (109 Wörter)*

Textausschnitt 2:

*[Wir Grüne] gehen davon aus, dass Menschen von ihrer Erwerbsarbeit angemessen und selbstbestimmt leben können müssen. Formen von Teilzeitarbeit oder stundenweiser Arbeit sind nur dann zu begrüßen, wenn sie vom/von der Arbeitnehmer/in selbstbestimmt festgelegt werden können.*

<sup>140</sup> Parteiprogramm SPÖ, S. 18. [PP5]

<sup>141</sup> Parteiprogramm Die Grünen, S. 44. [PP6]

*Für Menschen mit Kindern bis zum 10. Lebensjahr soll es das Recht auf Teilzeitarbeit mit späterem Rückkehrrecht zur vollen Erwerbstätigkeit geben. Außerdem sind die Instrumente von Teilzeitkarenz und Teilzeitpension auszubauen.*

*Durchrechnungsmodelle von Erwerbsarbeitszeit können zusätzliche Freiräume öffnen. Allerdings ist darauf zu achten, dass diese Modelle nicht bloß dazu führen, die saisonalen Auftragsschwankungen von Unternehmen auszugleichen. Daher müssen sie mit gewissen wöchentlichen und täglichen Arbeitszeitgrenzen verknüpft werden.<sup>142</sup> (102 Wörter)*

FPÖ: Zeigt überwiegend HS-Strukturen auf: Die Sprachhandlung *bekennen* ist ungleich stärker vertreten als bei anderen Parteien. Forderungen werden im Satzmuster  $F_8$  *hat+zu+Infinitiv* realisiert, Versprechen hingegen entweder mit einer Zielformulierung ( $V_{12}$ ), oder mit dem Satzmuster  $V_9$  *wir treten dafür ein/ein für*.

Textausschnitt 1:

*Wir bekennen uns zu einem Rechts- und Sozialstaat, in dem Recht und Ordnung sowie soziale Verantwortung das Zusammenleben prägen.*

*Wir bekennen uns zu den demokratischen, rechtsstaatlichen, republikanischen, gewaltenteilenden und bundesstaatlichen Verfassungsprinzipien, zum Respekt vor dem Leben und der Menschenwürde sowie zu den liberalen Grundfreiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit.*

*Wir bekennen uns zum Ausbau der direkten Demokratie, zu einem freien, geheimen, gleichen, persönlichen und unmittelbaren Verhältniswahlrecht und zu Mediengesetzen, die Monopole und Manipulationen der öffentlichen Meinung verhindern.<sup>143</sup> (77 Wörter)*

Textausschnitt 2:

*Das Schul- und Bildungswesen hat auf die Vielfalt der geistigen Anlagen und Interessen der Menschen Rücksicht zu nehmen, diesen zu entsprechen und sich jeder ideologischen Bevormundung zu enthalten.*

[...]

*Wir bekennen uns zu einer freien Entwicklung der Wissenschaft im Rahmen des Gemeinwohls.*

<sup>142</sup> Parteiprogramm Die Grünen, S. 39. [PP2]

<sup>143</sup> Parteiprogramm FPÖ, S. 7. [PP10]

*Die Wissenschaft beruht auf der Einheit von Forschung und Lehre, dient ausschließlich der Wahrheitsfindung und bedarf weder einer sachfremden Bevormundung, noch einer vermeintlich volkspädagogischen Ausrichtung oder Rücksichtnahme. Der Staat hat sich ideologischen Eingriffen in die Autonomie der Wissenschaften zu enthalten.<sup>144</sup> (82 Wörter)*

Team Stronach: Hat die meisten HS-NS-SIP Strukturen unter allen Parteien, abgesehen davon aber auch einen hohen Anteil an HS-NS Strukturen. Der Anteil der Aussagesätze überwiegt, nur ein Drittel entfällt auf Versprechen und Forderungen gemeinsam. Wenn dennoch etwas versprochen wird, so mit dem Satzmuster  $V_4$  (*wir*) *wollen*. Forderungen hingegen, so wie bei ÖVP und SPÖ mit dem Satzmuster  $F_2$  *muss* + *Infinitiv*. Der Einsatz von Ausrufezeichen kann als Unikum des Team Stronach gelten.

Textausschnitt 1:

*Unser Programm entspricht sozialökonomischen Grundsätzen. Sie sind die Grundlage für unser Handeln. Unser wirtschaftliches Credo lautet - Wohlstand schaffen statt Wohlstand umverteilen und verwässern! Wir wollen dabei jene Menschen unterstützen, die sich aus irgendeinem Grund selbst nicht helfen können, aber man muss verstehen: Man muss erst etwas schaffen, bevor man etwas verteilen kann.<sup>145</sup>*

*Wir wollen, dass der Rechnungshof alle Mittel und Befugnisse bekommt, damit er seinem Auftrag, zu prüfen und zu beraten, auch nachkommen kann. Der Rechnungshof muss zu einem verlängerten Arm der Steuerzahler werden, der überall dort eingreifen kann, wo es notwendig ist. Aus diesem Grund befürworten wir die direkte Wahl des Rechnungshofvorstandes durch das Volk. Macht braucht Kontrolle, und Kontrolle muss unabhängig sein, insbesondere von politischer Einflussnahme.<sup>146</sup> (121 Wörter)*

Textausschnitt 2:

*Ein weiteres großes Ziel für uns ist die Entpolitisierung der Vereine und Verbände. Der parteipolitische Einfluss ist ein großer Hemmschuh, der endlich abgelegt werden muss. Weiters ist es uns auch im Sport ein Anliegen, dass Fördergelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Auch hier sollen – vergleichbar zur Kultur – Sponsorgelder, die Non-Profit-Vereinen mit ordentlicher Buchführung zugute kommen, steuerfrei sein.*

[...]

<sup>144</sup> Parteiprogramm FPÖ, S. 12. [PP9]

<sup>145</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 13. [PP7]

<sup>146</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 18. [PP7]



*Sport ist ein Gesundheitsgarant für die Gesellschaft und Aushängeschild eines Landes! Sport ist eine Charakterschule. Durchsetzungskraft, Fairness und Ausdauer sind nur einige der Fähigkeiten, die durch sportliche Betätigung gefördert werden.*<sup>147</sup> (90 Wörter)

NEOS: Das Parteiprogramm der NEOS verfügt über oft unkonventionelle sprachliche Elemente, vor allem durch die Vorliebe für Infinitiv-Konstruktionen. Dadurch ergibt sich auch bei den Sprachhandlungen ein interessantes Bild, dass nämlich die beliebtesten Satzmuster jene sind, bei denen man sich das Verb und meist auch das Subjekt (z.B. *(wir) wollen*) hinzudenken muss, also die „Nullsatzmuster“ F<sub>27</sub> bzw. V<sub>25</sub> „Ø“.

#### Textausschnitt 1:

*Steuern und Abgaben sollen als gerecht empfunden werden, um einerseits Leistungsanreize zu geben, andererseits Abgabenhinterziehung zu stoppen. Sie sollen einfach und transparent sein, sodass der Verwaltungsaufwand für alle Seiten möglichst gering ist und die Bürger sehen, was ihnen wofür abgezogen wird.*

##### 1. Einfach

- *Reduktion der bestehenden sieben Einkunftsarten auf drei: Einkünfte aus selbstständiger, unselbstständiger und sonstiger Tätigkeit*
- *Reduktion der Steuerarten*
- *Integration der Sechstelbegünstigung (13. und 14.) in den Lohnsteuertarif*
- *Einheitliche Berechnungsbasis für alle lohnbezogenen Abgaben, mit Höchstsatz für jede Abgabe*<sup>148</sup> (84 Wörter)

#### Textausschnitt 2:

*Der Großteil der Betriebe in Österreich ist klein(st)strukturiert und oft außerhalb der Ballungsräume angesiedelt. Wir unterstützen Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung dieser Struktur und der Lebensqualität der Bevölkerung am Land dienen:*

- *Begrenzung der maximal zulässigen Gewerbefläche bzw. Verkaufsfläche außerhalb des Ortsgebietes*
- *Umwidmungsabgabe (an Bund) bei Errichtung von Einkaufszentren außerhalb von Wohngebieten*

<sup>147</sup> Parteiprogramm Team Stronach, S. 40. [PP4]

<sup>148</sup> Parteiprogramm NEOS, S. 28. [PP3]

- *Betriebe in Orten mit weniger als 7.000 Einwohnern zahlen keine Kommunalsteuer; Ort erhält Regionalförderabgabe aus „Gemeindeausgleich“ von größeren Gemeinden*
- *Nahverkehr verbessern*
- *Pendlerpauschale abschaffen*
- *Ausbau regionaler Kompetenz-Cluster z. B. rund um Universitäten oder FHs forcieren (Leoben Kunststoff, Salzburg – Holz, Vorarlberg – Architektur/Passivhäuser)*
- *Unterstützung für KMUS bei deren Exportbemühungen<sup>149</sup> (103 Wörter)*

Die ProbandInnen wurden gebeten, jeden Textausschnitt einer Partei zuzuordnen. Erst nach Beantwortung bzw. Zuordnung der Ausschnitte konnte mit dem Test fortgefahren werden. Es wurde im Fragebogen darauf hingewiesen, dass es nicht Sinn des Experiments war, die richtige Antwort zu finden und die Textstellen eventuell nebenbei nachzulesen. Ob dies dennoch geschah, konnte leider nicht überprüft werden, aufgrund der hohen Fehlerquote und der durchschnittlich kurzen Zeitaufwand, der pro Frage benötigt wurde, liegt die Vermutung nahe, dass die meisten TeilnehmerInnen wirklich nur ihrem Gefühl gefolgt sind und keine fremden Hilfsmittel für die Zuordnung herangezogen haben.

---

<sup>149</sup> Parteiprogramm NEOS, S. 33. [PP8]

	T1 ÖVP	T2 ÖVP	T2 SPÖ	T1 SPÖ	T1 GRÜNE	T2 GRÜNE	T2 FPÖ	T1 FPÖ	T2 TEAM STRONACH	T1 TEAM STRONACH	T1 NEOS	T2 NEOS	Zeilen- summe	Soll- wert
ÖVP	52	43	24	54	22	18	15	9	4	24	24	56	345	336
SPÖ	15	58	67	23	24	82	34	28	6	16	26	16	395	336
GRÜNE	1	29	9	4	6	2	18	73	50	38	18	16	264	336
FPÖ	13	8	54	44	63	42	54	13	36	14	12	46	399	336
TEAM STRONACH	21	13	5	18	9	10	5	12	46	43	36	14	232	336
NEOS	66	17	9	25	44	14	42	33	26	33	52	20	381	336
Spaltensumme	168	168	168	168	168	168	168	168	168	168	168	168		
Richtige Zuordnung	31%	26%	40%	14%	4%	1%	32%	8%	27%	26%	31%	12%		

Tabelle 5: Auswertung des Onlinefragebogens mit Hervorhebungen der typischsten Verwechslungen

### 3.3.4.2 Auswertung

In den sechs Tagen, die der Fragebogen online war, wurde er ca. 220-mal gestartet. 168 valide Datensätze konnten dadurch lukriert werden, unvollständig ausgefüllte Fragebögen wurden nicht in die Auswertung miteinbezogen. Die Übereinstimmung zwischen Textausschnitt und Partei wurde für jede Frage einzeln ausgewertet. Hier zeigt sich, dass die Textausschnitte in ihrer Wirkungen recht unterschiedlich waren, denn die Zahlen zwischen Textausschnitt 1 und 2 variieren teilweise recht stark (z.B. bei der SPÖ vgl. Tabelle 5).

Die Auswahl der Texte war insofern treffend, als eine vorschnelle inhaltliche Zuordnung in Hinblick auf die Ergebnisse offensichtlich nicht möglich war. Von einigen TeilnehmerInnen bekam ich die Rückmeldung, dass es sehr schwer gewesen war, die Textausschnitte eindeutig zuzuordnen, d.h. sie hatten zwar eine Tendenz feststellen können, welcher politischen Richtung sie den Text zuordnen sollten (rechter oder linker Flügel), waren aber trotzdem bis zum Schluss nicht sicher, welcher Partei sie den Ausschnitt konkret zuordnen sollten. Dies erklärt allerdings nicht, warum z.B. die Grünen so oft mit der FPÖ verwechselt wurden. Zudem waren trotz der Vorkehrungen, die dies erschweren sollten immer auch inhaltliche Kriterien die Basis, auf der die TeilnehmerInnen sich für die eine oder die andere Partei entschieden.

An den Zeilensummen zeigt sich, dass einige Parteien öfter zugeordnet wurden als andere, d.h. dass die TeilnehmerInnen einer Partei mehr und einer anderen weniger als zwei Textausschnitte zugeordnet hatten, eventuell war dies in der Einleitung des Experiments nicht klar genug formuliert worden. Eine Mehrfachzuordnung war zudem durch das Fragebogendesign begünstigt, um Zuordnungen nach dem Ausschlussverfahren nicht zu ermöglichen.

In der Tabelle ist mit der gelben Umrandung jeweils die Übereinstimmung zwischen Textausschnitt und Partei gekennzeichnet, die rot hervorgehobenen Felder zeigen an, wenn ein Textausschnitt einer weiteren (d.h. falschen) Partei recht oft, oder gänzlich einer anderen Partei zugeordnet wurde.

Am eindeutigsten zugeordnet werden konnte der zweite Textausschnitt der SPÖ mit einer Übereinstimmungsquote von 40%. Drei Textausschnitte konnten von etwa einem Drittel der TeilnehmerInnen richtig zugeordnet werden: Textausschnitt 1 der ÖVP und NEOS und Textausschnitt 2 der FPÖ. Ebenfalls drei Textausschnitte wurden von einem Viertel der TeilnehmerInnen richtig identifiziert: Textausschnitt 2 der ÖVP und Textausschnitt 1 und 2 des Team Stronach. Die übrigen Textausschnitte waren anscheinend schwieriger zuzuordnen und überstiegen nicht die 20% Marke.

In der Folge soll ein Blick auf die Verwechslungsstatistik geworfen werden. Diese veranschaulicht, welche Partei am Häufigsten mit einer anderen verwechselt wurde:

<b>Verwechslungsstatistik</b>	
T1 ÖVP mit NEOS	39%
T2 ÖVP mit SPÖ	35%
T2 SPÖ mit FPÖ	32%
T1 SPÖ mit ÖVP	32%
T1 Grüne mit FPÖ	38%
T2 Grüne mit SPÖ	49%
T2 FPÖ mit NEOS	25%
T1 FPÖ mit Grünen	43%
T1 Team Stronach mit Grünen	30%
T2 Team Stronach mit Grünen	23%
T1 NEOS mit Team Stronach	21%
T2 NEOS mit ÖVP	27%

**Tabelle 6: Verwechslungsstatistik, jeweils höchste bzw., bei tendenziell richtiger Zuordnung, zweithöchste Werte.**

In der Verwechslung sind die Werte teilweise höher als in der richtigen Zuordnung, so z.B. T2<sup>150</sup> der Grünen, der fast von der Hälfte der TeilnehmerInnen der SPÖ zugeordnet wurde. Interessant zu sehen ist hier aber, dass die Verwechslung oft in beide Richtun-

<sup>150</sup> T2 = Textausschnitt 2

gen stattfand, also die Grünen mit der FPÖ, die FPÖ aber auch mit den Grünen verwechselt wurde. Gleiches gilt für ÖVP und NEOS sowie ÖVP und SPÖ. Wobei die Verwechslung von ÖVP und NEOS parteipolitisch gesehen sicher weniger überrascht als jene von FPÖ und Grünen. Interessant ist, dass hier die sprachlichen Besonderheiten anscheinend überhaupt nicht zu tragen kamen, denn wie oben hergeleitet werden konnte, sticht das Parteiprogramm der NEOS sprachlich ja sehr stark sprachlich heraus, auch im Vergleich mit jenem der ÖVP.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Zuordnung der Textausschnitte zu den Parteien nicht eindeutig möglich ist. Das kann zum einen an den ausgewählten Textausschnitten liegen: Es kann schließlich nicht nachvollzogen werden, welche Assoziationen diese bei den einzelnen LeserInnen hervorrufen. Auf der anderen Seite kann die blinde Zuordnung von Textausschnitten zu einem/r AutorIn bzw. Partei mit dem blinden Zuordnen eines Musikstückes zu einem/r KomponistIn verglichen werden. Man kann dem Gefühl folgen und irgendeine/n KomponistIn nennen, der/die einem/einer gerade in den Sinn kommt, oder aber man kann mit musikgeschichtlichem und -theoretischem Wissen herleiten, warum dieses Stück zu einem/r bestimmten KomponistIn gehören muss. In diesem Fall bildet die vorliegende Arbeit sozusagen die musiktheoretische Analyse, die die Musikstücke untersuchte und dann typische Ausschnitte zur Zuordnung freigab. Ohne das Fachwissen aus der Analyse funktioniert diese jedoch nicht. Das ad-hoc-Wissen über die Parteien, also Klischees, Vorurteile und Zuschreibungen, die jede/r TeilnehmerIn im Kopf hatte, reichen offensichtlich nicht, um Textausschnitte, die nach Möglichkeit frei von inhaltlichen Eindeutigkeiten, die Klischees hervorgerufen hätten, sind, einer Partei eindeutig zuordnen zu können.



## 4 Resümee

Als großes Manko für die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit muss das Alter der verwendeten Literatur aufgezeigt werden. Der Großteil davon stammt aus den späten sechziger bis siebziger Jahren. Vor allem konkrete linguistische Analysen von politischen Texten oder Parteiprogrammen sind sehr rar gesät. Der Vorteil, der daraus erwächst ist dafür jener, dass die Untersuchungskriterien für die vorliegende Arbeit sehr frei gewählt werden konnten. Mit dieser Arbeit wird nun zumindest eine Lücke geschlossen, nämlich die der durchgängigen linguistischen Untersuchung der aktuellen österreichischen Parteiprogramme.

Es konnte anhand der gewählten Kriterien gezeigt werden, dass es einen parteitypischen Sprachgebrauch gibt und damit der erste Teil der eingangs aufgestellten These bestätigt werden. Dieser Unterschied ist jedoch so spezifisch bzw. so wenig charakteristisch oder programmatisch, dass eine Zuordnung durch sprachwissenschaftliche Laien nicht möglich ist. Das vage Gefühl, dass jede Partei einen eigenen Sprachgebrauch besitzt, ist zwar vorhanden, jedoch ist es von da noch einmal ein weiter Weg zur Identifizierung von anonymisierten Textausschnitten ohne inhaltliche Hilfsmittel und ohne das Wissen, was denn auf der sprachlichen Ebene für eine Partei typisch sein mag für eine Partei. Das Experiment wurde an perzeptionslinguistische Methoden angelehnt, allerdings sind die sprachlichen Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen offensichtlich weniger eindeutig, als dies z.B. bei Dialekten der Fall ist. Zudem wurde in dieser Untersuchung auf die augenfälligste Unterscheidungsmöglichkeit verzichtet, nämlich die der Schlagwörter. Anhand dieser wäre es für die ProbandInnen sicher leichter möglich gewesen, die Parteien zuzuordnen. Da sich diese Untersuchung aber der Analyse der sprachlichen Besonderheiten der Parteiprogramme abseits der Schlagwortsuche verschrieben hat, muss auch das Ergebnis als solches akzeptiert werden. Die Untersuchung der Parteiprogramme auf Schlagwörter, Fremdwörter und Neologismen muss zukünftigen Arbeiten vorbehalten bleiben.

Eine Weiterarbeit an den sprachlichen Besonderheiten der österreichischen Parteiprogramme böte sich in jedem Fall an. Während der Recherchen für die Primärliteratur tauchte ein Dokument auf, anhand dessen die Genese des Parteiprogramms der SPÖ aus den 1970er Jahren nachverfolgt werden kann. Darin finden sich alle konkret formulierten Änderungsvorschläge aus sämtlichen SPÖ Bezirks- und Landesverbänden. Hier könnte im Rahmen einer vertiefenden Arbeit genauer untersucht werden, welche Formu-

lierung am Ende aus welchen Gründen gewonnen hat. Zusätzlich müssten allerdings auch die damaligen Sitzungsprotokolle miteinbezogen werden.

Anbieten würde sich eine diachrone Untersuchung der Parteiprogramme auf Grundlage der hier verwendeten Methoden, wobei dann nur noch die Parteiprogramme der länger existierenden Parteien untersucht werden könnten.

Ebenfalls ergiebig wäre eine genaue Untersuchung der Parteiprogramme von ÖVP und SPÖ auf inhaltlicher Ebene, in der aktuelle politische Debatten (z.B. Gesamtschule/Ganztagschule) mit berücksichtigt werden. Diese Untersuchung würde dann freilich sehr stark auf inhaltlicher Ebene stattfinden und müsste zudem politologisch fundiert sein.

Zur generellen Frage der Unterscheidung von Bundesdeutsch und österreichischem Deutsch könnte ein Vergleich der Grundsatzprogramme der Großparteien von Österreich und Deutschland (ÖVP-SPÖ vs. CDU/CSU-SPD) vorgenommen werden.

Diese Arbeit bietet jedenfalls die Basis dafür, sich weiter sowohl auf quantitativer als auch als qualitativer Ebene mit den Parteiprogrammen im deutschen Sprachraum zu beschäftigen.

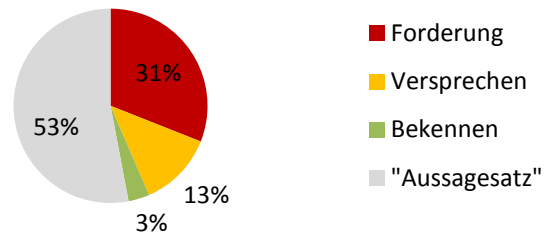
Um eine Weiterarbeit an diesem Thema zu erleichtern und die Ergebnisse noch für jede Partei einmal übersichtlich darzustellen, sollen die anschließenden kurzen Steckbriefe mit den sprachlichen Besonderheiten jedes Parteiprogramms als anschauliche Zusammenfassung dienen.



## 4.1 „Steckbriefe“ der sprachlichen Besonderheiten der Parteiprogramme

### Parteiprogramm der ÖVP

Verhältnis der Sprachhandlungen



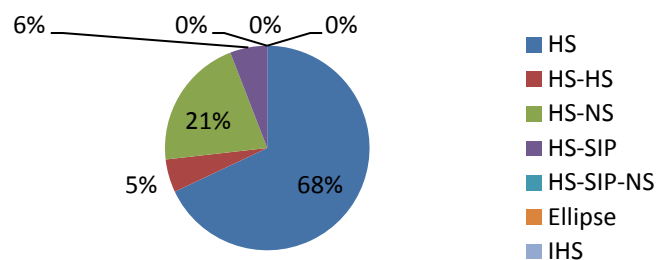
Beliebtestes Satzmuster für Forderungen

F<sub>2</sub>...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv (54/27%)<sup>151</sup>

Beliebtestes Satzmuster für Versprechen

V<sub>4</sub>...(wir) wollen (37/45%)

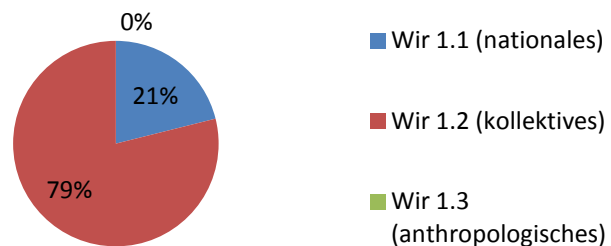
Verhältnis der Satzstrukturen



Durchschnittliche Wortanzahl / Satz

17 Wörter

Wir-Verwendung



Besonderheiten auf Ebene der Satzzeichen

keine

Gendering

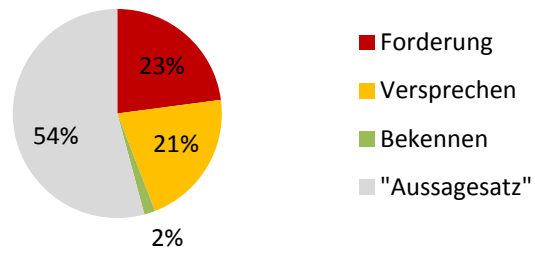
Bürger (nur im ersten Abschnitt: Bürgerinnen und Bürger)

Layout-Koeffizient 0,93

<sup>151</sup> Die linke Zahl der Klammer zeigt die absolute Zahl des Vorkommens des Satzmusters, die rechte den relativen Anteil an allen Satzmustern.

## Parteiprogramm der SPÖ

Verhältnis der Sprachhandlungen



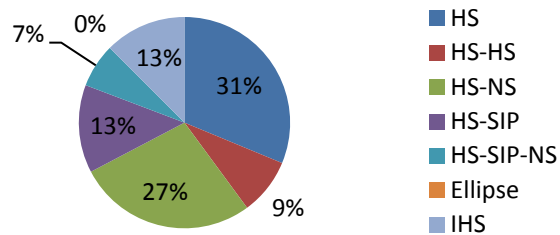
Beliebtestes Satz-muster für Forde-rungen

F<sub>2</sub>...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv (53/36%)

Beliebtestes Satz-muster für Verspre-chen

V<sub>9</sub>...wir treten dafür ein / ein für (47/34%)

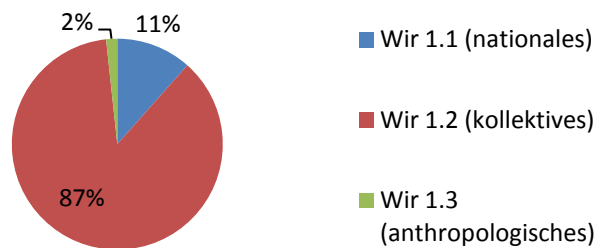
Verhältnis der Satz-strukturen



Durchschnittliche Wortanzahl / Satz

20,9 Wörter

Wir-Verwendung



Besonderheiten auf Ebene der Satzzei-chen

Häufiger Einsatz von Semikolons

Gendering

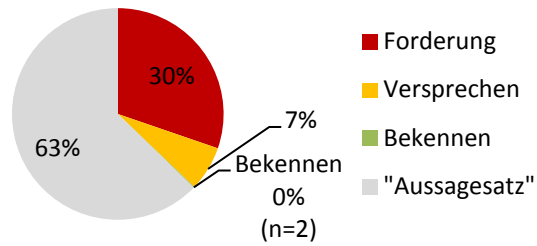
Bürgerinnen und Bürger

Layout-Koeffizient

0,97

## Parteiprogramm Der Grünen

Verhältnis der Sprachhandlungen



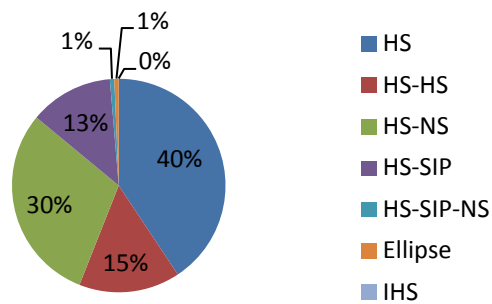
Beliebtestes Satz-muster für Forde-rungen

F<sub>2</sub>...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv (63/14%)

Beliebtestes Satz-muster für Verspre-chen

V<sub>9</sub>...wir treten dafür ein / ein für (30/31%)

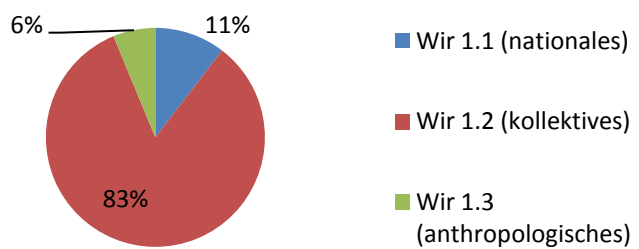
Verhältnis der Satz-strukturen



Durchschnittliche Wortanzahl / Satz

19,5 Wörter

Wir Verwendung



Besonderheiten auf Ebene der Satzzeichen

Fragezeichen (2)

Gendering

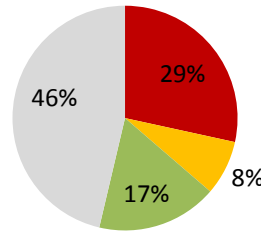
BürgerInnen (Binnen i)

Layout-Koeffizient

0,82

## Parteiprogramm der FPÖ

Verhältnis der Sprachhandlungen



- Forderung
- Versprechen
- Bekennen
- "Aussagesatz"

Beliebtestes Satz-  
muster für Forde-  
rungen

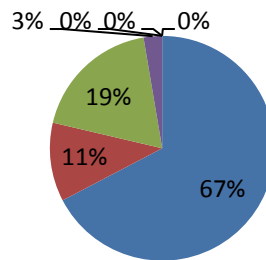
F<sub>8</sub>...hat + zu + Infinitiv (15/28%)

Beliebtestes Satz-  
muster für Verspre-  
chen

V<sub>9</sub>...wir treten dafür ein / ein für (3/20%)

V<sub>12</sub>...unser Ziel ist / wir zielen darauf ab / es hat zum Ziel / Zielset-  
zungen sind (3/20%)

Verhältnis der Satz-  
strukturen

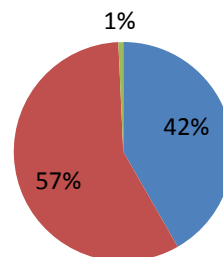


- HS
- HS-HS
- HS-NS
- HS-SIP
- HS-SIP-NS
- Ellipse
- IHS

Durchschnittliche  
Wortanzahl / Satz

18,1 Wörter

Wir-Verwendung



- Wir 1.1 (nationales)
- Wir 1.2 (kollektives)
- Wir 1.3 (anthropologisches)

Besonderheiten auf  
Ebene der Satzzei-  
chen

keine

Gendering

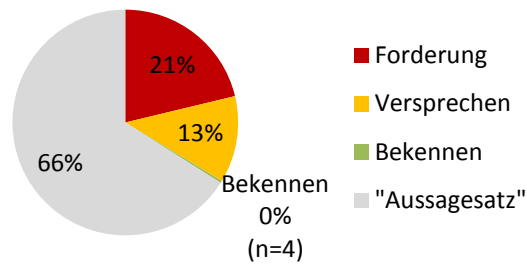
Bürger

Layout-Koeffizient

0,59

## Parteiprogramm des Team Stronach

Verhältnis der Sprachhandlungen



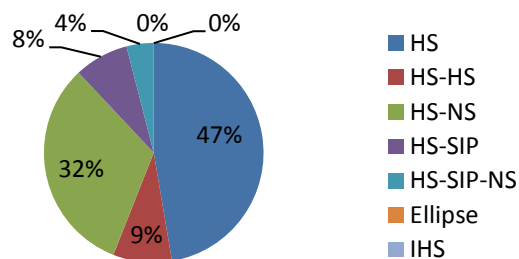
Beliebtestes Satz-muster für Forde-rungen

F<sub>2</sub>...muss + Infinitiv Aktiv / + Vollverb Passiv (72/26%)

Beliebtestes Satz-muster für Verspre-chen

V<sub>4</sub>...(wir) wollen (96/64%)

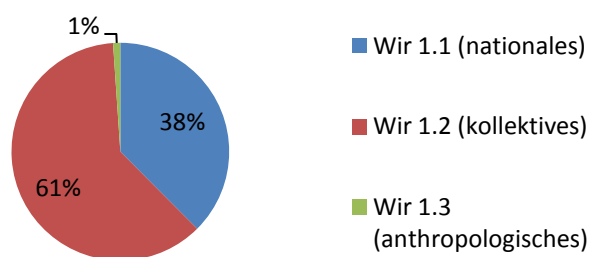
Verhältnis der Satzstrukturen



Durchschnittliche Wortanzahl / Satz

14,9 Wörter

Wir-Verwendung



Besonderheiten auf Ebene der Satzzei-chen

Ausrufezeichen (48) und Fragezeichen (4)

Gendering

Bürger<sup>152</sup>

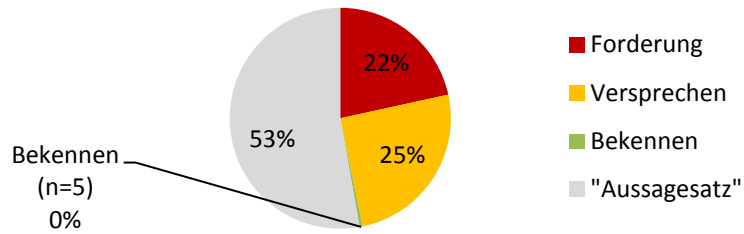
Layout-Koeffizient

0,67

<sup>152</sup> Auf der letzten Seite des Parteiprogramms befindet sich der Zusatz: „Da wir das Einfache dem Komplizierten immer vorziehen, verwenden wir Begriffe wie Bürger, Österreicher, Arbeitnehmer etc. in der geläufigen Form, meinen damit aber selbstverständlich immer Menschen beiderlei Geschlechts.“ (Parteiprogramm Team Stronach, S. 64)

## Parteiprogramm der NEOS

Verhältnis der Sprachhandlungen



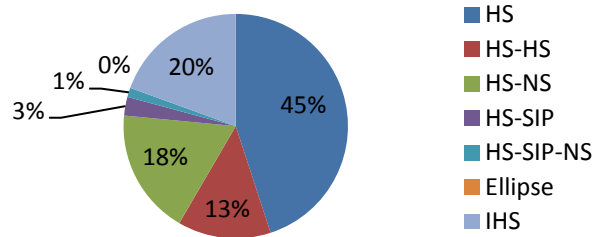
Beliebtestes Satz-muster für Forde-rungen

$F_{27...Ø}$  (89/38%)

Beliebtestes Satz-muster für Verspre-chen

$V_{25...Ø}$  (196/73%)

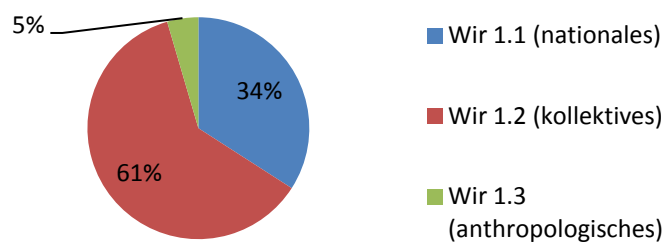
Verhältnis der Satzstrukturen



Durchschnittliche Wortanzahl / Satz

15,1 Wörter

Wir-Verwendung



Besonderheiten auf Ebene der Satzzeichen

Ausrufezeichen (7) und Fragezeichen (8)

Gendering

Bürger\_innen (Gender-Gap)

Layout-Koeffizient

0,61

## 5 Literaturverzeichnis

### Primärliteratur

„Salzburger Programm“ der ÖVP, beschlossen am 1.12.1972 auf dem ao. Bundesparteitag in Salzburg.

„Grundsatzprogramm“, beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) am 22. April 1995 in Wien.

SPÖ – „Das Grundsatzprogramm“ (1996).

„Grundsatzprogramm der Grünen“, beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz.

„Das Parteiprogramm der freiheitlichen Partei Österreichs“, mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg.

„Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ), beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz, „Österreich zuerst“.

NEOS, „Pläne für ein neues Österreich“, 25.1.2014.

Team Stronach, „Grundsatzprogramm“, Juli 2013.

### Sekundärliteratur

Brinker, Klaus. Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden. Berlin: Schmidt 1988.

Burkhardt, Armin: Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein, Josef / Diekmannshenke, Hajo (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin: de Gruyter 1996. (Sprache Politik Öffentlichkeit, 7), S. 75-100.

Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2003.

Czerny, Wilhelm F.: Parlament und Parteien. Wien/Köln/Weimar: Böhlau 1994.

Debus, Friedhelm: Entwicklungen der deutschen Sprache in der Gegenwart – und in der Zukunft? Stuttgart: Franz Steiner 1999. (Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse / Akademie der Wissenschaft und der Literatur, Jg. 1999, Nr. 2)

Dieckmann, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag 1969.

Duden, Das Fremdwörterbuch. Herausgegeben von der Dudenredaktion. Mannheim/Wien/Zürich: Dudenverlag<sup>9</sup> 2007. (Duden, 5).

- Duden, Die Grammatik. Herausgegeben von der Dudenredaktion. Mannheim/Wien/Zürich: Dudenverlag<sup>8</sup> 2009. (Duden, 4).
- Ebner, Regina: Der Umweltbegriff in Parteiprogrammen. Eine semantisch-pragmatische Analyse des Lexems „environnement“ in den Parteiprogrammen Frankreichs, Belgiens und der Schweiz. Diplomarbeit. Univ. Wien 1999.
- Felberbauer, Johannes: Wandel der Parteiensysteme Österreichs und Deutschlands. Diplomarbeit. Univ. Wien 2002.
- Flohr, Heiner: Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik. Göttingen: Otto Schwarz 1968. (Wissenschaft und Gesellschaft 4).
- Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Max Niemeyer 2002. (Germanistische Arbeithefte 39).
- Grünert, Horst: Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der ‚Paulskirche‘. Berlin/New York: de Gruyter 1974. (Studia Linguistica Germanica 10).
- Güttel, Wolfgang: Programmatische Innovationen und Parteienwettbewerb. Eine empirische Analyse der Wahlprogramme der österreichischen Parteien von 1983 bis 1995. Diplomarbeit. Univ. Wien 1997.
- Haß, Ulrike: Das Besetzen von Begriffen: Kommunikative Strategien und Gegenstrategien in der Umweltdiskussion. In: Liedtke, Frank / Wengeler, Martin / Böke, Karin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991, S. 330-337.
- Hermanns, Fritz: Deontische Tautologie. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms 1959 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 69-149.
- Hungerländer, Caroline: Fahnenwörter in den österreichischen Regierungserklärungen der zweiten Republik. Diplomarbeit. Univ. Wien 2013.
- Ickes, Andreas: Parteiprogramme. Sprachliche Gestalt und Textgebrauch. Darmstadt: Büchner 2008.
- Ickler, Theodor: Zur Semantik des politischen Schlagwortes (und anderer Wörter). In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 65/1990, S. 11-26.
- John, Gerald: „Die SPÖ schmort im eigenen Saft“. In: Der Standard. (10.3.2014), S. 3.
- John, Gerald: Mit Kröten und Krach'n zum neuen Programm. In: Der Standard. (10.3.2014), S. 2.
- Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag 1971.
- Klaus, Georg: Sprache der Politik. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1971.



- Klein, Josef: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 3-33.
- Klein, Josef: Politische Textsorten. In: Brinker, Klaus (Hg.): Aspekte der Textlinguistik. Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag 1991, S. 245-278.
- Klein, Josef: Insider Lesarten: Einige Regeln zur latenten Fachkommunikation in Parteiprogrammen. In: Klein, Josef / Diekmannshenke, Hajo (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin: de Gruyter 1996. (Sprache Politik Öffentlichkeit 7), S. 201-209.
- Klein, Josef: Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus u.a. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin / New York: de Gruyter 2000. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16.1), S. 732-755.
- Kuhn, Fritz: Begriffe besetzen. Anmerkungen zu einer Metapher aus der Welt der Machbarkeit. In: Liedtke, Frank / Wengeler, Martin / Böke, Karin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991, S. 90-110.
- Menz, Florian / Wodak, Ruth: Sprache in der Politik Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt: Drava 1990.
- Marx-Nordin, Signe: Studien zum Stil deutschsprachiger Parteiprogramme. Ein Beitrag zu einer syntaxorientierten Stilistik. Göteborg: Acta Univaersitatis Gothoburgensis 1979.
- Pelinka, Anton / Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends. Wien: Facultas<sup>3</sup> 2007.
- Searle, John R.: Ausdruck und Bedeutung. Untersuchungen zur Sprechakttheorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1982.
- Schmitz, Ulrich: Statistische Methoden in der Textlinguistik. In: Brinker, Klaus u.a. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin / New York: de Gruyter 2000. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16.1), S. 196-201.
- Schönbohm, Wulf: Funktion, Entstehung und Sprache von Parteiprogrammen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34-35. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: 1974, S. 17-37.
- Seidl, Conrad: Einen Tick links, einen Tick rechts der Mitte. In: Der Standard. (10.3.2014), S. 3.
- Straßner, Erich: Ideologie – SPRACHE – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs. Tübingen: Niemeyer 1987.
- Strauß, Gerhard: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezif. Tübingen: Gunter Narr 1986. (Forschungsberichte des Instituts für Deutsche Sprache Mannheim 60).

- Tillmann, Alexander: Ausgewählte Textsorten politischer Sprache. Eine linguistische Analyse parteilichen Sprechens. Göppingen: Kümmerle 1989.
- Volmert, Johannes: Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel. Ein integriertes Modell zur semantisch-pragmatischen Beschreibung öffentlicher Rede. München: Wilhelm Fink 1989.
- Volmert, Johannes: Politischer Kommentar und Ideologie. Ein inhaltsanalytischer Versuch an vier frühen Nachkriegszeitungen. Stuttgart: Metzler 1979.
- Wodak, Ruth / Feistritz, Gert: Fachsprache und Jargon: Zur Textsorte „Parteiprogramm“. In: Dressler, Wolfgang / Wodak, Ruth (Hg.): Fachsprache und Kommunikation. Experten im sprachlichen Umgang mit Laien. Wien: Bundesverlag 1989, S. 92-109.

## 6 Anhang

### 6.1 Inhaltsverzeichnisse der Parteien

Das Schriftbild ist mehr oder weniger jenem der Originalverzeichnisse angelehnt. Seitenzahlen wurden entfernt, wobei die FPÖ und die Grünen keine Seitenangaben in den Inhaltsverzeichnissen haben. Die Kapitelnummerierung wurde unverändert übernommen.

#### ÖVP

##### 1. UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS

1. WER WIR SIND
  1. WIR SIND DIE CHRISTDEMOKRATISCHE PARTEI
  2. WIR SIND SIE PARTEI DES LIBERALEN RECHTSSTAATS UND DER OFFENEN GESELLSCHAFT
  3. WIR SIND SIE PARTEI DER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
  4. WIR SIND DIE ÖSTERREICHPARTEI IN EUROPA
  5. WIR SIND DIE VOLKSPARTEI
2. WAS WIR WOLLEN
3. UNSERE GRUNDSÄTZE
  1. UNSER MENSCHENBILD
  2. FREIHEIT
  3. VERANTWORTUNG
  4. NACHHALTIGKEIT
  5. GERECHTIGKEIT
  6. LEISTUNG
  7. SICHERHEIT
  8. PARTNERSCHAFT
  9. SUBSIDIARITÄT
  10. MITWIRKUNG
  11. TOLERANZ

##### 2. UNSERE POSITIONEN

4. STARKE DEMOKRATIE
  1. DIE AUFGABEN DES STAATES
  2. PARLAMENARISCHE DEMOKRATIE
  3. FÖDERALISMUS
  4. MEDIEN
  5. STAAT UND KIRCHEN
  6. VERBRECHENSBEKÄMPFUNG UND SICHERHEIT
5. ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
  1. DIE GRUNDWERTE DER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
  2. WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH
  3. ARBEIT SCHAFFEN
  4. STEUER-, BUDGET- UND WÄHRUNGSPOLITIK
  5. LANDWIRTSCHAFT
  6. ENERGIEPOLITIK
  7. MOBILITÄT UND VERKEHR
6. NEUE GESELLSCHAFTSVERTRÄGE
  1. GRUNDSÄTZLICHES

2. FRAUEN UND MÄNNER
3. FAMILIEN
4. KINDER, JUGEND UND ALTER
5. BEHINDERTE
6. AUSLÄNDER
7. SOZIALE GERECHTIGKEIT
7. LEBEN UND UMWELT
  1. SCHUTZ DES LEBENS
  2. GESUNDHEIT
  3. UMWELT- UND NATURSCHUTZ
  4. WOHNEN
  5. FREIZEIT UND SPORT
8. BILDUNG UND KULTUR
  1. BILDUNGSPERSPEKTIVEN
  2. SCHULE
  3. UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN
  4. WEITERBILDUNG
  5. WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE
  6. NEUE MEDIEN UND TELEKOMMUNIKATION
  7. KUNST UND KULTUR
9. HEIMAT IN EUROPA UND DER WELT
  1. ÖSTERREICH IN EUROPA
  2. INTERNATIONALE SICHERHEIT
  3. ÖSTERREICH IN DER WELT

## SPÖ

### Inhalt

- I. Neue Herausforderungen - neue Lösungen
- II. Die Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
  - II. 1. Die Grundwerte der Sozialdemokratie
  - II. 2. Unseren Werten verpflichtetes Handeln
- III. Politische Perspektiven
  - III. 1. Arbeit für alle in einer zukunftsorientierten Wirtschaft
  - III. 2. Innovation im gesellschaftlichen Interesse - Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung im 21. Jahrhundert
  - III. 3. In Sicherheit leben - Dimensionen der Wohlfahrtsgesellschaft
  - III. 4. Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt
  - III. 5. Gleichstellung der Frauen als demokratisches Ziel - Partnerschaft der Geschlechter in einer Gesellschaft der Chancen
  - III. 6. Solidarisches Miteinander der Generationen
  - III. 7. Soziale Demokratie leben - für Mitbestimmung und integrative Politik
  - III. 8. Dienstleistung statt Bürokratie - für ein modernes Staatsverständnis
  - III. 9. Fähigkeiten des Menschen und der Gesellschaft entfalten -

die Zukunft unseres Bildungssystems

III.10. Identität und kritische Öffentlichkeit - Kunst und Medien

III.11. . Politik jenseits enger Grenzen - das Projekt Europa

III.12. Globale Gerechtigkeit schaffen - die Zukunft der Weltgesellschaft

## **FPÖ**

- Freiheit und Verantwortung,
- Heimat, Identität und Umwelt,
- Recht und Gerechtigkeit,
- Familie und Generationen,
- Wohlstand und soziales Gleichgewicht,
- Gesundheit,
- Sicherheit,
- Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur,
- Weltoffenheit und Eigenständigkeit,
- Europa der Vielfalt.

## **Grüne**

### TEIL I GRUNDSÄTZLICHES

1. Präambel
2. Grundwerte
3. Die Krise der Industriegesellschaft
4. Gesellschaftsentwurf Nachhaltigkeit

### TEIL II POLITISCHE PERSPEKTIVEN

#### Lebensqualität

1. Umwelt und Wirtschaft
  - 1.1. Wirtschaft nachhaltig gestalten
    - Vorrang für Volkswirtschaft
    - Wirtschaftswachstum
    - Grenzen des Marktes
    - Verursacherprinzip
    - Grüne Steuerpolitik
  - 1.2. Natur und Umwelt schützen
    - Energie und Klimaschutz
    - Mobilität und Raumentwicklung
    - Rohstoffe und Abfall
    - Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion
    - Naturräume und Wasserschutz
    - Tierschutz
2. Arbeit und Existenzsicherung
  - 2.1. Fairteilen von Arbeit
    - 2.1.1. Fairteilen von Erwerbsarbeit

- Grüne Arbeitsmarktpolitik
  - Selbstständig Erwerbstätige
  - Unselbstständig Erwerbstätige
  - Atypisch Beschäftigte
  - Fairstärken durch Interessensvertretungen
- 2.1.2. Fairteilen von unbezahlter Arbeit
- 2.2. Fairteilen von Einkommen  
Grüne Grundsicherung
- 2.3. Fairteilen von Zeit
- Flexibilisierung
  - Teilzeitarbeit
3. Offene und solidarische Gesellschaft
- 3.1. Bildung
- 3.2. Kunst und Kultur
- 3.3. Gesundheit
- 3.4. Drogen
- 3.5. Soziales Netz
- 3.6. Frauenpolitik – Genderpolitik
- 3.7. Lebensentwürfe und Beziehungen
- 3.8. Kinder und Jugendliche
- 3.9. Neue Wege ins Alter – Anstiftung zum UnRuhestand
- 3.10. Menschen mit Behinderungen
- 3.11. Minderheiten
- 3.12. Einwanderungspolitik
4. Demokratie und Mitbestimmung
- 4.1. Grundrechte
- 4.2. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Demokratisierung aller Lebens- be-  
reiche
- 4.3. Reform der demokratischen Institutionen
- 4.4. Rolle und Aufgaben des Staates
- 4.5. Ziviler Ungehorsam
5. Österreich im internationalen Gefüge
- 5.1. Zielvorstellungen Grüner Außenpolitik
- 5.2. Österreich und die EU
- 5.3. Aktive Neutralitätspolitik
- 5.4. Flüchtlingspolitik
- 5.5. Grüne Initiativen auf globaler Ebene

**Team Stronach**

- 01 Wer wir sind!
  - Vorwort
  - Unsere zentralen Werte
  - Wahrheit
  - Transparenz
  - Fairness
  - Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern
  - Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab!
  - Leitlinien für unser Grundsatzprogramm
- 02 Unsere Themen
  - 1 Schuldenfreie Zukunft
  - 2 Verwaltungsreform
  - 3 Demokratiereform
  - 4 Steuerreform
    - Persönliches Einkommen
    - Unternehmer
  - 5 Arbeitnehmer
  - 6 Justiz und Kontrolle
  - 7 Europa und Euro
  - 8 Banken
  - 9 Bildung
  - 10 Jugend
  - 11 Kultur
  - 12 Werte
  - 13 Sport
  - 14 Gesundheit
  - 15 Pensionen
  - 16 Soziales und Wohnen
  - 17 Familie und Gesellschaft
  - 18 Frauen
  - 19 Zuwanderung und Asyl
  - 20 Umwelt
  - 21 Tierschutz
  - 22 Sicherheit
  - 23 Dienst für die Gesellschaft und Landesverteidigung
  - 24 Landwirtschaft

- 25 Ländlicher Raum
- 26 Verkehr und Infrastruktur
- 27 Medien
- 28 Management von „Allgemeingütern“

## **NEOS**

### GRUNDLAGEN

#### UNSERE PLÄNE FÜR

- o Demokratie
- o Bildung
- o Europa
- o Wirtschaft/Standort/Steuern
- o Soziales
- o Pensionen
- o Arbeit
- o Wohnen
- o Familie
- o Umwelt
- o Energie
- o Integration
- o Justiz



## 7 Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Sprache österreichischer Parteiprogramme der Parteien ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ, Team Stronach und NEOS. Die Programme wurden mithilfe makro- und mikroanalytischer Verfahren auf sprachliche Unterschiede hin untersucht, wobei das Augenmerk auf syntaktische und semantische Kategorien und weniger auf die inhaltliche Ebene gerichtet wurde. Dabei konnte gezeigt werden, dass sich die Programme auf allen Ebenen der Sprache (Wort, Satz, Textdarstellung) unterscheiden, auch wenn zwischen manchen Parteien Ähnlichkeiten beobachtet werden können. Ein abschließendes Experiment zur subjektiven Textbeurteilung stellte linguistische Laien vor die Aufgabe, sprachlich typische Textstellen einer Partei zuzuordnen. Die Auswertung ergab, dass die objektiv gefundenen Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen der sechs österreichischen Parteien subjektiv und ohne das nötige Wissen aus der Analyse nicht erkannt werden können.



## 8 Lebenslauf

---

Hanna Stumpfl  
 Gentzgasse 11/21  
 1180 Wien  
 h.stumpfl@avstumpfl.com

**Geburtsort:** Grieskirchen, Oberösterreich

**Geburtsdatum:** 03.11.1988

### Schulische Ausbildung:

---

1995-1999	Volksschule Bad Schallerbach
1999-2003	BRG Wallererstraße Wels
2003-2007	BORG Grieskirchen, Instrumentalzug
18.6.2007	Matura mit „gutem Erfolg“

### Studium:

---

Hauptstudium: UF Deutsch & UF Bewegung und Sport an der Universität Wien  
 Theater- Film und Medienwissenschaften (SS 2008 - WS 2009)  
 Mitbelegerin an der Universität für Bodenkultur (SS 2012 - SS 2014)  
 Mitbelegerin an der Akademie für bildende Künste (SS 2013)

### Auslandserfahrungen:

---

2005	Auslandshalbjahr am Gymnasium in Birkerød, Dänemark
2007	viermonatiges Volontariat in Quito, Ecuador